

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 3. Mai 1920, Nr. 150.

Kinder aus Karlsruhe. Morgen Dienstag um 6 Uhr 40 früh kommen die Kinder, die am 29. Jänner nach Karlsruhe abgereist sind, am Westbahnhof an. Die Eltern werden ersucht, die Kinder abzuholen.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Freitag werden in den Bezirken 3 bis 21 2g 1 kg Kartoffeln zum Preise von K 8.60 pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „G“ und „H“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 3. Mai 1920, Nr. 151.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Siegel bewilligte der Stadtrat die Benützung des Pavillons „Wehrmann in Eisen“ am Schwarzenbergplatz für die wirtschaftliche kulturelle Gesellschaft für den Wiederaufbau des Staates durch Herstellung internationaler Beziehungen als Auskunftsstelle für den Fremdenverkehr bis zum 1. Oktober. - Weiter hat der Stadtrat nach einem Berichte desselben Referenten beschlossen, den stadtseitigen Bürgersteig der Engerthstrasse zwischen der Walcherstrasse und den Siemens Schuckertwerken im II. Bezirk mit einem Aufwand von 15.000 K in einen gangbaren Zustand zu versetzen.

Sühneverhandlungen. Im Monat Mai finden bei den Gemeindevermittlungsbüroern Mariahilf und Neubau die Sühneverhandlungen am 5., 12., 19. und 26. statt.

Verkauf von Alteisenmaterialien. Im Wege einer öffentlichen Anbotsverhandlung findet am 7. Mai um 10 Uhr vormittag in der Direktion der städtischen Strassenbahnen der Verkauf von Alteisenmaterialien statt.

Freie Aerztestelle. Im 3. städtischen Waisenhaus für Knaben, IX., Galileigasse 8 kommt am 1. Juni die Stelle eines Hausarztes zur Besetzung. Gesuche sind bis 15. Mai in der Magistratsabteilung XI, Neues Rathaus zu überreichen.

Erste österreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate April wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 16.919 Parteien K 47,348.658 eingelegt, an 10.342 Parteien K 27,363.038 rückgezahlt und es belief sich der Gesamteinlagenstand am 30. April auf K 709,892.784. Hypothekendarlehen wurden K 876.300.- zugezählt, dagegen K 2,961.358 rückgezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekendarlehen am 30. April auf K 304,162.903 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 30. April auf K 17,206.660; 60 jährige Pfandbriefe waren K 18,012.800.- im Umlaufe. Wechsel wurden K 45,863.856 eskontiert, dagegen K 24,216.200 einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug Ende des Monats K 114,080.508.-.

Für Kleingärtner. Das städtische Landwirtschaftsamt gibt in seiner Abgabestelle XIV., Zollernspargasse 3 an Kleingärtner billige Samen und Materialien gegen Vorweisung einer Pachtbestätigung oder einer Mitgliedskarte eines Kleingartenvereines ab. Erbsen $\frac{1}{2}$ kg K 15.-, Bohnen $\frac{1}{2}$ kg K 14.-, Sonnenblumenkerne $\frac{1}{2}$ kg K 10.-, Gemüsesamen aller Art, Stickschaufeln K 37.- per Stück, harte Stiele K 12.-, weiche Stiele K 10.- eiserne Rechen K 38.-.

Annahme von Schecks bei den städtischen Kassenämtern. Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit häufig vorgekommenen Fälschungen des Stempels „Seut-Oesterreich“ auf den Banknoten und zur Ausgestaltung des bargeldlosen Zahlungsverkehres können Zahlungen jeder Art vom 4. Mai an bei den städtischen Kassen (Hauptkassen und Steueramtsabteilungen in den Bezirksämtern und Hauptkassa- und Steueramts-Zentrale im Rathaus) mit Schecks, gezogen auf eine Wiener Bankstelle oder die österreichische Postsparkasse, geleistet werden. Diese Schecks sind im Interesse der Sicherheit mit der Klausel „nur zur Verrechnung“ (gekennzeichnete Schecks) zu versehen und haben auf den Ueberbringer zu lauten. Die Quittierung solcher Zahlungen erfolgt mit dem Beisatze: vorbehaltlich der Honorierung.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1. Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 4. Mai 1920, Nr. 152.

Die Rückkehr der Kinder aus Bologna. Am Morgen des 1. Mai trafen aus Bologna 500 Wiener Kinder am Roten Kreuz-Zug ein, der unter der Führung des Bürgermeisters Scota von Bologna stand. Mit ihm waren auch die Assessoren Longhena und Professor Poggi sowie einige Provinzial-Abgeordnete und Beamte und einige der Frauen nach Wien gekommen, die sich unserer Wiener Kinder in Bologna so liebevoll angenommen hatten. Auf dem Bahnhofe hatte sich zum Empfang VB. Winter eingefunden, der die italienischen Gäste mit einigen herzlichen Worten begrüßte, in denen er daran erinnerte, dass genau vor 30 Jahren ganz Wien unter dem Eindruck der ersten Maifeier gestanden war, die bestimmt war, der Arbeiterinternationale die Wege zu ebnen. Heute stehen wir einer Internationale der Tat gegenüber, denn diese Tat, die Italien an den Wiener Kindern vollbracht hat, wird unvergänglich sein in ihrer Wirkung. Bürgermeister Scota von Bologna dankte herzlich für den Empfang, worauf dann die Auswaggonierung der Kinder erfolgte. Alle Kinder waren vom Kopf bis zum Fuße neu angezogen. Ganz besonders reizend waren die Mädeln in blauweißgestreiften gewirkten Blusen und grauen Röcken, braunen Halbschuhen und weißen Hüten. Die Buben hatten grüne Hemden, neue Beinkleider, neue Schuhe und fesche Hüte als gleiche Adjustierung erhalten. Die Kinder marschierten vom Südbahnhofe in geschlossenem Zuge zum Bezirksjugendamt Favoriten, wo die Übergabe an die Eltern erfolgte. Auf dem Marsche sangen sie deutsche und italienische Lieder. Das Aussehen der Kinder war ein prächtiges. Viele Eltern haben ihre Kinder erst gar nicht erkannt. Die italienischen Gäste waren Montag vormittags im Rathause, wo sie vom Bgm. Reumann in herzlichster Weise begrüßt wurden. Dienstag abends verlassen die Bologneser Freunde wieder Wien, um in ihre Heimat zurückzukehren. Die Kinder waren durch 4 Monate in Bologna und in der Provinz Ravenna, für die Arbeitersekretär Giovanni Giovanetti erschienen war.

.....

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Samstag werden im 1. Bezirke 1 $\frac{1}{2}$ kg (einundeinhalb) Kartoffel pro Kopf zum Preise von K 8.60 per kg, gegen Abtrennung der Buchstaben „J“, „K“ und „L“ der Kartoffelkarte abgegeben.

.....

Meisteraufführungen Wiener Musik. Wegen des grossen Andrages und der komplizierten Arbeit werden die allgemeinen Vormerkungen Donnerstag, den 6. ds. geschlossen. Nach diesem Tage werden Vormerkungen nur noch für ausserhalb Wiens wohnende Besucher der Veranstaltungen vorgenommen. Der Beginn des allgemeinen Kartenverkaufes wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

.....

Wien, Dienstag, den 4. Mai 1920. Abendausgabe.

Der neue Gaspreis. Die Direktion der Gaswerke beschäftigt sich damit, für die an den 10. Mai sich anschließende neue Ablesperiode der Gasmesser die Gaspreise festzustellen. Es wird leider mit einer empfindlichen Verteuerung von Gas und Koks, sowie allen Nebenprodukten zu rechnen sein. Die Ursache liegt darin, daß in der Tschechoslovakei die Preise der Kohle ab Grube eine außerordentliche Steigerung erfahren haben. Bisher kostete der Zentner 19.14 tschechische Kronen, nunmehr stellt er sich auf 28.64, das ist eine Erhöhung um volle 50 %. Dazu kommt die vom tschechoslovakischen Staate eingeführte Kohlensteuer, die 30 % ausmacht. Außerdem werden mit Giltigkeit vom 15. Mai die Tarife auf den tschechoslovakischen Eisenbahnen um 150 % erhöht. Dies bewirkt, dass sich die Kohle, welche dem Gaswerke noch im Vormonate auf 97.19 österr. Kronen zu stehen kam, nunmehr auf über 181 Kronen stellt. Würde das volle Ausmaß dieser Erhöhungen nach dem bisherigen Verhältnis der Ausnützung der Kohle auf das Gasprodukt gelegt werden, so würde sich ein Preis von nicht weniger als 7 K für den Kubikmeter Gas ergeben. Um diese ungeheuerliche Belastung, die vielfach gerade von den mindestleistungsfähigen Schichten zu tragen wäre, doch einigermaßen abzuschwächen, wird eine Verschiebung in der Weise erfolgen, daß die Preise für Koks, Teer, Ammoniak, Naphta, Naphtalin und Benzol, wesentlich stärker erhöht werden. Dadurch dürfte es möglich sein, mit einem Gaspreis von etwa unter 5 K das Auslangen zu finden. Voraussetzung aller dieser Berechnungen ist, daß der Kursstand der tschechischen Krone keine weitere Erhöhung erfährt.

Auch mit einer stärkeren Verteuerung der oberschlesischen Kohle ist zu rechnen, so daß auch die Rückwirkungen auf die städtischen Elektrizitätswerke unausbleiblich sein werden.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Heute Nachmittags versammelten sich im Rauchsalon des Bürgermeisters die Chefredakteure und Musikkritiker der Wiener Tagespresse zu einer weiteren Besprechung in Angelegenheit der Meisteraufführungen Wiener Musik, welche bekanntlich in der Zeit vom 26. Mai bis 13. Juni veranstaltet werden. Nach einer allgemeinen Darstellung der geplanten Darbietungen durch den Vorsitzenden Vicebgm. Emmerling gab der ständige Referent Redakteur Dr. Bach nähere Aufklärungen über den Rahmen und den Umfang der Propaganda, welche ein volles Gelingen dieser unter der Patronanz der Stadt Wien stehenden Veranstaltungen verbürgen sollen. Stadtrat Breitner ergänzte diese Ausführungen durch Betonung des rein künstlerischen, musikhistorischen und lokalgeschichtlichen Charakters dieser Meisteraufführungen. Aus der Versammlung selbst erfolgten dann noch eine Reihe wertvoller Anregungen zur Förderung dieser für die Bedeutung und den Wiederaufbau unserer Stadt wichtigen Kunstveranstaltungen.

Subventionierung der Philharmoniker. Nach einem Berichte des StR. Breitner wurde heute beschlossen die Subvention für die Philharmoniker ihrem Wunsche entsprechend für das abgelaufene Jahr auf 5000 K zu erhöhen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz
I. RATHAUS
Herausgeber FRANZ MICHEU

Meisteraufführungen Wiener Musik. Dem seinerzeit eingesetzten Ausschusse zur Veranstaltung von Meisteraufführungen Wiener Musik wurde ein Kredit von 50.000 K gegen nachträgliche Verrechnung bewilligt. Der Referent StR. Breitner wies heute anlässlich der Berichterstattung hierüber im Stadtrate darauf hin, daß die Bewilligung dieses Betrages nicht so aufzufassen sei, als ob das Defizit überhaupt diesen Betrag erreichen müsse. Der finanzielle Erfolg dieser Veranstaltungen hänge eben von verschiedenen Umständen ab, wie z.B. von der Gunst des Wetters, dem Besuch aus dem Auslande, etc. Die Preise der einzelnen Veranstaltungen sind von vorneherein so berechnet, daß jede Aufführung bei entsprechendem Besuch sich selbst deckt, was mit Rücksicht auf die grossen Kosten, die durch die zahlreichen Proben, die Heranziehung erster Solisten, etc. sich ergeben, zu verhältnismässig höheren Preisen führt. Diese Veranstaltungen waren von vorneherein nicht für die breiten Schichten der Wiener Bevölkerung sondern eben für das Ausland bzw. die ausländische Kolonie in Wien gedacht. Immerhin wird dafür vorgesorgt werden, daß durch Veranstaltung von Generalproben, spätere Wiederholung besonderer Opernvorstellungen wie *Così fan tutte* für die Arbeiterschaft, Niedrighaltung der Galeriepreise auch weiteren Schichten die Möglichkeit eines Kunstgenusses geboten werde. Es wird dies insbesondere bei der Aufführung der *Freiheitschöre* seitens der Arbeitergesangsvereine, der Darbietungen der Männergesangsvereine, beim Volksfest im englischen Garten in ausgiebigster Weise der Fall sein. An das Referat knüpfte sich eine längere Debatte über die künstlerische Reklame für diese Meisteraufführungen. Der Antrag des Referenten wurde schließlich genehmigt.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Sonntag werden in den Bezirken 2 bis 8 ausländische Kartoffeln zum Preise von K 8.60 per kg, und zwar 1 1/2 (eineundeinhalb) kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte „J“, „K“ und „L“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Freigabe des Handels mit Schweinen und Schweinefleisch in Wien. Auf Grund eines Beschlusses der Vertreter der Landwirte und Konsumenten des flachen Landes in der Landeswirtschaftskommission hat die niederösterreichische Landesregierung dem Beispiele anderer Länder folgend den freien Handel mit Schweinen in Niederösterreich eingeführt. Die unvermeidliche Folge hiervon war, daß auch für Wien bestehende Anbotzwang an die amtliche Uebernahmestelle aufgehoben werden musste; die weitere Folge davon, daß das aus Niederösterreich nach Wien kommende Schweinefleisch von nun ab Gegenstand des freien Verkehrs wird, war, daß auch die Rayonierung aufgehoben werden musste. Jenes Schweinefleisch, das bei dem bisher als Abgabestellen für frisches Schweinefleisch bestimmten Selchern an die daselbst rayonierten Konsumenten von nun an abgegeben wird, ist nicht mehr die rayonierte und rationierte Schweinefleischmenge, sondern solches Schweinefleisch, das im freien Verkehr beschafft wurde. Die bisherigen Preise von K 120.- pro Kilogramm gelten nicht mehr, sie sind vielmehr frei und ein Ergebnis des freien Handels. Die Vertreter des freien Handels haben bisher die Forderung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bei Schweinen damit begründet, daß die zentrale Bewirtschaftung gänzlich versagt habe, der freie Handel - wohl vorerst zu höheren Preisen - wesentlich mehr Schweinefleisch nach Wien bringen werde, das jedoch allmählich auch hinsichtlich der Preise ein Ausgleich eintreten und in verhältnismässig kurzer Zeit wieder eine Herabsetzung der Detailpreise erfolgen werde. Die Gemeinde Wien wird sowohl der Preisbewegung als auch der Beschickung der Märkte mit frischem Schweinefleisch größtes Augenmerk schenken, insbesondere in der Richtung, ob die Freigabe des Verkehrs mit Schweinefleisch nicht dieselben Folgen zeitigen wird, wie seinerzeit die Freigabe des Pferdefleischhandels. Die Folgen der Freigabe des Schweinehandels werden sowohl für alle öffentlichen Körperschaften als auch für die gesamte Bevölkerung eine Richtschnur dafür sein, ob die Freigabe des Handels auch bei anderen Lebensmitteln verfügt werden soll.

Der Kampf gegen die Lastautos. In der letzten Generalversammlung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage, wurde über Vorschlag des Präsidenten Dr. Wilhelm Exner beschlossen, an die Gemeinde Wien das dringende Ersuchen zu richten, ehestens entsprechende Schritte gegen das vorschriftswidrige Fahren von Lastautos zu unternehmen, die nicht nur zur Staubeentwicklung beitragen und geradezu verheerend auf die Strassendecke wirken, sondern auch die Sicherheit von Personen gefährden und infolge der enormen Erschütterungen Schäden an Gebäuden verursachen. Hierbei wird auch gegen die der Vorschrift widersprechenden, von Personen-Autos gebrauchten entsetzlichen Signale sowie gegen ihr Fahren mit Scheinwerfern vorzugehen sein.

Sehr geehrte Redaktion! Durch die Aufnahme vorstehender Notiz verbinden Sie mich zu lebhaftem Danke.

Hochachtungsvoll

Präsident Dr. Wilhelm Exner.

Das Strassenbahnunglück am Sechshausergürtel. Der Direktor der Straßenbahnen Ingenieur Spängler legte heute am Stadtrate einen ausführlichen Bericht über den Stragenbahnzusammenstoß am Sechshausergürtel vom 2. da vor. Nach der Darstellung der Direktion der Straßenbahnen dürfte die Ursache des Unglückes in dem durch Zeugen festgestellten zu schnellen Fahren des Motorführers über das Gefälle gelegen sein; nach dem Ergebnis der Untersuchung ist die technische Ausrüstung des Triebwagens eine einwandfreie gewesen. Die Aussage des schwerverletzten Wagenführers, daß ein Versagen der Bremse zirka 120 m vor der Unfallstelle eingetreten ist läßt sich, nachdem die ganze vordere Plattform des Motorwagens demoliert war, nachträglich nicht mehr einwandfrei feststellen. Dagegen ist anzunehmen, daß, wenn der Wagenführer mit vorschriftsmäßiger Geschwindigkeit gefahren wäre, selbst beim Versagen der Bremse der Zusammenstoß, wenn er sich ereignet hätte, nicht von jenen katastrophalen Wirkungen gewesen wäre. An dem Bericht knüpfte sich eine Debatte, an der sich eine große Anzahl von Stadträten beteiligten in der zum darauf hingewiesen wurde, daß insbesondere in den Abendstunden das Fahrtempo ein zu rasches sei und daß zu beobachten ist, daß die jüngeren Wagenführer an der nötigen Vorsicht mangeln lassen. Der Direktion der Straßenbahn sei daher nahezu legen, der Ueberwachung der Einhaltung der Fahrgeschwindigkeit namentlich bei den letzten Zügen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Bgm. Reumann sprach sein tiefstes Bedauern über den folgenschweren Unglücksfall aus und erklärte, daß er der Direktion der Straßenbahn den Auftrag gegen werde, bei der Erteilung des Unterrichtes für die Fahrer schon bei der theoretischen Schulung derselben durch Ausgestaltung des Unterrichtes durch Bildervorführungen besonders auf die Wahrung der Sicherheit des Betriebes Rücksicht zu nehmen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 6. Mai 1920, Nr. 154.

Kinder aus der Schweiz. Die Kinder, welche mit dem 15. St. Galler-Kinderzuge am 1. März in die Schweiz gereist sind, kommen Samstag, den 8. Mai, 2 Uhr nachmittags, Wien - Westbahnhof an. Die Eltern werden gebeten die Kinder abzuholen.

Kartoffelabgabe. Von Freitag bis Montag werden in den Bezirken 9 bis 16 ausländische Kartoffeln zum Preise von K 8.60 per kg und zwar 1 1/2 kg (eineinhalb) pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „J“, „K“ und „L“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Der neue Gaspreis. Im Stadtrat berichtete heute VB-Emmerling über die neue Festsetzung der Gaspreise. Er führte aus, daß der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 4. Juni 1919 dem Stadtrat ermächtigt hat, den Preis des Gases dem jeweiligen Gestehungskosten anzupassen. Der im April erfolgten Festsetzung des Gaspreises lagen Kohlenkosten von 695 K per Tonne zu Grunde. Durch die seither eingetretene Erhöhung der Ostrau-Karwitzer Grubenpreise, durch die neue Kohlensteuer in der Tschechoslowakei, die Verschlechterung des Standes der Österr. Krone gegenüber der tschechoslowakischen Krone und der Mark und die Erhöhung der Frachtsätze auf den tschechoslowakischen Bahnen stellen sich die Kosten für die Kohle nunmehr auf 1758 K 40 Heller per Tonne. Die Mehrkosten der Kohle allein werden für Mai und Juni 45.6 Millionen Kronen betragen. Bei Anwendung der vom Gemeinderat genehmigten Kohlenklausel würde der Gaspreis 6 K 94 per Kubikmeter betragen müssen. Um eine so starke Gaspreiserhöhung zu vermeiden, beantragte VB-Emmerling die Hälfte der Mehrausgaben durch eine Erhöhung der Verkaufspreise von Nebenerzeugnissen hereinzubringen und den Gaspreis bloss auf 5 K zu erhöhen. Der Stadtrat stimmte dem Antrage zu.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 6. Mai 1920, Nr. 155.

Bewilligung von Subventionen. Ein Komitee, an dessen Spitze Regierungsrat Prof. Josef Hoffmann und die Künstler Roller, Hanak, Witzmann, Powolny, Feistauer, etc. stehen, veranstaltet im Juni und Juli d. J. im Österreichischen Museum eine große Ausstellung der heimischen Kunst und des Kunstgewerbes. Es sollen u. a. die Werke der vor kurzem verstorbenen österreichischen Meister wie Klimt, Moser, Schiele und Metzner gezeigt werden, ferner eine ausgewählte Kollektion

des allerbesten neuesten heimischen Kunsthandwerkes in Glas, Keramik, Leder, Metall, Textilien, Möbel etc. Besonderes Gewicht soll auch auf die Mode und die Modevorführungen gelegt werden und eine eigene Abteilung für moderne und historische Theaterkunst angegliedert sein. Unter der Voraussetzung, dass die Eröffnung noch im Zuge des Wiener Musikfestes erfolgt, hat der Stadtrat dem Komitee über Antrag des StR. Breitner eine Subvention von 30.000 K bewilligt. Der Gesellschaft „Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich“ hat der Stadtrat eine Subvention von 20.000 K zugewendet.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Berichte des VB-Emmerling hat der Stadtrat die Uebersetzung der 6 vom Wiener Musikvereinsgebäude stammenden überlebensgroßen Steinfiguren der Tondichter Händel, Haydn, Beethoven, Schubert, Schumann und Mendelssohn dem Bildhauer Emanuel Pendl übertragen. Der Stadtrat sprach den Wunsch aus, daß diese Standbilder in einem Wiener Park zur Aufstellung gelangen. - Der Stadtrat hat dem Braumeister des Brauhauses der Stadt Wien Adolf Stanka zum Direktor und dem Magistratsrat Dr. Anton Schlesinger zum Direktor-Stellvertreter dieses Unternehmens ernannt.

Wohnungsanforderungen. In der Zeit vom 12. bis 18. April wurden in Wien 136 Wohnungen und 11 Einzelwohnräume angefordert, bei 61 Wohnungen und 1 Einzelwohnraum wurde der Anforderungsbescheid rechtskräftig.

Liebesgaben in Mariahilf. Samstag, von 3 bis 5 Uhr verteilt das Frauenarbeitskomitee in Mariahilf, Amerlinggasse 6, an die Besitzer von Fürsorgeblättern, die im 6. Bezirk wohnen und noch nie mit Liebesgaben beteiligt wurden und keine britischen Liebesgaben beziehen, Liebesgaben. Mitzubringen: Einkaufschein, Fürsorgeblatt, Heimatschein.

Vom Charitas-Haus. Der Parteienverkehr in sämtlichen Abteilungen im Charitas-Haus, Währingergürtel 104, wird ausnahmslos um 3 Uhr geschlossen. - Da die Anmeldungen für das „Britische Hilfswerk für Wiener Kinder - Lebensmittelzubußen“ abgeschlossen sind, werden Vormerkungen für künftige Ausgaben nur über briefliche Eingaben vorgenommen.

Ein Kinderfest im Augarten. Die amerikanische Kinderhilfsaktion plant für den 15. Mai als Gedenkfeier für den einjährigen Bestand der amerikanischen Kinderausspeisung ein Kinderfest im Augarten, bei dem 10- bis 15.000 Kinder mit einer Jause bewirtet werden sollen. Musikkapellen, Wurstel- und Zaubertruppen u. dgl. sollen für die Belustigung der Kinder sorgen. Der Stadtrat hat gegen die Abhaltung des Kinderfestes sowie auch dagegen, daß der Augarten an diesem Tage abgesperrt wird, keine Einwendung erhoben.

Erhöhung der Badpreise in den städtischen Bädern. Im Stadtrate berichtete StR. Iser über die Erhöhung der Preise in den städtischen Badeanstalten und betonte, daß die Erhöhung hauptsächlich in den gesteigerten Betriebskosten begründet sei. Bei den jetzigen Badpreisen haben die städtischen Bäder ein Defizit von 13 Millionen Kronen. Durch die neuen Preiserhöhungen wird dieses Defizit nicht ganz beseitigt, sondern bloss auf einen Betrag von 1.017.714 K herabgemindert. Der Referent verwies auf die Preise der privaten Badeanstalten, nach welchen z. B. im Dianabad sich der Bad für ein Wannabad I. Kl. auf K 30.- und III. Kl. auf K 13.-, im Römischen Bad für ein Dampfbad auf K 32.- oder K 27.- stellt. Diese Preise sind mehr als doppelt so hoch wie die neuen Preise, die für die städtischen Bäder beantragt werden. Nach einer längeren Debatte stimmte der Stadtrat den Referentenanträgen zu.

Ausgestaltung der Kuchelau. Der Stadtrat hat für die Ausgestaltung des städtischen Strom- Luft- und Sonnenbades „Kuchelau“ einen Betrag von 297.400 K genehmigt. Es werden die Auskleidestellen vermehrt und ein schwimmender Gehsteig errichtet.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Donerstag den 6. Mai 1920. Abendausgabe.

20.000 Kinder in Holland. Mittwoch nachmittag hat ein Zug des holländischen Hilfskomitees Wien verlassen, der neuerdings 590 Kinder nach Holland bringt. Hiemit erreicht die Zahl der gegenwärtig in Holland befindlichen Kinder die ansehnliche Summe von 20.532. Vb. Winter dankte auf dem Bahnhofe des Komitees Generalkonsul van Royen und den unermüdlichen Mitarbeitern an dem Hilfswerke Herrn und Frau de Bordes und überbrachte heute nachmittag dem holländischen Gesandten Mr. de Weede im Auftrage des Bürgermeisters Reumann den Dank der Stadt Wien für die hingebungsvolle Hilfsarbeit Hollands. Baron de Weede versprach diese Kundgebung seiner Regierung übermitteln zu wollen.

Rückkehr von Kindern aus Mailand. Mittwoch nachmittag sind auf dem Wiener Südbahnhof 450 Kinder aus Mailand angekommen, die in den Kolonien der Stadt an der Riviera und zwar Spotorno, Loano, Pietro Ligure und Porto Maurizio ihre Erholung gefunden hatten. Die Kinder hatten alle die lange Reise gut überstanden und sahen bei ihrer Ankunft prächtig aus. Der Zug stand unter der Leitung des Mailänders Assessors Maranghoni, der auf dem Bahnhofe gleich den anderen Gästen aus Mailand von Vb. Winter im Namen der Stadt Wien willkommen geheissen wurde. Die Herren aus Mailand statteten Bgm. Reumann einen Besuch ab und überbrachten ihm die Grüsse des Bürgermeisters Caldara aus Mailand. Bgm. Reumann dankte der erschienenen Herren für ihre hingebungsvolle Liebe, deren sie die Wiener Kinder teilhaftig werden liessen.

Der freie Handel mit Schweinen und seine Erscheinungen. Gestern war der erste Markttag für Weidnerschweine im Zeichen des freien Handels. Wenn auch ein abschließendes Urteil über Vor- und Nachteile des freien/Handels mit Schweinen selbstverständlich noch längere Zeit nicht gefällt werden darf, so muß doch ein Vergleich angestellt werden. Zu Markte gebracht wurden 344 Stück, ein Erfolg des freien Handels ist dies nicht, denn die Zwangswirtschaft hat, wenn eine Preiserhöhung bewilligt worden ist, in erster Zeit nach einer solchen Erhöhung stets wesentlich mehr Weidnerschweine aus Niederösterreich nach Wien gebracht. Gehandelt wurden diese 344 Stück Weidnerschweine zum Preise von 135 K per kg und zwar auf Grund von Vereinbarungen zwischen Verkäufern und Käufern, laut deren die Schweine nur zwischen 120 und 135 K per kg gehandelt werden durften. Also an Stelle des Zwanges der Staatsgewalt bei der Preisbestimmung ist der „Zwang“ der freien Vereinbarung der beiden Marktparteigruppen getreten; der Zwang hat somit bei der Preisbestimmung nur eine andere Form angenommen, der Einfluß der Konsumenten bei Ausübung des Zwanges ist nämlich ausgeschaltet worden. Ein Höchstpreis wurde ebenfalls bestimmt, aber nicht von der Staatsgewalt, sondern von den beiden Gruppen der Marktparteien, nur daß dieser, erfreulicherweise wenigstens eingehaltene Höchstpreis um rund 70 K per kg höher war, als der letztere von der Zwangswirtschaft in Niederösterreich festgesetzte Höchstpreis. Die freien Vereinbarungen zwischen beiden Gruppen der Marktparteien waren wohl bei dem ungeheuren Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage unbedingt notwendig; die nicht zum Zuge/kommenden Käufer konnten jedoch nur dadurch von einem Anschreiben der Ware um jeden Preis zurückgehalten werden, daß ihnen von den Versteherungen der in Betracht kommenden Gewerbetreibenden zugesichert wurde, sie würden an einem der nächsten Markttag zum Kaufe kommen, da die glücklichen Käufer von gestern, das nächste Mal angeblich nicht kaufen dürfen und werden; es dürfte auch jeder Käufer nur 1 Stück erhalten. Das Beobachten einer solchen Zusage bzw. Vereinbarung wird nur zj begrüßend sein, beinhaltet im Wesen aber nichts anderes, als die „Zuweisung“ der Ware an die Käufer unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft. Ein drittes Mittel der Zwangswirtschaft ru an aber bereits die beiden Gruppen der Marktparteien auf, nämlich das Kriegswucheramt, also eine der Einrichtungen der Zwangswirtschaft; sie fordern nämlich das Einschreiten des Kriegswucherentes gegen die Winkelmärkte, die die Käufer des gestrigen Marktes während der Zwangswirtschaft ja selbst oft aufgesucht haben sollen. Bei Erfolg des ersten Markttag in Zeichen des freien Handels mit Schweinen war somit, trotzdem alle Mittel der Zwangswirtschaft nur in anderer Form angewendet worden sind, bisher derselbe, wie der bei der seinerzeitigen Freigabe des Handels mit Pferdefleisch, nämlich lediglich eine mächtige Preiserhöhung. Die Verbraucher werden aber in dieser Woche selbst von der so stark verteuerten Ware nichts sehen. Die Hilfsmittel, die Tätigkeit und der Erfolg des

freien Handels werden scharf beobachtet werden.

Karitas-Kinderzüge. Wiener Kinder aus Lissau kommen am 12. ds. um 6 Uhr 40 dh am Westbahnhof an. - Kinder aus Preiburg im Breisgau kommen am 18. ds. um 11 Uhr vermittags am Westbahnhof an. Die Eltern der heimkehrenden Kinder werden durch Postkarten verständigt. - Kinder aus Konstanz kommen nicht am 11. sondern am 15. ds. um 11 Uhr vermittags am Westbahnhof an.

Kartoffelabgabe. Von Samstag bis Dienstag werden in den Bezirken 17 bis 21 ausländische Kartoffeln zum Preise von K 8,60 per kg, und zwar 1 1/2 kg (eindeinhalb) pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „J“, „K“ und „L“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Zur Freigabe des Verkaufes von frischem Schweinefleisch. Der Wiener Magistrat gibt bekannt: Durch die Freigabe des Verkaufes von frischem ^{inländischen} Schweinefleisch ist die Abgabe dieses Fleisches nicht mehr an den amtlichen Einkaufschein gebunden, sondern kann jedermann bei einem beliebigen Verkäufer selches Fleisch erwerben, sowie der Verkäufer befugt ist, ohne Rücksicht auf seine bisher bei ihm rayonierten Kunden, an jedermann selches Fleisch abzugeben. Das Gewicht der abzugebenden Menge ist nicht beschränkt. Die bei den Selchern bestehende Rayonierung bleibt jedoch für andere durch als zu erfolgende Abgaben von staatlich bewirtschafteten Fleischwaren aufrecht und werden solche Abgaben wie bisher öffentlich verlaublich werden.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 7. Mai 1920.

Vb. Emmerling eröffnet die Sitzung und entschuldigt die Abwesenheit des Bgm. Reumann wegen dessen Erkrankung.

Gespendet haben: Die Universum-Film-Aktiengesellschaft in Berlin zu Gunsten der Wiener Kinder 175.000 K.

Die „Neue Freie Presse“ zu Gunsten bedürftiger Wiener Kinder 37.500 K.

Anton Ludwig, Intendant des Reburgischen Landestheaters zu Gunsten der armen Kinder der in wirkliche Not geratenen Bühnenkünstler im Betrage von 6.500 K.

Elsbeth Sander und H. Me. Kellen zu Gunsten des Krankenunterstützungsfondes der Lungenheilstätte Steinklamm 4000 K.

Alice Pellitz-Daffner, Refechauspielerin a.D. in Dresden, zu Gunsten armer Kinder von Hütteldorf 2.980 K.

Leo Walter Stein 2.266 K.

Der Hilfsausschuß für österreichische Kinder deutscher Abstammung zu Gunsten der Notleidenden Kinder in Wien und für einige bedürftige Gemeinden Deutschösterreichs je 445 Mark.

Herr Josef Singer in Chemnitz zur Linderung der Not der armen Kinder Wiens 400 Mark.

Ludwig Fürth, Wien, IX., für Wohlfahrtsanrichtungen der städtischen Feuerwehr 1000 K.

Die zur Zeit in Rotterdam weilenden Wiener Kinder durch ihren Lehrer Josef Seudek zu Gunsten der in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen 1000 K.

Walter Plank in Mannheim zu Gunsten der Kinderhilfsaktion 650 Mark.

Frau Wayne in Chicago zu Gunsten des Ausreisefonds für Wiener Kinder 100 frcs.

S. Neumann in Chicago zu Gunsten armer Mitglieder der Bäcker-Gewerkschaft 10 Dollars.

Die Mitwirkenden der „Altweiser Dosenstücke“ - die Herren Prof. Fritz Lange, Sekretär A. E. Seldmayer und Schauspieler Anton Amon für wohltätige Zwecke 750 K.

Hellperrn Fallik, Kaufmann in Wien, II., zugunsten der Armen des 17. Bezirkes 200 K.

Bezirksrat Burda im Namen des Hernalser Sparvereines 204 K.

Anton Deutsch, Stickereiwarenfabrikant, III., Batogasse, zu Gunsten der Armen Wiens 200 K.

Margarethe (Zagerski) Utz, in Santa Cruz als Notstandspende 200 K.

Julius Schultes und Frau, Wien, XIII., Hadikgasse 24 für Kriegsgefangenenhilfe 100 K.

Susanne Blum in Paris zu Gunsten des Ausreisefonds für Wiener Kinder 15 frcs.

Die Rügen'sche Zeitungs- und Druckereigesellschaft in Putbus auf Rügen für die minderbemittelte Bevölkerung Wiens 64 K.

Simon Mikulski aus Kalusz für die Notleidenden Wiens 33 K.

Ein unbekannter Spender mit dem Decknamen „Wilhelm“ für 6 Schulen des Kinder 20. Bezirkes 330 Paar/Schuhe.

Schriftführer GR. Huber (chr. sex.) verliest den Einlauf.

Die Gemeinderäte Ferstner, Königstetter, Schnitzler, Waldeau und Witzmann interpellieren wegen des Straßenbahnunfalles auf dem Sehhansergürtel und fragt, ob der Bürgermeister eine strenge Untersuchung über die Ursache des Unglücksfalles einleiten lassen wolle, um nach Klarstellung derselben alle Vorkehrungen zu treffen, um in Zukunft derartige Unglücksfälle zu vermeiden; ob er Verfügungen treffen wolle, damit die Existenz der vom Unglück betroffenen Personen bzw. der Hilfsbedürftigen Angehörigen in Zukunft gesichert erscheint; ob er dahin wirken wolle, daß die Marienhilfer Filiale der Rettungsgesellschaft bestehen bleibt; daß die Straßenbahnhaltestelle bei der Fünfhauserkirche wieder eröffnet werde und ob er veranlassen wolle, daß den am Rettungswerk beteiligten Personen, besonders der Feuerwehr- und Sanitätsmannschaft, den Straßenbahnbediensteten und der Sicher-

2

Haltestelle eine Anerkennung der Gemeinde für ihr weckeres Verhalten erteilt werde.

VB. Emmerling: Die Untersuchung, zu welcher die Straßenbahndirektion auf Grund strenger behördlicher Vorschriften verpflichtet ist, wurde unmittelbar nach dem Unfälle eingeleitet und ist so gut wie abgeschlossen. Der schwerverletzte Fahrer des Zuges, der den Unfall verursacht hat, hat bei seiner Einvernahme angegeben, daß der Zusammenstoß auf ein plötzliches etwa 120 m vor der Haltestelle eingetretenes Versagen der elektrischen Bremse zurückzuführen ist. Diese Angabe kann auf ihre Richtigkeit nicht mehr mit Sicherheit geprüft werden, weil der Triebwagen schwer beschädigt ist. Sichergestellt ist jedoch, daß der Zug mit einer so außerordentlichen Geschwindigkeit angefahren ist, daß eine weitaus größere Bremsstrecke, wie die vom Fahrer angegebenen 120 m notwendig gewesen wäre. Ueberdies ist durch einen Augenzeugen sichergestellt, daß der Zug schon viel früher mit unzulässiger Geschwindigkeit gefahren ist. Da die technischen Einrichtungen des Zuges und der Strecke bis zum Unfälle selbst nachweislich tadellos in Ordnung waren und bei vorschriftsmäßiger Fahrt auch vollständig entsprechen, ist in dieser Hinsicht nichts vorzunehmen, dagegen wird die Aufsicht bezüglich des Schnellfahrens fortgesetzt und verschärft. Es ist selbstverständlich, daß für die Schadloshaltung der Verunglückten, soweit es durch die Verhältnisse gerechtfertigt ist, gesorgt wird. Die Marienhilfer Filiale der Rettungsgesellschaft wird bei Unfällen sehr häufig in Anspruch genommen und ist deshalb das Verlangen nach ihrem Fortbestand nur zu begrüßen. Ich werde mich in diesem Sinne an das Präsidium der Gesellschaft wenden. Die Haltestelle bei der Pöfnhauserkirche ist aus Verkehrsrücksichten nicht notwendig und hätte den Unfall auch nicht verhindert. Denn die Entfernung bis zur Unfallstelle ist groß genug, um den Zug bei Nichtbeachtung der Vorschriften und Signalzeichen eine übermäßige Geschwindigkeit zu geben. Die in der Anfrage genannten Funktionäre haben sich tatsächlich

in hervorragender Weise betätigt und eine öffentliche Anerkennung durchaus und reichlich verdient. Ich nehme daher die Gelegenheit gerne wahr, um den Organen des Sicherheitswache, den Straßenbahnbediensteten, den Angehörigen der Feuerwehr und dem Sanitätspersonal, die sich bei dem Rettungswerke in so ausgezeichnetster Weise betätigt haben, von dieser Stelle aus den Dank und die Anerkennung der Gemeinde auszusprechen. Ich werde nicht verabsäumen, von dieser Dankesbezeugung die Dienststellen zu verständigen. Gleichzeitig möchte ich aber auch meinem Schmerz über den entsetzlichen Unglücksfall Ausdruck geben und die Angehörigen der tödlich Verunglückten wie die Verletzten unserer herzlichsten Teilnahme versichern.

GR. Johann Fitzmann (Soz. Dem.) interpelliert in Interesse der Bewohner des XV. Bezirkes wegen Erhaltung der Allee auf dem Gebiete des ehemaligen Schmelzer Friedhofes.

VB. Emmerling: Der seinerzeitige Schmelzer Friedhof war bis vor kurzer Zeit eingepflanzt und wurde nach seiner Auflassung für Kleingertenzwecke be-

stimmt. Durch den vor einigen Wochen wütenden Sturm wurde die Planke fast zur Gänze abgetragen. Hiedurch wurde die den Grund durchziehende Kastanienallee für den Verkehr frei. Bei allen Vergebungen wurde den dortigen Kleingärtnern eingeschärft, daß kein Baum der Allee beschädigt werden darf. Es besteht auch keinerlei Absicht die Allee zu entfernen.

GR. Wimmer (Soz. Dem.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß es dem Armeninstitut erlaubt ist, nur Antragszettel für Geburts-, Trau- und Totenscheine für Ansuchen in Armenangelegenheiten auszugeben und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, daß auch für die Anmeldung von neugeborenen Kindern bei der Brettkommission, für die Erlangung von Fürsorgebögen u. s. w. auch die Armeninstitute Antragszettel ausfolgen können.

VB. Emmerling: Die Armeninstitute sind berechtigt, an Fällen, in welchen Parteien die nötigen Dokumente nicht beschaffen können, amtliche Antragsbögen den Parteien zur Einholung der Bestätigung durch die betreffende Matrikenstelle zu übergeben. Dieser Vorgang kann auch auf die in der Anfrage genannten Fälle ausgedehnt werden, falls die Ausfertigung nur an wirklich Bedürftige erfolgt, die nicht in der Lage sind, die Anlagen für den Stempel und für die Ausfertigungsgebühren zu tragen. Ueberdies müßte der Zweck auf dem Antragsbogen genau angegeben sein und dieser von der Anstalt, welche in ihn Einsicht nehmen muß, eingezogen werden. Ich werde den Magistrat anweisen, die Armeninstitute zu verständigen, daß sie in Zukunft in diesem Sinne vorgehen.

GRin. Gabriele Waller (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, daß die öffentlichen Gärten und Anlagen durch entsprechend organisierten Bewachungsdienst vor Diebstahl und Beschädigung bewahrt werden.

VB. Emmerling: Um den im heurigen Jahre tatsächlich besonders häufigen Beschädigungen und Diebstählen in den öffentlichen Gartenanlagen zu begegnen, ergingen erst vor wenigen Tagen wieder Schreiben an die Schulbehörden mit dem Ersuchen, auf die Schuljugend aufklärend und mahnend zu wirken, an die Polizeidirektion mit dem wiederholten Ersuchen, der Ueberwachung der Gartenanlagen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Ueberwachung der Gartenanlagen erfolgt bei Tag und abends in zureichendem Maße durch die Gartenarbeiter. Die in diesen Zeiten angerichteten Schäden sind zum Teil geringfügiger Art. Viel bedeutender sind die in den Nacht- und den frühen Morgenstunden verübten Diebstähle und Verwüstungen. Infolge dieser Wahrnehmung besorgt die Polizei über besonderes Ansuchen der Gemeinde in den öffentlichen Gartenanlagen schon seit 10. März einen stärkeren Bewachungsdienst. Wahrgenommene Schäden werden sofort in der nächsten Wachstube und schließlich auch dem zuständigen Polizeikommissariate angezeigt. Die Kosten eines noch weitergehenden Bewachungsdienstes würden die eventuelle Schadenssumme weit übersteigen.

GR. Rath (chr. soz.) interpelliert wegen Erhöhung der Erhaltungskosten für die verfallenen Bürgerflans. Diese Erhöhung würde die Gemeinde nicht belasten, da sie aus den Erträgen des Vermögens der Bürger, genannt Bürgerkapitalfond, gedeckt werden könnte.

VB. Emmerling: Die Annahme des Herrn Antragstellers, daß die Bürgererhaltungsbeträge ausschließlich aus den Erträgen des Bürgerkapitalfonds bestritten werden, eine Erhöhung derselben daher das Gemeindebudget nicht belastet, entspricht nicht den Tatsachen, da die Erträge des Fonds schon seit langen zur Deckung der Auslagen nicht hinreichen und die Gemeinde bereits seit dem Jahre 1915 alljährlich einen unverzinslichen Zuschuß aus dem eigenen Geldern gewähren muß, der für das Jahr 1920 mit 620.000 K festgesetzt ist. Die Steigerung des Buchwertes der Vermögensgegenstände des Fonds die übrigens keine realen sondern nur eine ziffermäßige, hauptsächlich auf die Geldentwertung zurückzuführende ist, hat übrigens keinesfalls eine gleiche Steigerung in den Erträgen zur Folge. Da diese zum Teil aus den gleichgebliebenen Zinsen von papillarsicheren Wertpapieren und den ebenfalls nicht erhöhten Zinsen von Häusern bestehen, Uebrigens müßte bei einer Erhöhung der Bürgererhaltungsbeträge für Nichtbürger in Betracht gezogen werden, inwiefern als durch den Gude. R. B. v. 19. IX. 1919 in den Unterstützungsgesetzen eine grundsätzliche Gleichstellung zwischen Bürgern und Nichtbürgern herbeigeführt worden ist, an welcher nach armenrechtlichen Gesichtspunkten unbedingt festgehalten werden muß. Im Ubrigen werde ich in dieser Angelegenheit einen Bericht des Magistrates einholen.

GR. Haider (chr. soz.) beantragt dem Leiter der Schuhreparaturwerkstätte Franz Gröbinger die laut Kollektivvertrag anrechenbare Zulage von 1000 K zuzuerkennen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. Breitner (Soz. Dem.) berichtet über die Mietung von Räumlichkeiten in der Weidlinger Haupttrasse zur Einrichtung eines Lebensmittelmarkens der Straßenbahn für die Bahnhöfe, Spreitergasse und Weidling sowie für den Werkplatz der Bauleitung. (Angenommen).

GR. Breitner berichtet weiter, über die Abfindung ~~xxxxxxx~~ Abänderung der Abfindungsvereinbarung betreffend die Gemeindeabgabe und die Gemeindeabgabe von Wein. (Angenommen).

GR. Breitner beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals der Bergbau-A. G. „Bilboa“ in Bieditzitz von 19½ Millionen auf 40 Millionen zuzustimmen. Gleichzeitig soll der Gesamtanteil der Gemeinde Wien an diesem Unternehmen, der bisher 20% betragen hat, mit 5% gemindert werden und für die Differenz hat die Depositenbank der Gemeinde ein Aufgeld von 100% zu zahlen.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.) Es wäre ein Fehler, wenn wir verhindern würden, dass bei diesem Unternehmen neue Investitionen gemacht werden, weil dadurch das bereits investierte Kapital seinen Wert einbüßen würde. Der Herr Referent hat darauf hingewiesen, dass vom Standpunkt der Kohlenversorgung die Beteiligung an dem Unternehmen uns keinen Erfolg verspricht, weil dieses jetzt polnischen Gebiet geworden ist. Dies ist unsommt zu bedauern, als ges-

stern neuerlich die Erhöhung des Gaspreises auf 5 K per Kubikmeter im Stadtrats beschlossen wurde. Wir haben unser Bedenken gegen diese Mehrbelastung der Bevölkerung ausgesprochen, leider ohne Erfolg. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass diese Sache in den Gemeinderat gehört, auch wurde auch dieser Antrag abgelehnt. In der Arbeiterzeitung hat eine Verdrehung des Sachverhaltes stattgefunden, und es hieß dort, dass wir Christlichsozialen eine Erhöhung beantragten, während wir gegen die Erhöhung waren. Wir sind zu dem Schlusse gekommen, dass wir Ihnen in dieser Sache nicht entgegenstehen würden, es ist nur die eine Frage wichtig, ob wir das nötige Geld hierfür auch wirklich haben; vielleicht hat der Herr Finanzreferent geheime Reserven (Heiterkeit). Es ist nur bedauerlich, dass er diese nicht bei der neulichen Kreditschaffung in die Waagschale geworfen hat und wir wollen die eine Konsequenz ziehen, wenn es sich wieder um notwendige Investitionen zum Wohle der Bevölkerung handelt, müssen die notwendigen Gelder auch vorhanden sein. Unter dieser Voraussetzung werden wir für diese Post stimmen.

GR. Schmid (chr. soz.) erinnert an die Hoffnungen, die seinerzeit an das Dzieditz-Kohlenbergwerk geknüpft wurden, und die sich zum größten Teile erfüllt haben. Wenn Dzieditz heute im polnischen Gebiete liegt, so sei darin nicht die unbedingte Ursache gelegen, daß die Gemeinde Wien von dort keine Kohle erhalten werde. Allerdings muß die Gemeinde heute mit einer neuerlichen Einzahlung zum Aktienkapital vorsichtiger sein, was auch die Finanzlage der Gemeinde Wien verlangt. Der vorliegende Antrag enthalte für die Gemeinde keine Gefahr, da sich das Bergwerk in einigen Jahren rentieren wird. Redner schließt sich den Forderungen des Vordrängers an und stimmt für den Antrag.

Referent Breitner sagt, daß es selbsterständlich die Sorge der Majorität ist, das Geld für die notwendigen Investitionen zu beschaffen. Das im Antrage verlangte Geld könne aber nicht aus vielleicht bestehenden Reserven genommen werden, sondern ist ein Teil der kürzlich aufgenommenen 300 Millionen Kronen. Der Einwand, daß man auch für jede andere Ausgabe Geld haben müsse, ist nicht zutreffend. Wenn im vorliegenden Falle Geld beschafft werden müsse, so deshalb, weil auch ein Gegenwert vorhanden ist. Dieser Fall könne nicht in dieselbe Reihe gestellt werden mit der Tragung z.B. des Defizits bei den Straßenbahnen. Wenn die Gaspreise erhöht werden, so hat das nicht darin seinen Grund, daß die Gemeinde nicht zu verwalten versteht und nicht versteht Kohle anzukaufen, sondern darin, daß die Kohle teurer geworden ist, daß die Fracht pesen gestiegen ist u. s. w. Wenn die Erhöhung der Gaspreise nicht vor den Gemeinderat gebracht wird, so ist das durchaus keine Nichtachtung der Autonomie der Gemeinderäte, sondern eine durchaus sinnvolle Auslegung der seinerzeit beschlossenen Kohlenklausel.

Nach dem Schlusse des Referenten wird der Antrag einstimmig angenommen. SVR. Breitner (soz.-Dem.) berichtet über die Genehmigung eines ersten Zuschusskredites von 4.700.000 K für Schotterbeschaffung zu Strassenunterhaltungszwecken und führt aus: Der Zustand, in dem sich unsere Straßen, namentlich was die Straßendecke anbelangt, befinden, dreht zu einer ganz besonders schweren Sorge, ja förmlich zu einer finanziellen Krise sich zu entwickeln.

Der Schotterbedarf im letzten Friedensjahre betrug rund 200.000 m³ zum Preise von zirka 11 K per m³, also 2 1/2 Millionen Kronen. Das gegenwärtige letzte Preis hierfür beträgt 550 K pro m³, d. h. wenn wir das gleiche Quantum wie im Jahre 1913 kaufen wollten, würden wir rund 130 Millionen Kronen allein nur für Schotter auszugeben haben. Es ist aber nicht nur allein diese ungeheuerliche Preissteigerung, die uns Sorge machen muss, sondern im Vereine ist auch die Erhaltung der Straßen wie so vielen andere vielfach zurückgestellt worden und dazu haben die Straßen gerade im Kriege durch die Militärfuhrwerke ausserordentlich gelitten. Der Stadtrat hat nun im Erkenntnis aller dieser Umstände ein eigenes Komitee eingesetzt, um diese Frage gleichwie die ebenso dringende Frage der Bauteile einer eingehender Erörterung und wo möglich einer Friedigung zu unterziehen. (Der Referentenatrag wird genehmigt)

Nach weiteren Berichten des StR. Breitner wird der Kredit für die Meisteraufführungen „Wiener Musik“ per 500.000 K, die Subvention für eine von Wiener Künstlern veranstaltete, im Laufe der Meisteraufführungen zu eröffnende Ausstellung per 30.000 K sowie die Subventionen für die Wiener Philharmoniker mit 5000 K und für die Gesellschaft „Denkmal der Tonkunst“ in Oesterreich von 20.000 K genehmigt.

Nach Berichten des StR. Rudolf Müller (Soz. Dem.) wird der technische Entwurf über die teilweise Regulierung und Umpflasterung des Kaiserplatzes im 20. Bezirk mit einem Kostenverfornis von 85.000 K, das Mehrerfordernis von 260.000 K für die Erzeugung von Kleinsteinen, Schotter und Sand aus alten Pflastersteinen, das Mehrerfordernis von 160.000 K für die Instandsetzung des Pflasters der Kaiser Ebersdorferstrasse und der Kostenbeitrag der Gemeinde zur Pflasterung der Bezirksstrasse Schwab-Bannerdorf im Betrage von 4 Millionen Kronen genehmigt.

GR. Müller (Soz. Dem.) referiert über den Vertrag mit dem Pflastermeister Konrad Drescher über die Durchführung der laufenden Pflasterungsarbeiten in den Bezirken 13 und 15 im Jahre 1920, aus dem sich für die Gemeinde Wien ein Ersparnis von 160 % gegenüber dem Kostenvorschlage der Pflasterergesellschaft ergebe.

GR. Körber (chr. soz.) spricht sich dafür aus, daß dieses Referat abgesetzt und seiner neuerlichen Durchführung unterzogen werde. Dieser Konrad Drescher sagt Redner, ist ein ganz neuer Herr auf diesem Gebiete und es zu sagen von Gnaden des Herrn Rudolf Müller Pflastermeister geworden. Das Werkzeug, das Fuhrwerk und die Sandlieferung stellt die Gemeinde Wien. Es handelt sich gewissermaßen um den Versuch einer Sozialisierung, der, wie der Referent sagt, unter der genauen Kontrolle des Stadtbauamtes erfolgen solle. Aber das kostet Geld. Eine Begründung für diesen Versuch liegt nicht vor. Und wenn der Kollege Müller so im Bausch und Bogen über alle Gewerbetreibenden der Pflasterbranche mit dem Staat bricht, so ist das nicht fair. Sie dürfen nicht vergessen, daß diese mit Leuten arbeiten müssen, die gerade aus ihren Kreisen sehr verachtet wurden und mit ihren Arbeitsleistungen sehr zurückgeblieben sind und die Meister dürfen sich nicht rühmen. Ich muß schon bitten, daß hier über den Gewerbestand anders gesprochen wird.

GR. Eiber (chr. soz.) sagt, dass beim Abschluss des Antrages mit dem Pflastermeister Drescher nicht, wie der Referent gesagt, ein Einverständnis mit der Gewerkschaft gepflogen wurde, weil sich die Gewerkschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Art der Vergütung der Arbeiten gewendet hat. Es war auch in Aussicht genommen, die Pflasterarbeiten von ganz Wien dem Drescher zu übergeben. Erst nach Monate langen Verhandlungen hat man sich dazu entschieden, nur 2 Bezirke einzubringen. Die Gewerkschaft musste der Gewalt weichen und hat diesen Ausweg noch für den besseren gehalten. Auch die Anstellen haben die argsten Bedenken gegen die Abschließung des Vertrages erhoben. Am Ende des Jahres wird ein Bericht über die Berechnung vorgelegt werden, der für die in Betracht kommenden zwei Bezirke mehr günstig sein wird, schon deshalb weil die Gemeinde den Arbeiten das Fuhrwerk, den Sand u. s. w. beizustellen hat. Es muss daher gewarnt werden, Verträge wie den vorliegenden in anderen ähnlichen Fällen anzuwenden, und aus den angeführten Gründen müsse man die Verträge stimmen.

Referent GR. Rudolf Müller betont in seinem Schlusswort, dass durch diesen Vertrag der Beweis erbracht werden wird, dass die Gemeinde durch diese Maßnahme Millionen ersparen wird. Die Kritik, die an dem Vertrage geführt wird, wird für die Pflastermeister geführt, die nicht nur von der Wehrhaft, sondern auch von Saucen kritisiert wurden. Eben die Beistellung des Fuhrwerkes durch den Unternehmer ist die Gelegenheit, bei der Profite gemacht werden können. Von der Gewerkschaft wurde zugegeben, dass die Arbeiten schlechterhaft gemacht wurden, wenn der Meister ein Interesse hat wegen des Preises hat. Es müsse die Gemeinde auf Reformen sinnen, um die gewaltigen Ausgaben, die die Gemeinde hat, auf irgend eine Art herabzubringen. Hier muss entschieden werden, ob 2 Millionen der Bevölkerung oder die Interessen von 28 Haushalten, die Pflastererunternehmer sind, geschützt werden sollen. Mitzudenken wenn der Bericht über das Ergebnis des Vertrages vorgelegt werden wird, dann wird man den Unterschied in der Arbeit und ihrem Ergebnis sehen, und dann wird die Gemeinde zu entscheiden haben, ob sie es nicht in den nächsten 20 Bezirken ebenso wie vorläufig in diesen 2 Bezirken machen soll.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

Ueber Antrag des GR. Iser (Soz.-Dem.) wird im städtischen Strandbade „Alte Densau“ im II. Bezirke die Errichtung eines Fernsprechanchlusses bewilligt. Ferner die Ausgestaltung des städtischen Strem- Luft- und Sennenbades „Kuchelap“.

GR. Iser berichtet über die Erhöhung der Preise in den städtischen Bädern.

GR. Angeli (chr.-soz.): Nach wenigen Monaten ist schon wieder eine Preiserhöhung bei den Bädern auf der Tagesordnung. Es ist ja richtig, daß infolge der verschiedenen Preissteigerungen die Erhöhungen notwendig sind. Ich werde mir nur erlauben einige Verbesserungs- und Abänderungsanträge zu stellen, die Sie bei einigen guten Willen annehmen können. Besonders ist die Preiserhöhung der Sennbäder zu bedauern, weil sie wieder zum Wildbaden Veranlassung gibt, in einem einzigen Sommer sind 58 Menschenleben infolge des Wildbadens und Bestfahrens zugrunde gegangen.

Bezüglich des Strandbades „Gänsehäufel“ schlagen Sie 10 K für das Familienbad vor. Das ist viel Geld und man fürchte sehr, daß das Familienbad ein Schieber- und Rendeubad werden wird. Ich will beantragen, daß im Familienbade, wenn jemand mit Kindern kommt, für diese Personen, das Eintrittsgeld nur auf 5 K festgesetzt wird. Bei den Volksbädern setzen Sie den Preis von 2K auf 4 K herauf. Ich beantrage für die Brausebäder I. Kl. 3 K, II. Kl. 1 K. Beim städtischen Kaiser Franz Josefbad setzen Sie den Preis für Dampfäder I. Kl. mit 16 K fest, ich beantrage für die I. Kl. den Preis von 10 K, für die II. Kl. 8 K. Im städtischen Theresienbad beantrage ich für Dampfäder 10 K, Wannenbad II. Kl. mit Wäsche 6 K, ohne Wäsche 5 K, für Wannenbäder III. Kl. mit Wäsche 5 K, ohne Wäsche 4 K. Das städtische Bad „Retzelbad“ erhöhen Sie von 60 h auf 3 K. Ich beantrage den Preis mit 2 K festzulegen. Beim Bad in Floridsdorf beantrage ich für Dampfbad I. Kl. 10 K, für Dampfbad II. Kl. 6 K. Während Sie in allen städtischen Strembädern nur einen Preis von 4 K festgesetzt haben, verlangen Sie im städtischen Strembade Nußdorf 5 K. Ich beantrage auch dort wie in allen anderen Bädern den Preis mit 4 K fest zu legen. Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß es unbedingt notwendig ist, für die männliche und weibliche Jugend der Stadt Wien für den Schwimmunterricht mehr vorzusehen. Zu diesem Zwecke wäre es wichtig, entsprechende Kräfte aus dem Lehrstande zu gewinnen.

GR. Weismann (soz.-dem.) betont, dass auch bei den städt. Bädern die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang gebracht werden müssen. Er möchte aber für den II. Bezirk, der einer der größten Proletarierbezirke Wiens ist und kein Volksbad besitzt, eine Ausnahme machen und beantragt dass der Preis für ein Dampfbad von 6 auf 10 K statt 12 K zu erhöhen ist.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.) Wenn der Korredner gesagt hat, dass von den Bädern die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang gebracht werden müssen, dann müsse gesagt werden, dass die

städtischen Bäder kein kaufmännischen Unternehmungen sind. Was in der Vorlage mit den Bädern gemacht wird, ist ja nicht einmal eine soziale viel weniger eine sozialistische Verwaltung. Durch die Vorlage werden der Bevölkerung Millionen abgenommen und ihnen das Baden dabei unmöglich gemacht. Die Vorlage ist ein Verbrechen an der Gesundheit der Bevölkerung und der Stadt. Der Bäderbetrieb ist eine Wohlfahrtseinrichtung, bei der die Gemeinde verpflichtet ist, darauf zu zahlen. Die Vorlage ist an den Stadtrat zurückzuweisen, und wenn es nicht geschieht, so kann die Mehrheit nicht mehr den Anspruch erheben, dass sie die Stadt sozial verwaltet.

GR. Karl Schmidy (soz.-dem.) führt aus, daß die städtischen Bäder mit Recht Wohlfahrtseinrichtungen für die großen Massen des Volkes sein sollen. Zu einer Zeit, wo es der Stadt Wien möglich war, aus den Überschüssen anderer Unternehmungen Defizite der Bäder zu decken und leichter zu ertragen, haben wir schon darauf gedrängt, daß immer mehr städtische Bäder errichtet werden, vielmehr als wirklich gebaut wurden. Zu den jetzigen Erhöhungen sind wir einfach durch Verhältnisse, an denen wir nicht schuld sind, gedrängt worden. Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Gemeinde trotz der Erhöhungen noch immer ein Defizit von 1 1/2 Millionen aus ihren Bäderbetrieb haben wird. Und die Gemeinde ist ja auch bereit ein solches Defizit zu tragen, um den Bädern den Charakter einer Wohlfahrtseinrichtung auch weiterhin zu erhalten. Wenn Sie hören, daß die kaufmännischen Unternehmungen bei einem Bäderpreise von 54 K gelandet sind, dann kann man wohl nicht sagen, daß unsere Bäder bei einem Preise von 14 K kaufmännisch geleitet werden. Wenn Sie alle die kolossalen Steigerungen in Betracht ziehen, die Kosten der Reparaturen, die jetzt unbedingt notwendig sind, erwägen, müssen Sie zugeben, daß wir gewiß gegen unseren Willen gezwungen sind, solche Vorlagen zu vertreten. Es ist auch richtig, daß trotz der Erhöhung unsere Bäder überfüllt sind, das beweist aber nur, daß von dem noch teureren Privatbädern ein Abströmen nach unseren Bädern erfolgt, und zwar von Schichten, für welche die städtischen Bäder gewiß nicht berechnet waren. Wenn von einer Verteuerung des Badens für die Kinder gesprochen wird, muß doch auch gesagt werden, daß die städtischen Volksbäder 300.000 Kindern unentgeltlich zu Verfügung stehen, daß diese Bäder aber im vergangenen Jahr mit kaum 1/3 dieser Zahl besucht wurde. Diese Tatsache muß eine tiefere Ursache haben, der man jedenfalls nachgehen müssen. Auch das Gänsehäufel ist ja mit Schülerfreikarten besetzt und haben z.B. im Vorjahre 14.000 Kinder dort unentgeltlich Schwimmunterricht genommen. Bäder ersucht, alle Abänderungsanträge abzulehnen, nur bezüglich des Theresienbades in Meidling trete er dafür ein, für die Dampfäder einen Durchschnittspreis

von 12 K festzusetzen, da dieser Bezirk tatsächlich über kein Volksbad verfüge. und von ermäßigten Fahrkarten auf der Strassenbahn für die Kinder ist noch nichts gesprochen worden. Wenn schon die Mehrheit von ihren Preisen für die Bäder nicht abgehen wolle, so möge sie doch den Anträgen des GR. Angeli zustimmen.

Der Referent sagt in seinem Schlusssatz, dass auf der einen Seite betont wird, dass ein Überschuss am Gänsehäufel nicht notwendig sei und dass auf der anderen Seite gefragt wird, warum bei den Volksbädern eine solche Steigerung vorgenommen wird. Auch nach Inkrafttreten der neuen Preise wird bei den Volksbädern noch ein 1.783.000 K daraufgezahlt und es ist daher Pflicht der Gemeindeverwaltung den Überschuss vom Gänsehäufel für die Volksbäder zu verwenden. Die Finanzlage der Gemeinde müsse eben geschaffen werden, dass die Gemeinde ihren Pflichten nachkommen und die Bäder ausgestatten kann und aus diesem Grunde müsse der Preiserhöhung der Bäder zugestimmt werden.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des GR. Angeli abgelehnt, der Antrag des GR. Schmidy bezüglich der Herabsetzung der Preise für die Dampfäder im Theresienbad und im Bade in Floridsdorf von 14 auf 12 K, dem sich der Referent anschliesst, sowie die Referentenanträge angenommen.

Vize-Bgm. Emmerling übernimmt den Vorsitz. Vize-Bgm. Winiar (soz.-dem.) berichtet über die Kündigung der dem Vereine „Kinderschutz-Stationen“ hinsichtlich der Unterstützung dieses Vereines gegebenen Zusicherung. Diese Zusicherung wird einjährig gekündigt. Ich empfehle dies deshalb, weil dieser Vertrag der zwischen der Gemeinde Wien und dem Vereine „Kinderschutzstationen“ besteht, ein so einseitiger ist, dass er die Gemeinde in eine arge Gefahr bringt. Für das abgelaufene Jahr muss die Gemeinde dem Vereine 750.000 K bezahlen, während nach dem Budget von Gemeinderats im Juni vorigen Jahres beschlossenen Budget die Gemeinde für alle übrigen Vereine die Summe von 600.000 K zur Verfügung hat, also um 150.000 K weniger als der Bedarf für den einzigen Verein. Dem Vereine erwächst keine Verlegenheit, da er noch durch ein Jahr die Unterstützung von Seite der Gemeinde erhält und dieses Jahr kann der Verein nützen, um aus einem Wohltätigkeitsverein eine Fürsorgeorganisation zu werden, die sich auf die Kraft der Eltern stützt.

GR. Paulitschke (chr.-soz.) Um die Angelegenheit richtig zu verstehen, müsse man sein Augenmerk auf die Vorgeschichte werfen. Während des 5jährigen Krieges seien die Väter eingerdückt gewesen, die Mütter mussten einen Erwerb nachgehen, die Schulen seien besetzt gewesen für militärische Zwecke, so dass die Kinder der Strasse ausgesetzt gewesen seien. Die damalige Gemeinderatsmajorität habe es daher für notwendig erachtet, hilfreich einzu-

greifen. Sicherlich war der letzte Beschluss vom April 1919 ein ausserordentlich weitgehender, aber der Verein habe davon niemals Gebrauch gemacht, ja, er sei nicht einmal soweit gegangen, den Beschluss vom November 1918 voll und ganz auszunützen.

GR. Körber (chr.-soz.) Für die Gesundheit der Bevölkerung darf das Gemeinde Wien kein Betrag zu hoch sein. Dass man aber in Nußdorf um 1 K mehr verlangt, als in den anderen Strembädern weil dort mit dem Strandbad auch ein Sennenbad verbunden ist, begreife ich nicht, denn die Sennenstrahlen braucht meines Wissens die Gemeinde Wien nicht zu bezahlen. Die Erhöhung des Preises für die Sandbäder am Gänsehäufel von 2 K auf 4 K ist auch übermässig gross. Ich beantrage, dass die Sandbäder nur um ein mässiges, sage wir, um 50 Heller, also auf 2K50 erhöht werden. Es wurde gesagt, dass der Besuch in den Bädern trotz der letzten Preiserhöhung nicht nachgelassen habe; das ist kein Argument, denn die Leute müssen doch baden gehen. Ich bin der Ansicht, dass die Anträge des Kollegen Angeli angenommen werden sollen.

Vize-Bgm. Winter übernimmt den Vorsitz.

GR. Hawerka (chr.-soz.) betont, dass sich die Gemeinde Wien bei der Festsetzung der Bäderpreise nicht auf den physikalischen und kaufmännischen Standpunkt des Privatunternehmers stellen wird, da die Bäder in erster Linie der Volkswohlfahrt zu dienen haben und aus diesem Grunde ein Defizit vertragen müssen.

Er ist der Ansicht, dass bei den Bädern das Defizit von 1 1/2 Millionen das bisher bestanden hat, erhöht werden kann, wenn hiedurch der Bevölkerung Erleichterungen geschaffen werden. Was die Volksbäder anlangt, so werden dieselben zum Grossteil von Arbeitern und Jugendlichen besucht, denen es schwer fällt, einen Preis zu zahlen, der um 300 % nur höher sein soll. Wenn gesagt wurde, dass 300.000 Preiskarten zum Besuche der Volksbäder zur Verfügung gestellt wurden, und von diesen kaum 1 % von den Schülern der Volks- und Bürgerschulen benützt wurden, so habe dies seinen Grund darin, dass die Volksbäder unzureichend sind. Wenn von den ermäßigten Karten für das Gänsehäufel gesprochen wurde, so muss schon gefragt werden, wie die Kinder, die ermäßigte Karten haben, auf das Gänsehäufel hinunterkommen. Wir stehen knapp vor der Eröffnung dieses Bades.

Wenn Bedner es auch nicht verkenne, dass die jetzige Maj.rität durch die finanziellen Verhältnisse sich zur Streichung der Subvention gedrängt fühle, so gehe er doch nicht an, dass aus diesen Anlässen die Arbeiter-Deilung darauf hinweise, dass der Verein ein klerikaler sei. So wie jedermann wisse, dass der Verein „Kinderfreunde“ sozialdemokratisch sei, so müsse ebenso jeder wissen, dass der Verein „Kinderschutzstationen“ als christlicher Verein ist, und dass in der Jugendfürsorge eben beide Vereine ihre verschiedenen prinzipiellen Standpunkte und Weltanschauungen vertreten. Bedner könne nicht umhin, zu konstatieren, dass in den „Kinderschutzstationen“ mehr als 90% der Kinder von Eltern untergebracht seien, welche der sozialdemokratischen Partei angehören. Er werde gegen die Streichung stimmen und müsse bei dieser Gelegenheit verlangen, dass aber in Zukunft beide Organisationen gleichmäßig behandelt werden.

Vize-Bgm. Hogg übernimmt den Vorsitz.
OR Dr. Alma Seitz (chr.-soz.) führt die Gründe an, die den Referenten zu seinem Antrag veranlasst haben, wobei er geltend macht, dass die Gemeinde keine entsprechende Vertretung im Ausschuss habe und dass der Brief nicht beantwortet worden ist. Der Verein hat statutenmäßig seine Mitglieder im Ausschuss und kann Helfer für seine Arbeiten koaptieren. Und wer die Arbeit des Vereines kennt, bei der es sich um praktische Fürsorge handelt, der wird sagen müssen, dass nur wirkliche Arbeiter und Helfer im Ausschuss sind. „An den 8. Punkt betrifft, betreffend die Nichtbeantwortung des Briefes, so stellt sich das respektable Gemeinwesen Wien in einem schmalen Winkel und kündigt den Vertrag. Diese Gründe können nicht stichhaltig sein, umso weniger als der Fürsorgeausschuss des Gemeinderates seit Monaten nicht abberufen worden ist. Die Gründe, die für den Antrag massgebend sein dürften, sind vielmehr finanzieller Natur und darin, dass falsche Fürsorge-tätigkeit betrieben wird. Die materielle Beihilfe für die Fürsorge-tätigkeit kann in verschiedener Form geleistet werden. Von einer solchen selektiven Fürsorge-tätigkeit ist aber in der Gemeinde nicht die Rede. Der Referent hat unlängst als Vize-Bürgermeister eine große Spende mit dem Bemerkten, dass sie nicht für katholi-sche Einrichtungen bestimmt sei, erhalten. Von dieser Spende hat der Referent als Vize-Bürgermeister, also als Amtsperson über die Aufteilung nichts berichtet. Der Vertrag nimmt einen Verzicht für die Kinder Wiens und für die Stadt Wien insgesamt geleistet hat, seine Bestehenmöglichkeit und die Subventionen auf die man verzichtet wird, lassen alle auf sich warten. Dem Vereine wird ohne jeden Grund gekündigt und dies ist ein Versuch, die christli-chen Charities an die Wand zu drücken. Was ist eine falsche Für-

sorge, die nur dazu führt, dass die Kinder aus kompromittierten, die Bevölkerung aber machen Sie nachdenklich vor. Ich fürchte, es ~~ist~~ ist das, was Sie hier zu sehen spüren werden. (Beif. bei den Christl. Soz.)

Vize-Bgm. Hinter (soz.-dem.) führt in seinem Schlussworte aus, seine Vordrönerin hat gesagt, die Bevölkerung wird sehr nachdenklich werden, und dass wir die Früchte ernten werden. Ich hoffe, dass die Bevölkerung nachdenklich werde, und dass wir die Früchte unserer Fürsorgepolitik ernten werden. Gegen Schluss der Ausführungen meiner geehrten Vordrönerin sind auch einige Zwischenrufe gefallen, der Ausdruck „Brutalität“ und sogar „Gemeinheit“. Ich habe mich doch in meinen ersten Ausführungen bemüht, durchaus sachlich den Gegenstand auseinanderzusetzen und habe keinen Anlass zu solchen Behauptungen gegeben. Wie Herr Dr. Faulstichke und Frau OR. Dr. Seitz gesagt hat. Glauben Sie in Ernst, dass dieser Vertrag, nachdem er einmal zum Bewusstsein der sozialdemokratischen Gemeinderatsmajorität kam, hat bestehen können. Herr Dr. Gold, Vorstandsmitglied der Kinderschutzstationen hat gesagt,...

OR Schmitz (chr.-soz.) Herr Vize-Bgm. haben Sie es notwendig, immer die Beantwortung vorgeschoben, das genügt sich nicht! Was macht man nicht!

Vize-Bgm. Hinter Direktor Gold hat gesagt, um den Verein auf seiner jetzigen Höhe zu erhalten, gebe es nur 2 Wege, entweder wie der Verein vorschlägt, dass die ~~betriebs~~ ^{Gemeinde} Kosten seines Betriebes trägt oder dass eine Quote der Betriebskosten von der Gemeinde übernommen werde. Gegen den ersten Vorschlag spreche, dass er ein Präjudiz für andere Vereine schaffen würde. Es würde sich ergeben, dass die Gemeinde dem Verein subventioniere ein halbes Jahr später hat der Referent OR. Tomala diesen Standpunkt verlassen und behauptet, falls der Verein mit den 50% Subvention des Abzuges nicht finde, das entstandene Defizit durch die Gemeinde zu übernehmen. Dieser Beschluss ist einjährig von beiden Seiten kündbar. Eine Erweiterung des Betriebes dürfe nur mit Genehmigung des Gemeinderates vorgenommen werden.

Es wurde gesagt, dass der Verein von diesen Verträgen nie im ganzen Umfange Gebrauch gemacht habe. Der Arbeiterverein „Kinderfreunde“ hat ungefähr das Doppelte geleistet, als der Verein „Kinderschutzstationen“ und wir stellen zunächst fest, dass der Verein „Kinderfreunde“ von der Gemeinde Wien für seine Tätigkeit die 48.000 Kinder umfasst, keinen Heller empfangen hat.

OR Schmitz (chr.-soz.) Aber von der Zwangsabgabe reden Sie nicht!

Vize-Bgm. Hinter (soz.-dem.) Was die Ausbringung der Mittel an-

belangt, ist der Arbeiterverein „Kinderfreunde“ ist darum so gross, weil er den Hut gehat hat. In 4 Jahren den Mitgliederbeitrag zu vereinfachen. Mit 30 Heller haben wir angefangen, damals waren wir noch ein Wohlthätigkeitsverein und wir haben ihn angewandelt, in eine Organisation der Mütter und Väter. Wir haben geleistet, was der Gemeinde nicht zum Kopf und was ihm die bürgerliche Gesellschaft verweigert, denn die bürgerliche Gesellschaft hätte die Pflicht gehabt, den proletarischen Kindern denselben Platz unter der Sonne einzuräumen. So steht geschrieben, dass ein proletarisches Kind immer nur von der Wohltat abhängen soll. (Beifall und Hand-clatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterklasse hat sich zur rechten Zeit besonnen und hat erkannt, dass dem proletarischen Kind geholfen wird.

OR Schmitz (chr.-soz.): Wer ist denn die Arbeiterklasse? Rufe bei den Sozialdemokraten: Sie nicht!

VB Winter. Ich gehe ich muß elementarer reden! Die Arbeiterklasse, das ist die Zusammenfassung aller Dankenden und ihrer Klasse bewussten Arbeiterschaft. Dies hat sich zur rechten Zeit besonnen und sich die sozialen Formen zunutze gemacht zur Verteidigung der Rechte des Kindes.

OR Schmitz (chr.-soz.): Das ist Theaterpielerei und sonst nichts!

VB Winter. Die Arbeiterklasse hat sich besonnen, indem sie die ideale Forderung der Kinderfreunde, dass sie von der Lohnkronen freiwillig 1 Heller geben möge, zur Befreiung des proletarischen Kindes. Die Arbeiterklasse hat diese ideale Forderung angenommen zur Rettung des Kindes.

Die christlichsozialen Gemeinderäte verlassen unter Bravorufen der Mehrheit ihre Plätze.

VB Winter. Dass ein Teil der christlichsozialen Mitglieder diesen Saal fluchtartig verlassen hat, als von der Abgabe der Kinderheller die Rede war, das läßt uns sehen, dass wir von dieser Seite nichts zu erwarten haben. Was für den Verein Kinderfreunde gilt, muß auch für andere Vereine gelten. ~~Stixxxxxxxxxxxx~~ Wenn wir die Kinderfreunde nach demselben Muster messen würden wie die Kinderschutzstationen, so müssten wir den ersteren 3 Millionen Kronen oder dem Verein Settlement wenigstens 1 Million Kronen geben. Dazu haben wir nicht das Geld, weil auch die Herren von der Gegenseite die Steuergelder hierfür nicht bewilligen würden. Glauben Sie, daß wir gerne von den Proletariern solche hohe Abgaben fordern, damit gut gemacht wird, was an dem Volke gesündigt worden ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben keinen anderen Weg Ihre Politik gut zu machen, als daß wir die gesamte Volkskraft anrufen. Wir können nicht mit Wohlthätigkeitsvereinen die zerstörte Volkskraft aufbauen. Wenn der Verein

der Kinderschutzstationen gut ist, dann wird er auch verstanden. Können Sie verlangen Sie für ihren Verein nicht eine Sonderstellung, die dazu führen muß, daß der Verein zugrunde geht. Ein Vertrag, der vorschreibt, daß ein Verein nicht mehr tun darf als er im Jahre 1918 getan hat, ein solcher Verein kann nicht leben. Wenn Sie wollen, daß er leben kann, so müssen Sie selbst wollen, daß der Vertrag mit der Gemeinde aufgelöst wird und ich kann nur bitten dem vorliegenden Antrage zuzustimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Während des letzten Teiles der Ausführungen des VB Winter haben die Christlichsozialen ihre Plätze wieder eingenommen.

OR Bärtnar (chr.-soz.) berichtet tatsächlich, daß der Verein Kinderschutzstationen als „Verein“, welcher Konfession immer, abgewiesen hat.

OR Schmitz (chr.-soz.) berichtet tatsächlich, daß die Behauptung des VB Winter, daß seine Partei eine Sonderstellung für den Verein Kinderschutzstationen verlangt habe, nicht richtig ist. Seine Partei habe sich nur gegen eine Forderbehandlung verwehrt. Er berichtet weiter tatsächlich, daß keiner von den Arbeitern gefragt worden ist, ob er einen Heller freiwillig hergeben will. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Reden Sie nicht!) Der Referent hat auch behauptet, daß er im Namen der Arbeiterklasse hier spricht. Ich berichtige tatsächlich, daß er das Recht hat im Namen der Sozialdemokraten oder Kommunisten aber nicht im Namen der Klassenbewussten Arbeiter zu sprechen. Der Referent hat weiter behauptet, daß die Christlichsozialen den Saal fluchtartig verlassen haben, weil sie es nicht erdulden wollten, wenn von der Fürsorge für Proletariatskinder die Rede ist. Tatsache ist, daß meine Partei den Saal verlassen hat, weil sie die Art und Weise, wie ein Vizebürgermeister mit dem Wohl von Arbeiterkindern politischen Schnoher treibt, nicht billigen kann.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen. OR Hackl (Soz.-Dem.) berichtet über die Beistellung von Ueberkleidern für die Schlachthofaufseher. (Angenommen.)

Nach einem Antrage des OR Kokran (Soz.-Dem.) wird der Ankauf von Seilen und Stricken und des OR Hinder (Soz.-Dem.) über Ankauf von Roßhaarbüscheln aus der Sachdemobilisierung genehmigt.

OR Dr. Grün (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung des Kostbeitrages für die dem Todenko-Stiftungshaus in Baden zugewiesenen mittellosen Kranken der Gemeinde Wien. (Angenommen.)

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 8. Mai 1920, Nr. 157.

Margarinabgabe. Vom 9. bis 15. Mai werden bei den städtischen Margarinabgabestellen pro Person 12 kg Margarine zum Preise von K 12.72 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 191 und der befallenen Abschnitte Nr. 191 für nichtaryoniertes Fett der β Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 kg Schweinefett zum Preise von K 13.20 - Wegen Verzögerung im Anrollen von Schweinefett ~~zum Preise~~ wird es voraussichtlich erst nächste Woche möglich sein, bei den städtischen Abgabestellen Schweinefett abzugeben.

Kartoffelwalzgrieß für Mindestbemittelte. In der 139. Aktionswoche erhalten alle Besitzer von rosafarbenen Einkaufsscheinen für Wohlfahrtsfleisch $1/8$ kg Kartoffelwalzgrieß pro Person zum Preise von K 2.20 gegen Abtrennung des Abschnittes „X“ in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Mittwoch, den 12. für A - F, Freitag, den 14. für G - K, Montag, den 17. für L - R und Mittwoch, den 19. für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person $1/8$ kg Kartoffelwalzgrieß und zwar an die ersteren zum Preise von K 17.60 per kg, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 8. Mai 1920, Nr. 158.

Erhöhung der Milchpreise. Auf Grund der vom Staatsamte für Volksernährung mit Erlaß vom 28. April l. J. festgesetzten Stall- und Großhandelshöchstpreise für Milch hat die niederösterreichische Landesregierung für den Milchverkauf in Wien neue Höchstpreise festgesetzt, in deren Gefolge auch die Neu festsetzung der Hebernahmepreise für Milch durch die politischen Bezirksbehörden erfolgen wird.

Liebesgabenverteilung im 9. Bezirk. Dienstag, den 11. ds. im Antshaus, IX Währingerstraße 43, von 8 bis 12 Uhr Fortsetzung der Ausgabe amerikanischer Liebesgaben an Familien mit einem Kinde, die bisher noch ^{von} keiner Lebensmittelaktion beteiligt wurden und die auch nicht Lebensmittel aus der Hilfsmission „Die Freunde“ erhalten haben. Mitbringen Fürsorgeblatt, alter Einkaufsschein und Meldezettel.

Zemverden. Vom 9. bis 15. Mai nach Maßgabe der Vorräte Schuh-Abgabestelle, VIII., Schlesingerplatz 5: Herren- und Knabenschuhe, Damenhalschuhe. Textilwaren - Abgabestelle, VIII., Albestplatz 70: Herrenanzüge, Sportüberzüge, Raglans, Frauenschöße, diverse Knaben- und Mädchenbekleidungsartikel, Herrenhemdkragen, Strümpfe für Kinder bis zu 3 Jahren, Strumpfhälter, Stoffwolle (schwarz und braun), Schlingwolle und ganz geringe Mengen von Servietten und kleine Posten Cheviot und Rohbarcent. Brennstoff-Abgabe: Die Brennholz-Koke- und Kohlenabgabe wird fortgesetzt. (Brennholz K 1.40 pro kg). Anskaffungen durch Bezirkseschwäiter und Vertrauensmänner.

Für die Meisteraufführungen Wiener Musik, veranstaltet von der Gemeinde Wien, können die Mitglieder der Gesellschaft der Musikfreunde und Stammsitzinhaber des Konzerthauses Montag, den 10. Mai von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr im Musikvereinsgebäude, I., Giselastraße 5 gegen Vorweisung ihrer Legitimation ihr Vorkaufrecht ausüben.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtrat hält Mittwoch und Freitag vormittagsitzungen ab, der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Entfallender Empfang. Montag entfällt der übliche Empfang beim Bgm. Reumann

Petroleum- und Kerzenausgabe. Vom 10. bis 23. Mai werden an die Besitzer der Karten für Haus- und Stiegenbeleuchtung wöchentlich $1/8$ Liter Petroleum, an die Inhaber der Karten für finstere Wohnungen und Küchen anstatt des Petroleums wöchentlich 2 Kerzen im Gewichte von $1/32$ kg ausgegeben. Der Preis ist der gleiche.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 10. Mai 1920, Nr. 159.

Der französische Deputierte Margaine beim Bürgermeister. Heute vormittags fand sich der französische Deputierte Margaine im Rathause ein und wurde vom Bgm. Reumann empfangen. In einer mehr als einstündigen Aussprache wurde eine Reihe von Fragen, die die künftige Entwicklung Wiens betreffen, erörtert. Ganz besonders wurde in den Kreis der Erörterungen die Frage bezüglich des Bahnverkehrs gezogen. Es stellte sich dabei heraus, daß keinesfalls die Absicht der Franzosen dahin gehe, Wien vom Weltverkehre auszuschalten; es sei auch nicht geplant, den Paris - Warschauer-Zug von Wien abzulenken, sondern es werde eine Zweiteilung vorgenommen, so zwar, daß die Züge einmal über Wien, einmal über Prag geführt werde. Der französische Deputierte interessierte sich sehr lebhaft für die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Jugend und der Bürgermeister gab ein Bild über die tristen Versorgungsverhältnisse, ganz besonders über den herrschenden Milchmangel. Der Bürgermeister nahm auch die Gelegenheit wahr, die im Friedensvertrage, Anlage 4, enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Ablieferung von Milchvieh an Serbokroatien und Rumänien zu erörtern. An der Hand von Ziffern stellte der Bürgermeister die Milchnot in Wien dar und überreichte dem Deputierten Margaine auch Mitteilungen über die Kindersterblichkeit, den Geburtenrückgang und die Sterblichkeit der Erwachsenen. Am Schlusse der Unterredung stellte der Bürgermeister dem französischen Deputierten die Vizebürgermeister Emmerling, Hoss und Winter vor. In deren Beisein wurde dann die Frage der Kohlenversorgung Wiens lebhaft erörtert. Der Bürgermeister hob hervor, daß die Gemeinde Wien keinesfalls meine, der Niedergang Wiens ^{sei} in der nächsten Zeit bevorstehend. Es werde alles aufgewendet, um die Entwicklung der Produktion zu ermöglichen. Zu diesem Bestreben gehöre vor allem das Bemühen um die Nutzbarmachung der Donauwasserkraft, neben welchen der Ausbau einiger kleinerer Wasserkraftwerke in Niederösterreich ins Auge gefasst sei. Die Entwicklung der Produktion würde die Entvölkerung Wiens hinaufhalten und wenn etwa tschechoslovakische Elemente tatsächlich abwandern würden, so würde diese Abwanderung durch Zuwanderungen von Arbeitern aus Deutschösterreich ersetzt werden. Der Arbeitsfleiß und der Arbeitswille der Bevölkerung Wiens sei die Bürgschaft für die künftige Entwicklung der Stadt und es wäre Trugschluß, wenn in der französischen Bevölkerung angenommen werden würde, daß Wien die Kraft fehle, seine Zukunft ^{zu sichern und} günstiger zu gestalten.

Ankunft von Heimkehrern aus Rußland. Am 1. Mai kam aus Warschau ein Zug von 357 Heimkehrern in der Station Leopoldau an. Ihrer Nationalität nach waren unter ihnen 123 Deutschösterreicher, 4 Südtiroler, 16 Reichsdeutsche, 2 Bulgaren, 181 Ungarn und 31 Jugoslawen. Von besonderem Interesse ist die Feststellung, daß 24 Mann aus dem Gefangenenlager von Taschkent, 75 aus dem von Smolensk und der Rest aus verschiedenen anderen Lagern stammen. Mit Rücksicht auf die späte Abendstunde der Ankunft wurde die offizielle Begrüßung auf den nächsten Tag verlegt und den Heimkehrern in der Heimkehrerstation Leopoldau entsprechende Lebung und Zigaretten durch das Rote Kreuz geboten. Durch den Verband der Hilfsgruppen Angehöriger von Kriegsgefangenen wurden sie auch mit kleinen Geldgeschenken beteiligt. Die Heimkehrerstation ist in den Baracken des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers eingerichtet und macht durch ihre außerordentliche Reinlichkeit und peinliche Ordnung den günstigsten Eindruck. Um ihren Betrieb hat sich insbesondere auch Frau Niedermayr-Crumley, Mitglied der Staatskommission des Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamtes und Delegierte des Roten Kreuzes, Verdienste erworben. Zur offiziellen Begrüßung der Heimkehrer hatten sich eingefunden: Vizekanzler Fink, Nationalrat Richter, Vizepräsident der Staatskommission des Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamtes, Dr. Hans Liebl, Amtsvorstand des Invalidenamtes der Stadt Wien in Vertretung des Bürgermeisters, Frau Dr. Niedermayr-Crumley, Frau Malitz, Delegierte des Verbandes der Hilfsgruppen Angehöriger von Kriegsgefangenen, Oberst Wächter in Vertretung des Landesbefehlshabers und Oberstleutnant Gall, Leiter des Heimkehrerlagers Leopoldau. Nachdem Oberst Wächter und Dr. Liebl einige herzliche Worte der Begrüßung an die Heimkehrer gerichtet hatten, brachte eine Militärkapelle mehrere Musikstücke zum Vortrag.

Am 4. ds. nachmittags kamen wieder 231 Heimkehrer aus Rußland an, unter ihnen 31 Deutschösterreicher, 4 Südtiroler, 41 Jugoslawen, 151 Ungarn und 4 Reichsdeutsche. Sie kamen aus verschiedenen Städten Sibiriens, wie aus Beresofsk, Omsk, Krasnojarsk, Samara und Orsk. Auch sie wurden wie die ersten Heimkehrer offiziell begrüßt.

Es besteht nun begründete Hoffnung, daß sich in nächster Zeit die Zahl der Heimkehrer mehren wird. Mit besonderer Freude ist festzustellen, daß fast sämtliche Heimkehrer ein recht gutes Aussehen zeigen.

Amerikanische Liebesgaben im II. Bezirk. Alle in diesem Bezirk wohnhaften Fürsorgeblattbesitzer, die noch keine Liebesgaben erhielten und deren Fürsorgeblatt daher keinen Stempel aufweisen darf, erhalten mögen Dienstag, von 2 bis 4 Uhr beim Frauenarbeitskomitee Karmelitergasse 9, Wäschestücke, Vorzuweisen: Fürsorgeblatt und Meldezettel.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 11. Mai 1920, Nr. 160.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Siegel wird der Platz um die Volksschule nächst dem Kaiser Ebersdorfer Friedhof im 11. Bezirk nach dem Naturforscher Ernst Haeckel „Haeckelplatz“ und die über diesen Platz zur Simmeringer Hauptstraße führende Straße nach dem aus dem 17. Jahrhundert stammenden Freigut Thurnhof „Thurnhofstraße“ benannt.

.....

Vom Leopoldauer Friedhof. Nach dem 1. Juni werden auf diesem Friedhofe einzelne heimgefallene Gräber 3. Kl. der Gruppe A, B und C wieder-belegt. Enterdigungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig und sind diesbezügliche Gesuche bis längstens 1. Juni dem städtischen Gesundheitsamt einzubringen.

.....

Eine Spende aus Koburg. Der Intendant des Landestheaters in Koburg, ein geborener Wiener, hat in der genannten Stadt eine Sammlung zugunsten der notleidenden Wiener Kinder veranstaltet und deren Erträgnis im Betrage von 6.500 K der Gemeinde überwiesen.

.....

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der heutigen Korrespondenz liegen Propagandamarken der „Meisteraufführungen Wiener Musik“ zum allfälligen Gebrauche bei.

.....

Lehrerhausverein. Da die Mitglieder mit der Bestellung der Schuhe außerordentlich zögerten, kann mit der Abgabe erst Freitag, den 21. Mai begonnen werden.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 12. Mai 1920, Nr. 161.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Heute beginnt an der Konzertkasse Guttman, I., Kärntnerring 3, Maximilianstrasse 4 (Durchgang) der allgemeine Kartenverkauf für sämtliche Konzertveranstaltungen. Der Beginn des Kartenverkaufes für die Vorstellungen in der Staatsoper, Burgtheater, Volksoper, Volkstheater etc. wird seinerzeit rechtzeitig bekanntgegeben werden.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 12. Mai 1920, Nr. 162.

Die Ruhegenüsse der städtischen Angestellten aus der Zeit seit dem 1. Jänner. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Speiser nachstehende Ausnahmsbestimmung für die Bemessung von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus der Zeit seit dem 1. Jänner 1920 beschlossen: Die Ruhegenüsse der in der Zeit vom 1. Jänner bis 29. Februar 1920 in den Ruhestand versetzten Angestellten (Lehrpersonen) und die Versorgungsgenüsse der Hinterbliebenen nach Angestellten (Lehrpersonen), die während des genannten Zeitraumes gestorben sind oder in den Ruhestand versetzt wurden, sind so zu bemessen, als ob auf die betreffenden Angestellten (Lehrpersonen) der Gemeinderatsbeschluss vom 30. März 1920 (Abschnitt I) Anwendung zu finden hätte. Die Angelegenheit wird den Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Neue Straßen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Richter die neuen Straßenzüge zwischen der Sanatoriumstraße und dem Flötzersteig im 13. Bezirk folgendermaßen benannt: „An der Niederhaid“, „Pausingergasse“ nach dem bekannten österreichischen Tiermaler Franz von Pausinger, „Krafft-Ebinggasse“ nach dem Psychiater Richard von Krafft-Ebing und „Griesingergasse“ nach dem Begründer der modernen Psychiatrie Wilhelm Grissinger.

Eröffnung des Schönbrunner Schwimmbades. Der Stadtrat nahm einen Bericht des StR. Richter zur Kenntnis, nach welchem das Schönbrunner Schwimmbad zur Benützung für die Bevölkerung geöffnet wird. Gleichzeitig sprach der Stadtrat die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit der Verwaltung des Hofärars wegen Zulassung der Schuljugend zum unentgeltlichen Schwimmunterricht in diesem Bade von Erfolg begleitet sein mögen.

Ein neuer Marktplatz in Kaisermühlent. Der Stadtrat hat nach einem Antrag der Bezirksvertretung Leopoldstadt beschlossen, im Bezirksteile Kaisermühlent zwischen dem Schüttauplatz und der Bellegardegasse einen provisorischen Markt zu errichten. Anmeldungen von Marktparteien für diesen Platz werden im Marktante Leopoldstadt, Karmelitergasse 9 entgegengenommen.

Eröffnung des Gänsehüfels. Das „Gänsehüfel“ wird für die diesjährige Bade-saison am 15. Mai eröffnet.

Der Werktagstarif auf der Straßenbahn gilt nach den Fahrpreisbestimmungen morgen Donnerstag (Feiertag). Früh- sowie Hin- und Rückfahrtscheine sind daher gültig.

Angelobung des Sektionschef Ing. Dr. Wilhelm Exner. Bekanntlich hat der Gemeinderat über Antrag des Bgm. Reumann dem Sektionschef Dr. Wilhelm Exner anlässlich seines 80. Geburtstag in dankbarer Würdigung der Verdienste, die sich dieser auf dem Gebiete technischer Entwicklung und Fortbildung erworben hat, das taxfreie Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen. Donnerstag hat nun Ing. Dr. Exner im Empfangssalon des Bürgermeisters in Gegenwart der Vizebürgermeister und von Vertretern des Gemeinderates sowie des Magistrats die Bürgerpflichten feierlich angepflobt. Der Bürgermeister hob in seiner Ansprache an den neuen Bürger dessen Verdienste namentlich auf den großen Gebieten des technischen Verkehrswesens und der Gewerbeförderung hervor, erwähnte die verschiedensten ~~xxxxx~~ hervorragenden Schöpfungen Exners und in dieser Beziehung und betonte, dass auch heute noch eine große Anzahl technischer Korporationen und Vereinigungen die befruchtende Mitarbeit des von der Gemeinde ausgezeichneten Forschers und Gelehrten genießt. Zum Schlusse beglückwünschte der Bürgermeister Ing. Dr. Exner und sprach die Hoffnung aus, dass der Gefeierte der Stadt Wien in seiner bewundernswerten geistigen Frische und körperlichen Rüstigkeit noch recht viele Jahre erhalten bleibe. Nach Angelobung der Bürgerpflichten dankte Ing. Dr. Exner zunächst dem Bürgermeister und dem Gemeinderate für die Auszeichnung, auf die er stolz sei und die ihn außerordentlich freue, und erinnerte an die verschiedenen Gelegenheiten, bei denen er in früheren Jahren mit dem jeweiligen Bürgermeister in großen technischen Aktionen zusammen gearbeitet habe, er hob weiters hervor, dass er seine Erfolge vielfach nur dank der Mitarbeit und Unterstützung anderer hervorragender Techniker erreichen konnte. Leider wären seine Absichten nicht immer so verwirklicht worden, wie er dachte. Zum Schlusse bat Ing. Dr. Exner auch um hinkünftige Förderung seiner Arbeiten durch die Gemeinde und verwies hierbei namentlich auf das technische Museum, das der Hilfe der Gemeinde dringend ~~xxxxxxx~~ bedürfe. Mit der Beglückwünschung des Ausgezeichneten durch die anwesenden Gemeindefunktionäre schloß die Feier.

Kinder aus Deutschland. Wie am 21. Februar nach Hamburg und Kiel abgereisten Kinder kamen am Donnerstag, den 20. ds. um 6 Uhr 40 früh am Westbahnhof an. Mit ihnen kamen auch 90 von privaten Aktionen in Lübeck untergebracht gewesene Kinder an. Die Eltern werden ersucht die Kinder abzuholen.

Die neuen Strompreise. Im Stadtrate berichtete VB. Emmerling über den auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. Februar für die letzte Ableseperiode neu festzusetzenden Preis für die elektrische Energie, der nach dem genannten Beschlusse jeweils mit den Gestehungskosten in Einklang zu bringen ist. Da sowohl die Kohlenpreise als auch die Löhne seit der vorletzten Ableserperiode in bedeutendem Maße gestiegen sind, müsse im sinnes Gemeinderatsbeschlusses eine Erhöhung der Strompreise erfolgen. Auf Grund der Berechnungen der Direktion der Elektrizitätswerke beantragte der Referent den Preis mit 77 Heller pro Hektowattstunde für Beleuchtungswecke und mit 65 Heller pro Hektowattstunde für Kraft und alle übrigen Zwecke festzusetzen.

An das Referat knüpfte sich eine längere Debatte. StR. Biber (chr.-soz.) verlangte die Einsetzung eines städtischen Komitees zur Überprüfung des dem Referate zugrundeliegenden Ziffernmateriells. StR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) verlangte ~~xxxxxxx~~ die Einsichtnahme in den Akt vor der Abstimmung. VB. Emmerling wies in seinem Schlußwort darauf hin, dass er die Überprüfung durch ein Komitee für überflüssig halte, da die Ziffern von der Direktion geliefert und vom Magistrat bereits überprüft seien. Er halte eine solche Überprüfung für ein Misstrauen gegen die Direktion und den Magistrat. Er bedauere selbst, den Antrag auf diese Preiserhöhung stellen zu müssen, er sei jedoch dazu verpflichtet, da es sich hierbei um ein Unternehmen handle, das ein großes Defizit aufweise.

Der Antrag des StR. Biber wird bei der Abstimmung abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Verlängerung des Straßenbahnverkehrs. Bgm. Reumann teilte in der heutigen Stadtratesitzung mit, dass von Sonntag, den 16. ds. an der Betrieb der Straßenbahn um $1\frac{1}{2}$ Stunden, das ist bis 11 Uhr nachts verlängert wird.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 14. Mai 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung. ~~xxxxxxx~~ Präsident seitens für Kinder in vorschulpflüchtigen Alter 242 Liebesgabenpakete der Type B.

Die „Göttinger Zeitung“ in Göttingen für die notleidende Bevölkerung Wiens 6.262 K.

Ludwig Kranzthor, Inhaber der Strick- und Wirkwarenfabrik, I., Vorlaufstraße 1, für die bei einer Löschaktion in seinen Betriebe beteiligte Feuerwehrmannschaft 1000K.

Charlotte Menzel in Anoka, Minn. Amerika, für kleine Kinder des Bezirkes Mariahilf 30 Dollar.

Der „Remscheider-Generalanzeiger“ für hungernde Kinder in Wien 33 Mark.
Die Fa. Geo. Borgfeldt & Co A.G. in Berlin 30 Kisten Kondensmilch.

Der Züricher Kaufmann Bloch-Fordschild für Kinderauspeisungen ab Februar ds. J. durch 6 Monate in ungestempelten Noten je 1900 K.

Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, dass es, um eventuellen besonderen Wünschen nach ^Uunlichkeit entsprechen zu können, notwendig ist dass die Damen und Herren Anmeldungen wegen der Bezuges von Karten für die Veranstaltungen des Wiener Musikfestes sofort in Präsidialbüro erstatten. Ich habe zu diesem Zwecke das Programm der Veranstaltungen einschliesslich eines Kreisverzeichnisses der ^Uitze in der heutigen Sitzung

auflegen lassen. Bei dieser Gelegenheit richte ich aber auch an die gesamte Wiener Presse ohne Unterschied der Partei die herzliche Bitte, die Bemühungen der Gemeindeverwaltung, die Veranstaltungen des Wiener Musikfestes zu reicherfolgreichen zu gestalten, ungeachtet der Beschränkungen, die den Blättern durch die Papiernot leider auferlegt sind, tatkräftig und nach aller Möglichkeit zu unterstützen und zu fördern. Das Gelingen des Wiener Musikfestes wird ja doch der Stadt als solchem, also dem gesamten Gemeinwesen, zugutekommen und soll dazu beitragen, die Stätte alter Kultur und hoher Kunst, als die sich Wien darstellt, wieder aufzurichten und die Stadt aus allem Leid und Unglück, das über die hereingebrochen ist, wieder emporzuführen. Die Presse ist gewiss in der Lage, die Veranstaltungen des Wiener Musikfestes auf die mannigfaltigste Weise zu fördern und zu ihrem Gelingen beizutragen. Ich wiederhole daher meine Bitte im Interesse der Gesamtheit und gebe mich der Zuversicht hin, dass meine Bitte nicht unerhört verhallen wird.

Der Präsident der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenangelegenheiten hat der Gemeinde für die Letztthin behufs Heilbeförderung der Kriegsgefangenen aus Russland bewilligte Spende von 100.000 K den aufrichtigsten Dank ausgesprochen und gebeten, diesen Dank dem Gemeinderate zur Kenntnis zu bringen. Sektionschef Ing. Dr. Wilhelm Exner hat sich anlässlich der gestrigen Angelobung der Bürgerpflichten gebeten, seinen Herlichststen Dank für die ihm durch die Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes zuteil gewordene Auszeichnung dem Gemeinderate zu vermitteln.

Schriftführer GR. Jenschik verliest den Einlauf.

GR. Gross (Soz. Dem.) interpelliert wegen der angeblichen Auflassung der Filiale Mariahilf der Freiwilligen Rettungsgesellschaft und fragt was der Bürgermeister zu tun gedenkt, damit die Auflassung der Filiale, die für die in der Umgebung der Filiale gelegenen industriereichen Bezirke eine grosse Gefahr bedeutet, hintangehalten wird.

Bgm. Reumann: Die Vertreter des 15. Bezirkes im Gemeinderate haben bereits in der letzten Gemeinderatsitzung in einer Anfrage über den bekannten Straßenbahnszusammenstoss am 1. Mai auch die angeblich in Aussicht genommene Auflassung der Filialstation der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft zur Sprache gebracht. Ich habe in Beantwortung der Anfrage erklärt, dass ich mich in dieser Angelegenheit an das Präsidium der Gesellschaft wenden werde, da auch ich den weiteren Bestand dieser Station für dringend gerechtfertigt halte. In Durchführung meiner Zusage habe ich auch bereits eine entsprechend begründete Zuschrift an das Präsidium der Gesellschaft gerichtet und das dringende Verlangen gestellt, die Auflassung der Filiale hintanzuhalten.

Rückkehr von Kindern aus Italien. Die Kinder, welche in Italien in den Orten Turin, Alasio, Porto Maurizio und Baiqueglia untergebracht waren, kamen morgen Samstag, den 15. ds. um 2 Uhr nachmittags auf dem Südbahnhof an. Die Eltern dieser Kinder werden ersucht, dieselben dortselbst abzuholen.

Um 8 Uhr früh kommt ebenfalls morgen Samstag am Südbahnhof ein Zug mit Wiener Kindern des Vereines „Kinder freunde“ aus Triest in Wien an.

GR. Angeli (chr.-soz.) stellt an den Bürgermeister die Anfrage ob er nicht geneigt wäre, einen erhöhten Flurschutz zu veranlassen und sich mit der Polizeidirektion ins Einvernehmen zu setzen, damit auch von der Polizei in den ländlichen Bezirken besonderes Augenmerk auf den Flurschutz gerichtet wird.

Bgm. Reumann: Ich habe die Anfrage erst um 3/4 4 Uhr erhalten und konnte daher Informationen in der Sache nicht mehr einziehen. Gewiss bin ich aber bereit, die Polizeidirektion auf den Gegenstand der Anfrage aufmerksam zu machen, damit den Eltern speziell in den ländlichen Bezirken ein grösserer Schutz zuteil werde.

Gr. Leopold Haller (Soz.-Dem.) beantragt die Bedarfshaltestelle Passagier- Kollblgasse der Strassenbahnen sofort wieder zu eröffnen, da bei Nichteröffnung dieser Haltestelle alle Züge der Linie 0 und 4 vom Rennweg bis zum Landstrasser-Gürtel ohne Aufenthalt fahren müssen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten und die in der letzten Sitzung abgebrochene Debatte über das Referat des Gemeinderates Scheu auf Genehmigung der Satzungen der für den Betrieb der Ybbstaler Steinkohlen-Bergbaue zu gründenden Aktien-Gesellschaft fortgesetzt.

GR. Rotter (chr.-soz.) weist darauf hin, dass an der Nähe des Ybbstaler-Steinkohlen-Bergbaues sich zahlreiche andere Kohlenlager befinden, und dass es notwendig wäre auch diese zu erwerben, dann könnten täglich zirka 60 bis 100 Waggons Steinkohle gefördert werden. Diese Kohlen würden zwar nicht billig sein und das Quantum wäre im Verhältnis zu dem Bedarfe von Wien nicht allzugross, doch auf die Entente könnten wir uns auch nicht verlassen. Bisher hätten wir kaum ein Drittel unseres Bedarfes von dieser Seite erhalten. Es werde nun auch notwendig sein, eine eigene Bergwerke-Abteilung zu schaffen. Mit der Einführung des Sonntagverkehrs auf den

Eisenbahnen sollte man noch warten und früher ein grösseres Quantum von Kohle ansammeln. Redner bespricht sodann die Zustände in Ost-Schlesien und gibt seiner Befürchtung Ausdruck, dass dort, falls das Gebiet nicht neutralisiert würde, ein neues Massedonien entstehen. Auf die Launen des Nachbarstaates könnten wir uns auf die Dauer nicht verlassen. Bezüglich der Holzversorgung fragt GR. Rotter den Bürgermeister, ob schon alles für diesen Winter vorgekehrt sei. Die Verwüstung des Winerwaldes gehe auch jetzt weiter und wenn dies auch im heurigen Winter fortgesetzt werde, würden wir im nächsten Jahre im Westen von Wien ein Karstgebiet haben. Es wäre notwendig, zeitgerecht die nötigen Gegenmittel zu ergreifen. Redner schliesst: Die vom Herrn Referenten vorgelegten Satzungen weisen solche Mängel auf, dass unsere Partei nicht dafür stimmen kann. Ich stelle den Rückverweisungsantrag.

Nachdem sich der Referent gegen den Rückverweisungsantrag ausgesprochen hatte, wurde derselbe abgelehnt.

GR. Dr. Scheu (Soz.-Dem.) betont in seinem Schlusswortem, dass das Prinzipielle schon dadurch entschieden ist, dass im vorigen Jahre die Beteiligung der Gemeinde an diesem Kohlenbergbau mit einem vorläufigen Kapital von 15 Millionen Kronen beschlossen wurde. In der Kritik wurde zu weitgegangen, indem gesagt wurde, der Gemeinderat habe nicht das Statut zu genehmigen, das werde von der Staatsbehörde genehmigt. Das ist richtig, es steht aber gar nicht im Antrag, dass das Statut genehmigt werden soll, sondern der Entwurf des Statutes. Es ist das Bestreben gewesen, jedes Haupt- und Nebenwort, jeden Beistrich, womöglich einer Kritik zu unterwerfen. Es ist auch bekritelt worden, dass im Beschluss vom vorigen Jahre das Kapital der Gesellschaft mit 15 Millionen angegeben wurde, während es jetzt mit 16 Millionen vorgeschlagen wird. Jeder Fachmann weiss, dass es ganz gleichgültig ist, ob eine Gesellschaft mit 15 oder 16 Millionen gegründet wird, sondern dass es nur darauf ankommt, wie die Quote auf die einzelnen Interessenten aufgeteilt wird. Die Teuerungswelle hat sich so bedeutend bemerkbar gemacht, dass mit dem Betrag von 15 Millionen der im Oktober 1919 präliminiert war, im April und Mai 1920 nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Es ist daher nichts auffälliges, dass man von 15 auf 16 Millionen hinaufgegangen ist. Die Kritik hätte nur dann Berechtigung gehabt, wenn die Quote der Gemeinde geringer geworden wäre. Es ist fast selbstverständlich gewesen, dass die Herren von der christlichsozialen Partei sich auch darüber aufgehalten haben, dass der gemeinwirtschaftliche Charakter der Gesellschaft nicht genügend betont wird. Ich glaube aber nicht irre zu gehen, wenn ich behaupte, dass gerade der gemeinwirtschaftliche Charakter den Herren nicht behagt hat. Dass die Betriebsräte etwas darsin zu reden haben, dass die Besam-

ten und Arbeiter einen Anteil am Beingewinne haben sollen, dass wollen die Herren nicht.

GR. Dr. Kienböck (christl.-soz.) Aber das glauben Sie wirklich selber nicht, Das ist ja lächerlich!

GR. Dr. Scheu (Soz.-Dem.) führt dann eingehend aus, dass die Gemeinde im Verwaltungsrate niemals überstimmt werden kann, und beantragt, zu der Bestimmung des Statutes über die Zusammensetzung des Vollzugsausschusses, dass derselbe nicht aus 3 sondern aus 4 Mitgliedern zu bestehen hat, und wendet sich dann gegen die Einwendung des GR. Rotter, welcher beanstandet hat, dass keine Bilanz über den Betrieb der Frau de Majo vorgelegt worden ist. Die Gemeinde interessiert gar nicht der unfachmännische Betrieb der Frau de Majo, sondern das Kohlenvorkommen und in dieser Hinsicht liegen äusserst günstige fachmännische Berichte vor. Wenn beanstandet worden ist, dass von einem Waggon Kohle 30 K an Frau de Majo abgeliefert werden müssen. Dieser Betrag sei für den heurigen Wert der Kohle sehr gering, wenn es auch zu bedauern ist, dass unsere Gesetze so eingerichtet sind, dass sich ein Privater ein ganzes Gemeinwesen tributpflicht machen kann. Dieses Unrecht kann nur durch die Sozialisierung der Bergwerke beseitigt werden. Auch das Staatsamt habe den Statuten die Voreingehung erteilt, und Redner ersuche den Gemeinderat für diese Anträge zu stimmen.

GR. Dr. Kienböck (christl.-soz.) berichtet tatsächlich, dass er die Stellung der Gemeinde Wien - auch nach nach den Forderungen und Verbesserungen in der Vorlage - kritisiert hat, weil die Gemeinde nicht entsprechend vertreten ist.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten sowie der geänderte Paragraph 19 der Statuten angenommen.

Nach einem Referate des GR. Dr. Scheu (Soz.-Dem.) wird die bei der niederösterreich. Landesbrandschaden-Versicherungsanstalt durchgeführte Versicherung der Barackenanlage der städtischen Strassenbahnen an der Engerthstrasse im 2. Bezirke nachträglich genehmigt.

GR. Richter (Soz.-Dem.) berichtet über die Kosten der Umbenennung der Verkehrsflächen in Wien, die mit rund 100.000 K veranschlagt sind. Davon ist für das laufende Verwaltungsjahr ein Teilbetrag von 50.000 K zu bewilligen, der Restbetrag von 50.000 Kronen in dem Voranschlage für das Verwaltungsjahr 1920/21 sicher zu stellen. In der Begründung seines Antrages sagt der Referent: Am 30. Mai vergangenen Jahres wurde hier der Antrag gestellt, eine Revision der Strassenbezeichnungen durchzuführen, um ähnlich klingende Namen abzuschaffen und auch der neuen Zeit entsprechende Namen anzubringen. Es wurde ein Komitee eingesetzt, und dieses hat seine Anträge am 6. November v. J. dem Stadtrate vorgelegt. Von diesem Augenblicke an hat sich die Presse der Angelegenheit bemächtigt, und zwar mit dem Schlagworte, dass die Umbenennung

3 Millionen Kronen koste und von da ab wurde eine sachliche Behandlung unmöglich. Es freut mich umso mehr, dass diese Angelegenheit heute auf der Tagesordnung steht und zwar betragen die Kosten nicht mehr als 100.000 K, die so vorsichtig kalkuliert sind, dass sogar vom Magistrat noch eine Reserve von 5000 K eingestellt werden ist. Die Sache kommt so billig, da die Strassenkataster somit das Material vorhanden sind und diese nur umgelesen werden brauchen. Es würde zu weit führen, wenn wir uns

hier in Einzelheiten der Strassenumbenennungen einlassen sollten, denn die Sache ist durch den Stadtratsbeschluss erledigt und betrifft den Gemeinderat nur so weit, als die Deckung der Kosten in Betracht zu ziehen sind. Betrachten wir die ganze Sache politisch leidenschaftslos und von dem Standpunkte, dass in Strassenbildern von Wien zum Ausdruck komme, welche Veränderungen seit November 1918 in Deutsch-Oesterreich vor sich gegangen sind.

3
GR. Heider (christl.-soz.) Wer sich Zeit genommen hat, die sozialen Verhältnisse einer genaueren Betrachtung zu unterziehen, wird gefunden haben, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse auf einem Niveau angelangt sind, unter welchen zu leben, heute schon schier zur Unmöglichkeit geworden ist. Wir sind alle ohne Parteiunterschiede überzeugt, dass wir ~~xxxx~~ alle die Aufgabe haben, alles zu tun um aus diesem sozialen Elend herauszukommen. Vor allem hat die herrschende Partei nichts unversucht zu lassen, die schwere Not des Volkes auf irgend eine Weise zur Lösung zu bringen.

Es ist Ihnen gelungen unter dem Schlagworte der Rettung des Volkes aus dem sozialen Elend die Massen zu gewinnen und zur Macht zu kommen. Sie können das soziale Elend nicht mildern, Sie beschäftigen sich aber mit Fragen, die nicht im Interesse des Volkes gelegen sind. Die Schulden der Stadt werden von Tag zu Tag grösser und Sie wissen nicht, welche Mittel in Zukunft zur Verfügung stehen werden, um eine Sanierung der Gemeindefinanzen möglich zu gestalten. Ihre Steuer-schraube ohne Ende funktioniert tadellos und die ganze Bevölkerung schmachtet unter dem Steuerdruck. Auch die Arbeiterschaft wird indirekt durch die fortwährenden Steuern aufs schwerste betroffen. Sie als Angehörige der Majorität hätten alles zu tun, diese Fragen so zu lösen, wie es dem Interesse der grossen Volksmassen entspricht. Anstatt sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, finden Sie Zeit zu einer Frage, an welcher die Bevölkerung der Stadt Wien nicht das geringste Interesse hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Es haben nicht nur die Angehörigen unserer Partei an dieser Frage nicht das geringste Interesse, auch die Arbeiterschaft, zu welcher ich mich zähle, hat ebenso wenig Interesse an dieser Frage. (Lauter Beifall bei den Christlichsozialen, lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Sie können nicht leugnen, dass die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht das geringste Interesse daran hat, ob in der Zukunft diese, oder jene Gasse, diesen oder jenen Namen trägt. Sie entrüsten sich darüber, dass wir zu dieser Frage in unserer Fern Stellung nehmen. Gestatten Sie mir, Sie daran zu erinnern, was seitens der Arbeiterzeitung geschrieben hat als der christlichsoziale Stadtrat nur eine Gasse umbenannt hatte.

Am 10. Oktober 1912 schrieb die Arbeiterzeitung: „In seinem Spiesserkult der Bittelkeiten hat der Stadtrat vor einiger Zeit beschlossen, die alte Tigergasse in der Jeneferstadt nach dem früheren Bezirksvorsteher Leidold in Leidoldgasse umzutaufen. Diese Wiedertaufe befriedigte zwar die kindischen Bittelkeiten (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört! Hört!) einiger Bezirksgrössen, brachte aber den Geschäftleuten grossen Schaden. (Rufe:

und jetzt? Sie wehrten sich gegen die Schädigung bei der Bezirksvertretung und beim Stadtrat und erreichten nun, dass der Stadtrat den neuen Bezirksvorstehergasse gestern wieder ihren altehrwürdigen Namen Tigergasse gab. Wann werden die Stadträte endlich begreifen lernen, dass die Massen der Stadt nicht zur Betätigung ihrer Lächerlichkeiten da sind. (Rufe: Lebhaftes Hört-Hörtrufe bei den Christlichsozialen). Es wäre wirklich interessant zu erfahren, wieviele Stadträte, die mit Ehren Wiedertaufen alter Wiener Strassen zu deutlich zeigen, dass sie für das geschichtliche Werden nicht den geringsten Sinn haben, geborene Wiener sind. (Hört! Hört!) Jeder dieser eingewanderten Stadträte würde sich im innersten Gefühl verletzt fühlen, wenn man sein böhmisches oder schlesisches Gebirgsdorf umbenennen würde. Das aber der Name Wienstrasse, Tigergasse u. s. w. zu diesem Stück Wien gehört wie der Name Hetzenplatz und Stix-Hausiedl zu Hetzenplatz und Stix-Hausiedl, das fühlt er nicht, weil ihn für Wien jedes Heimatsgefühl mangelt.“ (Anhaltende Hört-Hörtrufe bei den Christlichsozialen). So spricht Ihre Arbeiterschaft nur Umbenennung einer einzigen Gasse, welche finanziell das Stadtbudget bei weitem nicht so arg bedrängt, als es bei den vorliegenden Antrag der Fall ist.

Die Arbeiter-Zeitung hat mit gutem Recht gesagt, dass die Gewerbetreibenden grossen Schaden erleiden, was heute noch in höherem Masse zutrifft, da nicht eine Gasse sondern eine ganze Anzahl Gassen umbenannt werden. Auch die Bemerkung vom dem „Spiesserkult der Bittelkeit“ trifft heute zu. Ebenso, der Satz wo die Arbeiterzeitung von den Lächerlichkeiten spricht. Wenn Sie sich anschicken, eine ganze Reihe von Gassen mit Namen wie Babel, Engels, Lassalle, u. s. w.

Rufe bei den Christlich-Sozialen: Personenkultus! Spiessert!
GR. Heider zu benennen, so sind Sie nicht berechtigt, von einem geschichtlichen Warden Wiens zu sprechen, weil Sie dadurch die Strassen mit ausländischen Namen von Führern ihrer Partei belegen. Die ganze Nacht ist darnach angesetzt, die Bevölkerung nicht aus ihrer Not zu befreien, mit der Lösung solcher Fragen tun Sie der Bevölkerung keinen Gefallen, weil damit dem Volksinteresse nicht gedient ist, im Gegenteil ein Teil der Bewohner, auch der Arbeiter schwer geschädigt wird. Daher werden wir gegen die Vorlage stimmen.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) sagt, dass das Referat heute unter einem anderen Namen „Umbenennung von Verkehrsflächen“ auf der Tagesordnung steht und dass es besser wäre, diese Verkehrsflächen auszubessern und ~~xxxx~~ gangbar zu machen. Man habe für die Straßenumbenennung 100.000 K übrig, obgleich man vor kurzer Zeit im Stadtratein Referat erstatten ließ, nachdem die Besprengung der Strassen noch mehr eingeschränkt wird. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn es sich darum handelte, einige Männer

die sich um die sozialdemokratische Partei Verdienste erworben haben, zu ehren. Hier handele es sich aber um zirka 60 Strassen- und Plätze Wiens. Der Referent habe gesagt, dass die 3 Millionen ein Aufschnitt waren und freue sich, dass er uns mit nur 100.000 Kronen kommen könne. Mit den 100.000 K werde aber nicht das Auskommen gefunden werden und man werde sicherlich mit grossen Zuschusskrediten kommen. Dabei erreiche man nicht einmal das Ziel an Stelle von monarchistischen republikanische Namen zu setzen. So ~~xxxx~~ die Hofallee nun Schloßallee genannt. Was sei nun republikanischer Hof oder Schloß. Die Umbenennung der Amalienstrasse in Ober St. Veit habe man vorgenommen, weil sie angeblich nach der Kaiserin Amalie so bekannt sei. Redner aber habe aus dem alten Protokollen der Gemeinde Ober St. Veit herausgefunden, dass die ~~St. Veit~~ am 25. April 1878 nach der Wohltäterin Charlotte Maria Amalia Strecker, welcher Ober St. Veitein Armenhaus zu verdanken hatte, so benannt wurde. Man müsse eben, um sich nicht zu blamieren, nicht bloss das Namenbuch von Umlauf hernehmen, sondern der Sache auf den Grund gehen. Solche Beispiele, fährt Redner fort, dass in leichtfertiger Weise Gelder der Gemeinde hinausgeworfen werden, ohne dass der Zweck erreicht wird. Ober St. Veit hat vielmehr

Interesse an der Amalienstrasse an dem Andenken an diese edle Frau als z. B. ein der Goldmarkstrasse. Sie haben in der Arbeiterzeitung selbst gesagt, historische Persönlichkeiten sollen nicht aus dem Stadtbilde verschwinden. Ich will nichts darüber reden, dass Sie die Kaiser Josefstrasse umbenennen, aber dass Sie den Erzherzog Karlplatz umbenennen, ist eine Lächerlichkeit erster Sorte. Sie werden es nicht aus der Welt schaffen, dass es eine Schlacht bei Aspern gegeben hat und dass Erzherzog Karl der Sieger vor Aspern war. Ich begreife Ihre Vorliebe für die Volkswahr. Es war bei den letzten Wahlen ganz schön, dass man, wie sich beim Indraprozeß gezeigt hat, 60 bis 80 Parteitagitatoren in Lohn- und Verpflegung bei der Volkswahr einstellen konnte. Es verbilligt das entschieden die Wahlkosten. (GR. Hedorger: Wie war es mit den Gasarbeitern?) Die waren nicht auf Kosten der Gemeinde. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Schieberplatz!) Sie haben in der letzten Zeit bewiesen, dass auch in Ihren Reihen eine so stattliche Anzahl von Schiebern sich befindet, dass Sie gar keinen Grund haben sich so breit zu machen. Sie könnten einen Mayerplatz machen, nach dem berühmten Maschinenengewehrschieber von St. Pölten und Sie könnten auch an Scheurhuber erinnern. Der Volkswahrplatz an Stelle des Erzherzog Karl Platzes ist eine Lächerlichkeit. Ich überlasse es getrost dem Urteil der Geschichte, welche Episode für Wien glorievoller und besser war. Die der Befreiung von der Franzoseninva-

sion des ersten Sieges über den unbewinglichen Napoleon oder die der Volkswahr. Es wurde schon hervorgehoben, dass mit den 100.000 Kronen für die Umbenennung aus Auslangen nicht gefunden werden kann. Viel höhere Lasten werden aber den Gewerbetreibenden u. s. w. auferlegt. Es werden Millionen für Druckkosten, Aufschrittsarbeiten u. s. w. ~~xxxx~~ herbeizuziehen, die werden auch zugeben, dass das Grundbuch geklärt werden muss, das auf der post Postsparkasse u. s. w. Gewalttätige

Änderungen vorgenommen werden müssen. Das greift tief hinein und kostet sehr viel Geld der Gemeinde, dem Staate und vor allem dem Mittelstand. Vor 14 Tagen haben Sie 200 Millionen Kronen Wechselanleihe und 300 Millionen Kronen Schatzscheineleihe aufgenommen, wobei bezüglich der letzteren, der Finanzreferent erklarte, er wisse noch nicht, wozu er sie brauche. Nun wissen wir wozu Sie das Geld brauchen; Sie wollen das Geld zum Fenster hinauswerfen, um Ihren parteipolitischen Geistesfröhen zu können. (Lebhaftes Zustimmung bei den Christlichsozialen).

GR. Rudolf Müller (17. Bezirk Soz. Dem.) nur um die Republik sichtbar zum Ausdruck zu bringen. (Leute Heiterkeit bei den Christlichsozialen).

GR. Vaugoin (chr. soz.): Wenn die Republik auf Strassentafeln fungiert ist, dann steht es traurig um sie. Sorgen Sie dafür, daß die Republik in den Herzen der Bürger verankert wird, dann wird sie Bestand haben (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen), aber mit solchen Lächerlichkeiten werden Sie die Republik in den Augen aller herabsetzen. Sie haben vor 8 Tagen Gaspreise erhöht. Heute haben Sie Preise für elektrisches Licht erhöht, weil Sie kein Geld für Gemeindeverwaltung haben, aber für Strassentafeln haben Sie Geld. Sie haben die Bäderpreise erhöht, die Bevölkerung bekommt die gekürzte Bortquote, Sie können der Bevölkerung kein billiges Schachgrub geben, die Tuberkulose nimmt zu, es kann zu ihrer Bekämpfung nichts getan werden, Sie haben keine Gädler für die Spitäler, aber Geld für neue Strassentafeln haben Sie. Ich beantrage die 100.000 K, die für die Strassenumbenennung bestimmt sind, dem Spital der Barmherzigen Brüder zuzuwenden. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, dann beantrage ich, dass mit der Durchführung des Beschlusses solange gewartet wird, bis der Fortbestand des Spitales der Barmherzigen Br. gesichert ist. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen).

Bgm. Reumann: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, teile ich dem Gemeinderat mit, dass sich dem Spital der Barmherzigen Brüder 400.000 K angewandt habe.

Rufe bei den Christlichsozialen: Aus Gemeindegeldern? Von einem Amerikaner!

GR. Prager (Soz. Dem.): Ich kann die grosse Aufregung auf der Gegenseite ganz gut begreifen. Sie regen sich auf, dass das byzantinische Strassenbild den jetzigen Verhältnissen etwas mehr angepasst wird. Sie sind doch selbst sehr für die Republik (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Dass die Anpassung des Strassenbildes mit Anlagen verbunden ist, ist selbstverständlich. Wenn von einem Geld zum Fenster hinauswerfen, gesprochen worden ist, so sollten diese Herren solche Redensarten nicht in den Mund legen (Rufe bei den Sozialdemokraten) Sehr richtig! Ich möchte nur daran erinnern, was Sie den verschiedenen Leuten, wenn sie nach Wien gekommen sind und die gar nichts bedeutet haben, für Empfänge bereitet haben. Sie haben die obskursten Fürstchen, die zuhause mit der Schürze herumgehen und sonst keine Bekleidung haben mit beispiellosen Pomp empfangen. Ungeheure Summen wurden für derartige Zwecke ausgegeben. Sie waren eben eine byzantinische Partei und müssen solchen Dingen huldigen. In den Jahren 1905/06 war in der österreichischen und rumänischen Regierung eine starke Ver-

stimmung. Die Gemeinde gläubte nur diese Bestimmung parallelisieren zu müssen und hat sich aufgemacht und ist nach Bukarest gefahren. Diese Fahrt hat damals der Gemeinde, abgesehen davon, dass sie gar keinen Erfolg hatte, 7000 Guld Kronen gekostet, das sind nach unserer heutigen Umrechnung 245.000 K. Die ganze Vorlage würde heute auch nicht mehr als 2000 K kosten, was bei ein Milliardenbudget nichts ausmacht. Sie haben sich damals eine Vergnügungsfahrt auf Kosten der Steuergelder der Bevölkerung geleistet. Die erste Tat nach ihrer Rückkunft war, dass Sie eine Strasse mit dem Namen Contakinnine benannt. Die verfluchten Ausländer in der Strassenumbenennung, wie der Herr Gemeinderat Haider meint. Sie haben mit Ihrem Byzantinismus der Gemeinde Jahre hindurch ungeheure Opfer auferlegt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: sehr richtig!) in einer Zeit, wo Sie uns des Wahlrechtes beraubt hatten. (Rufe bei den Christlichsozialen: Damals hat es uns gut gegangen, heute geht es uns schlecht.) Es geht uns heute schlecht nicht aus unserer Schuld, sondern aus Ihrer Schuld. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Kriegshetzer, Kriegsverbrecher!) Das ist es was ich nicht verstehen kann, dass Sie gegenüber uns, die wir den Strassen ein mehr republikanisches Aussehen geben wollen, solche Vorwürfe erheben können. In einer Zeit, wo es Ihnen gut gegangen ist, haben Sie Ihre Arbeiter nicht leben lassen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Jawohl, sehr richtig!) Sie haben den Gemeindefürsorgern einen Maulkorb umgehängt, Sie haben Tausende von Arbeitern aus politischen Gründen gemassregelt und Sie sind vor keinen grossen Ausgaben auf Grund Ihres Loyaltätsempfindens gegenüber den gekrönten Mächten zurückgeschreckt und darum ist es zu verwundern, daß Sie heute für diese Vorlage solche Töne finden. Sie täten wirklich besser, sich an Ihre Vergangenheit zu erinnern, wie Sie damals in der Gemeinde Ihre Macht ausgeübt haben.

Ueber Antrag des GR. Bermann wird Schluss der Debatte, des GR. David Wahl von Generalrednern beschlossen.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.
GR. Schmitz (chr. soz.) (Generalredner contra) wendet sich zunächst dagegen, daß durch den Antrag auf Schluss der Debatte die Redefreiheit erwürgt worden sei und fährt fort: Der Herr Referent hat gemeint, es sei notwendig den monarchistischen Charakter der Stadt Wien zu verwischen. Aber wer die Vergangenheit mit einem Fäehpinsel wegstreichen will, der macht sich lächerlich. Die Geschichte kann man nicht ausradieren wie Stimmzettel. Es wird in wenigen Jahren sehr viele Wiener geben, die am liebsten die Zeit vom Mai 1919 bis zur Neuwahl ausradieren möchten. Es wird aber auch nicht gehen. Auch das Stück rote Geschichte von Wien wird einmal in der Geschichte Wiens drinnen stehen, aber freilich nicht auf den Blättern, die man gerne anschaut, sondern auf den Blät-

tern. wo es den Lesern grausen wird. Sie beschuldigen uns des Byzantinismus, weil der monarchistische Charakter in den Straßen Wiens zum Ausdruck kommt, und wie nennen Sie es, wenn Sie die Strassen nach allen möglichen Leuten benennen, an die sich kein Mensch mehr erinnert. Ist das bei Ihnen kein Byzantinismus? Wegen der Bankette möchte ich zur Antwort geben, daß ich bisher nicht gefunden haben, daß die sozialdemokratischen Würdenträger in der Republik die Bankette verschmähen. Skaret hat sich auch über die Reise nach Bukarest abfällig geäußert. Ich veretehe das nicht, denn damals unter Lueger, in der christlichsozialen Ära ist eben die Gemeindevertretung von Wien ein politischer Faktor gewesen und damals hat es in der ganzen Welt Aufsehen erregt. Skaret hat weiter gesagt, daß an allem der Krieg schuld ist. Da versetze ich widrum nicht, warum seine Partei dann am Montag demonstriert hat für einen Krieg, für die kriegführenden Bolschewiken von Rußland. Da sind Sie doch auch wieder Kriegshetzer. Fritz Adler hat übrigens schon vor Jahren im „Kampf“ in einer Artikelserie über den Krieg gesagt: Es kann unter Umständen auch ein Angriffskrieg von sozialistischen Standpunkte aus gerechtfertigt sein, nämlich dann, wenn er gegen Nichtsozialisten geht. Wenn Sie glauben, mit der Aenderung der Straßennamen das Ansehen der Republik heben zu müssen, so ist dies kein besonders gutes Zeichen. Wenn Sie jetzt mit solchen Mitteln daher kommen, dann sind Sie die wahren Feinde der Republik, auch darum, weil Sie Ihren alttestamentarischen Parteihaß nicht bändigen können.

Von unseren Rednern sind eine Reihe sachlicher Gründe gegen die Durchführung der Gründe angeführt worden. Ich möchte noch auf die Amalienstrasse und auf den Erzherzog Karlplatz verweisen, welche letztere mit einem Gemeinderatsbeschluss umbenannt werden soll, das ganze Wien und ganz Deutsch-Oesterreich bleibiert. Aber mir scheint, die Herren wissen nicht, wer Erzherzog Karl war und ich möchte dem Herrn Bürgermeister die Anregung geben, nicht nur über Wasserkräfte, sondern auch über geschichtliche Dinge Vorträge zu veranstalten. Meine Parteigenossen würden mir zustimmen, wenn ich sage, dass sich die Volkwehr so hohe Verdienste errungen hat, dass man Sie am besten in einer Strasse verewigen sollte. Da wäre vielleicht die Landesgerichtstrasse oder ein Teil der Alserstrasse in Betracht zu ziehen.

Stürmische Zwischen- und Pfärrufe bei den Sozialdemokraten. Hoch-Indra-Rufe bei den Christlichsozialen.

GR. Schmitz: Vorausgesetzt, dass Sie eine Liste herausgeben über jene Volkwehrräumer, für die diese Bezeichnung stimmt. Sie haben sich überflüssig aufgeregt und die Drehung, die dieser Herr Kollege, (auf GR. Thonner zeigend), dass er mir die Volkwehr schicken wolle, schreckt mich nicht. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten).

Unsere und der Meinung des grössten Teils der Bevölkerung nach, wird der Republik nicht durch Umbenennung von Strassen, sondern durch eine vernünftige Ordnung und durch ein geregelttes Wirtschaftsleben und durch die Sicherung der Freiheit am besten gedient. Das geschieht nicht und deshalb können wir die Vorlage ab. Damit aber die Herren derjenigen, welche trotz aller dieser Gründe für die Vorlage stimmen, bekannt werden, beantrage ich namentliche Abstimmung.

VB. Emmerling: Der Herr GR. Schmitz hat die Geschichtsführung des Herrn Bürgermeisters nicht erörtert. Ich stelle fest, dass er nach der Geschichtsführung das Recht hat, Nichtgeschichtliches zu gebened. es ist eine Nichtgeschichtlichkeit, weil nach den Aufzeichnungen des Kollegen Vaugoin die Sache so schien, als ob wir die Barmherzigen Brüder nicht beteiligten würden. Er hat aus Spenden, über welche er allein verfügen kann, den Betrag von 400.000 K den Barmherzigen Brüdern überlassen.

Übliche Redaktion!

Die Notiz über die Erweiterung des Strassenbahnverkehrs ist dahin richtigzustellen, dass vom Sonntag, den 16. an an allen Sonn- und Feiertagen die Strassenbahn bis 11 Uhr nachts verkehrt.

GR. DR. Danneberg: Völkerverleumdungen stehen auf der Tagesordnung. Das es überall Schädlinge gibt, darf man nicht dazu benützen einen ganzen Stamm zu verleunden. Man würde sich aber selbst auf das niedrige Niveau des GR. Schmitz begeben, wenn man darüber weiter sprechen wollte. Ich gehe daher von GR. Schmitz zur Sache über. Nun zur Sache selbst. Sie ist sich nicht weiss Gott von welcher überragenden Wichtigkeit und StR. Haider hat Recht gehabt, wenn er meinte, dass es noch viel wichtigere Dinge gebe. Das bedeutet aber keineswegs, dass diese Frage gleich wichtig ist. Das beweisen ja auch Ihre aufgeregten Reden, die Sie darüber halten und die staun darauf zwingen könnten, dass es doch nicht so ganz egal sein muss und dass damit sich gewisse Dinge verknüpfen, auf die Ihre Partei ein ganz besonderes Augenmerk gelegt hat. Schlecht an der Sache ist nur, dass sie so spät gemacht wird und dass die Gemeinde Wien nicht die Erste im Lande ist, die da beispielgebend vorangegangen. Wenn Sie Ihren Blick nach rückwärts wenden und das tun Sie ja so gerne (Weiterkeit) werden Sie finden, dass die Strassenbenennungen in der Gemeinde immer eine besondere Rolle gespielt haben.

Wenn Sie von Heinrich Heine gesprochen haben, erinnern Sie sich daran dass Heine immerhin ein deutscher Dichter von einiger Range gewesen ist, der Lieder gedichtet hat, die zu den bedeutendsten aller Zeiten gehören und trotzdem haben Sie in Wien keine Strasse nach ihm benannt. Sie haben auch eines anderen Mannes nicht gedacht, des deutschen Freiheitskämpfers Robert Blum, der im Jahre 1848 von den Schergen der Kontrarevolution in Wien ermordet wurde. Nach dem Erzherzog Albrecht aber, der im selben Jahre 1848 auf die Wiener hat schiessen lassen, haben Sie eine Strasse und einen Platz benannt. Das sind ganz charakteristische Einzelheiten, welche zeigen, dass man mit den Strassennamen immer eigen gewissen Sinn verbunden hat, weil in diesen Namen ein Stück Einfluss auf die politische Erziehung der Menschen liegt, die in der Stadt leben und durch die Strassen gehen.

Wir sind der Meinung, dass es auch in unserer republikanischen Zeit eine ganz besondere Bewandnis mit diesen Strassennamen haben soll. Wenn die Ausführungen des GR. Vaugoin über die Audienzstrasse in St. Veit richtig sind, dann wird diese ruhig ihren Namen weiter behalten, denn das Stadtratskomitee hat keine anderen Quellen zur Verfügung gehabt, als die, welche dem die Stadtbibliothek und das Stadtbaureamt zur Verfügung stellten. Geschichtliche Würdigung ist auch ganz etwas anderes als Byzantinismus und als lakonische Speichelleckerei. (Bravorufe bei den Sozialdemokraten. Was in der Geschichte geschrieben steht, kann niemand ausradieren, das bleibt, ob es uns passt oder nicht. Das ist auch durch die Änderung der Strassennamen nicht geschehen, was durch die Strassennamen angetastet worden ist, das sind die Früchte des Byzantinismus. Wenn gesagt wird in dieser Zeit der Not wollen die Sozialdemokraten die Strassenumbenennung, so muss ich Ihnen sagen, dass in der Zeit des Krieges wo hunderttausend unserer Mitbürger auf den Schlachtfeldern bluteten wo die Frauen und Kinder zuhause zugrundegegangen sind, wo man aus den Wohnungen die Türklinnen und Messingbüchsen genommen hat, haben die christlichsozialen Stadträte keine anderen Sorgen gehabt, als den historischen Kärntner in Zitarling, den Opernring in Karl-Ring und den Parkring in Kaiser Wilhelm-Ring umbenennen. Das waren Leute, die nach einer Belohnung von oben geschäft haben. Wo war damals die Entrüstung der Leute, die haben schon gewusst, was sie unter dem Drucke der ~~GR~~ Kriegsgewaltigen tun. Ihnen war die Geschichte und die Lokalgeschichte ~~Wink~~ Wuret und nur die Sorge der Speichelleckerei vor den Machthabern massgebend. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was in der Vorlage geschieht, ist kein Widerspruch in der Geschichte. Es ist dem Komitee nahegelegt worden, wenigstens aus verkehrstechnischen Gründen Doppelbezeichnungen auszumertzen. Nach dem Kaiser Josef und dem Kaiser Franz Josef waren drei Verkehrsflächen benannt und auch nach Inkrafttreten der Vorlage werden diese als Bezeichnungen von Verkehrsflächen weiter bestehen. Hierbei wurden jene Bezeichnungen von Verkehrsflächen geändert, die in Geschäftsläden die geringste Rolle spielen. Auch Erzherzog Karl hat seine Bedeutung und nach ihm ist auch eine Strasse in Stadtlaa in der Nähe des Schlachtfeldes geblieben, obwohl er ein Erzherzog war. Dasselbe gilt auch für andere Personen, wenn sie in der Lokalgeschichte eine Rolle spielen.

Alles andere was geändert wurde sind byzantinische Bezeichnungen. Wir haben keine Respektlosigkeit vor der Geschichte gezeigt, sondern alte historische Bezeichnungen wieder hergestellt, die von Ihnen umbenannt wurden. Und wir haben vor allem keinen einzigen wirklich historischen Namen zerstört und ausgelöscht, wohl aber haben Sie es getan, denn Sie haben die alte Windmühlgasse mit dem Namen des verstorbenen Bezirkesverwalters Ihrer Partei benannt. Ich möchte hinzufügen, dass die Beratungen in diesem Komitee, dem auch Herran Ihrer Partei angehört haben in der ersten Zeit, dass dieses Komitee bei diesen 60 Namen bis auf ganz wenig Ausnahmen völlig einhellig war. Nach welchen Grundsätzen haben wir nun die neuen Straßenbezeichnungen gemacht? Wir haben einige alte hergestellt, wie den Parkring, Opernring und Kärnterring, wir haben neue Straßennamen vorgeschlagen zur Ehrung von Persönlichkeiten, von Männern der Wissenschaft und Kunst, wogegen gewiß nichts einzuwenden ist, und es kamen dabei besonders Wiener Techniker in Betracht, die bisher sehr zu kurz gekommen sind. Wir haben denn Straßen benannt nach hervorragenden Männern der Wissenschaft und Politik. Es sind auch Ausländer dabei, wie uns Herr StR. Haider vorgeworfen hat. Bebel, Marx und Lassalle. Ja das sind Ausländer, die aber auf die Geistesrichtung hunderttausender von Bewohnern Wiens entscheidenden Einfluß genommen haben, die dem Herzen hunderttausender Wiener nahe stehen. Viel mehr als jene Ausländer, nach denen Sie Straßen benannt haben. Und wie es nach dem Kaiser Wilhelm eine Straße benannt haben, so nennen wir nach dem deutschen Bebel eine Straße. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

Wir haben auch nach Wiener Männern, die die Arbeiterschaft verehrt, Straßen benannt und es ist Unrecht von Ihnen, diese ^{Sie} ~~dieser~~ /dutzendweise Straßen nach Parteimännern genannt haben, daran etwas auszusetzen. Dann haben wir Straßen bezeichnet, nach wichtigen Vorgängen, der 1 1/2 Jahre Republik, in der wir leben. Es war ein wichtiges Stück Weltgeschichte, dass sich da abgerollt hat und wir wollen diese Geschichte ins Volk tragen auch durch äußere Zeichen. In Wirklichkeit beanstanden Sie diese Dinge ja nicht wegen der 100.000 K., sondern die wahren Gründe, die Sie dagegen haben, haben sich in der Stadtratsdebatte darüber gezeigt. Einer Ihrer Redner hat eine Volksabstimmung verlangt, die sicher viel mehr gekostet hätte, ein anderer aber hat gemeint, man solle die alten monarchistischen Straßentafeln nicht einschmelzen, sondern aufheben. Er hat sich eben gedacht, kommen andere Zeiten, kann man wieder diese Habsburgertafeln hervorsuchen und aufnageln und sich einen Orden

damit verdienen. (Lebhafte Heiterkeit). Das ist Ihre wahre Gesinnung, die da zum Ausdruck gekommen ist. Sie können eben nicht ertragen, daß auch in den Ausßerlichkeiten der Straßennamen der Wandel der Zeit zum Ausdruck kommen soll. Auch von GR. Erntner gilt dasselbe, denn er hat sich als Contraradner eintragen lassen.

GR. Erntner (Deutschnational): Sie wissen nicht was ich sagen sollte. Ich bin gewiß nicht Reaktionär, aber wenn Tausende von Kriegsgefangenen draußen schmachten, wird Geld für so etwas zum Fenster hinausgeschmissen.

GR. Dr. Danneberg (Soz. Dem.): Ich kann nur sagen, daß es die Demagogie der allerärgsten und niederträchtigsten Art ist, die Frage der Kriegsgefangenen damit in Zusammenhang zu bringen. Weiß vielleicht GR. Erntner nicht, daß im Budget der Nationalversammlung nicht weniger als 570 Millionen für Kriegsgefangene in diesem Jahre eingestellt sind. Angesichts einer solchen Tatsache wagt man zu sagen, für Kriegsgefangene geschieht nichts? (Lebhafte Pfuirufe bei den Sozialdemokraten). Das ist einmal das Wesen der Reaktion, daß sie dort, wo sie Kämpfe bestehen hat, sich ein politisches Mäntelchen umhängt. Als im Parlamente die Deutschnationalen Abgeordneten gegen die Vergewaltigung durch die Badeniregierung Stellung nahmen, sind ihnen Ihre heutigen Bundesgenossen, die Christlichsozialen in den Rücken gefallen. Der christlichsoziale Abgeordnete Gregarik ist aufgestanden und hat den demagogischen Ruf getan, daß das Volk Brot brauche. Das Volk braucht Brot, es hat aber auch eine Ehre. Die Gegnerschaft gegen die Vorlage wundert mich daher nicht, wohl aber die Beweggründe, die angeführt werden. Die Abstimmung wird der Ausdruck dafür sein, wer ein wirklicher Republikaner ist.

Lebhafter Widerspruch bei den Deutschnationalen und Christlichsozialen; Rufe: Das ist ein Unsinn! Das ist ein jüdisch Dreh! Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.

Der Referent GR. Richter betont in seinem Schlußwort, daß der ganze Kampf gegen die Vorlage auf ihn den Eindruck mache, ob die Opposition das Märchen von den 6 Millionen Kronen, daß sie erfunden hat, am meisten ärgert. Wenn auf die Kosten der Geschäftsleute Rücksicht genommen werden müsse, so hätte man das auch seinerzeit bei den Hoflieferanten und bei den kaiserlichen Lieferanten in Betracht gezogen werden müssen. Hier kann eben durch eine Stampfleihe Abhilfe geschaffen werden. Es ist der Opposition nicht um die Kosten zu tun, sondern nur darum, daß die byzantinischen Straßennamen aus dem Straßenbilde verschwinden sollen. Und es ist sicher, daß dann, wenn die Geschichte sich an-

dern sollte, mit einem viel größeren Aufwand, dieser Reimung getragen werden wird. Die sozialdemokratische Partei wolle eben bewiesen, daß sie nicht gesonnen ist, dem Byzantinismus in den Straßenbezeichnungen bestehen zu lassen und daß sie auch ~~darin~~ die Republik zum Ausdruck bringen wolle. Was die Amalienstraße angeht, so wird die Prüfung eine eventuell notwendige Aenderung begründen.

GR. Rotter (chr. soz.) berichtet einzelne Ausführungen der Debatte tatsächlich.

GR. Schmitz (chr. soz.) berichtet tatsächlich, daß seine Behauptungen über die Volkwehr sich nicht auf die gesamte Volkwehr bezogen haben.....

Rufe bei den Sozialdemokraten: Das haben Sie getan!

GR. Schmitz, sondern daß er gesagt hat, vorausgesetzt, daß die Liste jener Volkwehrräger.....

GR. Reismann (Soz. Dem.) ruft: Das ist eine Lüge!

Lebhafter Widerspruch gegen die Ausführungen des GR. Schmitz bei den Sozialdemokraten.

GR. Schmitz (chr. soz.): Ich bitte den Herrn Vorsitzenden um Schutz gegen GR. Reismann.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Sie kneifen.

GR. Schmitz (Chr. Soz.): Ich war an der Front, reden Sie nichts vom kneifen.

GR. Vaugoin (christl. soc.) sagt in einer tatsächlichen Berichtigung, daß die Strassentafelfrage mit echtem Republikanismus gar nichts zu tun habe.

GR. Erntner (Deutschnational) sagt, daß seine Partei sich der Abstimmung enthalten werde, weil ihr die Redefreiheit entzogen werde. Die Sozialdemokraten wissen, daß seine Partei durch die Habsburger am meisten gelitten habe und am meisten unterdrückt worden sei.

GR. Josef Müller (chr. soz.) sagt, daß sein Antrag im Stadtrate wegen Aufbewahrung der alten Straßentafeln nur deswegen bestellt worden sei, um in Fällen wie bei der Amalienstraße in St. Veit nicht neue Tafeln machen zu müssen. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten).

GR. Täubler (Soz. Dem.) zitiert in einer tatsächlichen Berichtigung gegenüber den GR. Schmitz, dessen Ausführungen über die Volkwehr aus dem stenografischen Protokoll, wie sie von dem amtlichen Stenografen aufgenommen wurde, und sagt, daß GR. Schmitz erst nach dem stürmischen Widerspruch der Mehrheit, als er fühlte, was er gesagt habe, diesen Sätzen eine Fortsetzung anschloß.

GR. Schmitz (chr. soz.) in einer neuerlichen tatsächlichen Berichtigung sagt, daß er in seiner Rede durch das Geschrei von Seite der Majorität derart unterbrochen worden sei, daß er seine

Rede erst wieder fortsetzen konnte, als ihm von Seite des Vorsitzenden Ruhe verschafft worden war.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des GR. Schmitz auf namentliche Abstimmung und die beiden Anträge des GR. Vaugoin abgelehnt, der Referentenantrag unverändert angenommen. (Lebhafter Beifall und anhaltendes Händeklatschen bei der Majorität.)

BGM Peumann übernimmt den Vorsitz.

GR. Weigel (Soz. Dem.) berichtet über die Aenderung der Sonderbestimmungen und der Tarife auf den Linien der Dampftrassenbahnen. Seine Anträge werden angenommen. Weiter berichtet er über die Anschaffung von Dampflokomotiven und Pluroräten für das Kraftwerk in der Engerthstraße. Die betreffenden Anträge werden angenommen. Anträge desselben Referenten betreffen die Entschädigung der Feuerwehrmannschaft für Urlaubsentgang im Jahre 1919 werden genehmigt.

GR. Breier (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung einer Reihe von Zuschußkrediten für das Verwaltungsjahr 1918/19, welche genehmigt werden.

Nach einem Antrage des GR. Siegel (Soz. Dem.) wird der gärtnerischen Ausgestaltung des Hietzinger Friedhofs mit einem Betrage von 30.000 Kronen zugestimmt. Anträge desselben Referenten betreffen die Regelung der Bezüge der Saisonarbeiter des Stadtgarteninspektorates werden genehmigt.

GR. Siegel (Soz. Dem.) referiert über die Bewilligung eines Zuschußkredites von 51.600 K zur Miete von Kehrriechtafelplätzen.

GR. Dr. Alma Seitz (chr. soz.) meint, daß mit der Miete von Ablageplätzen nicht alles getan sei, sondern daß vielmehr der Straßenreinigung überhaupt ein größeres Augenmerk zugewendet werden müsse.

Der Referent betont in seinem Schlußworte, daß der klaglosen Durchführung der Straßenpflege die hohen Kosten im Wege stehen, daß aber getan werde, was möglich ist. Der Referentenantrag wird angenommen.

Es wird sodann noch nach einem Antrage des GR. Dr. Grün der Uebernahme des städtischen Erholungsheimes Schloß Neulengbach durch das niederländische Hilfskomitee für die Wiener Kinder als ~~Erholungsheim~~ Erholungsheim Merisheim genehmigt und die Sitzung geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 15. Mai 1920, Nr. 164.

Fettabgabe. Vom 16. bis 22. Mai werden bei den städtischen Schweinefettabgabestellen pro Person 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20 gegen Abrechnung des „R“ Abschnittes Nr. 192 und der beiden Abschnitte Nr. 192 für nichtorganisiertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 12.72.

Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 15. Mai 1920, Nr. 165.

Zerwürbe. Vom 16. bis 22. Mai Kathreiner Malzkaffee, K 11.40 und nach Maßgabe der geringen Vorräte: per Bezugskarte: $\frac{1}{2}$ Liter Spiritus zu K 11.45 per Liter. Schuhabgabestelle: Herren- und Knabenschuhe, Damenhalbschuhe. Textilwarenabgabestelle: Sweater, Wadenstutzen, Herrensocken und Kaninchenfelle. Außerdem die kundgemachten Artikel. Brennstoffabgabe: Dritter Turnus der Holzabgabe: 21. Mai bis 10. Juni. Preis an den Abgabestellen kundgemacht. Näheres durch die Sachwalter und Vertrauensmänner. Koks- und Kohlenabgabe wird fortgesetzt.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtrat hält Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittag Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Neue Straßen. Der Stadtrat hat beschlossen die nächst den Staatsbahnbediensteten Wohnhäusern im 20. Bezirk befindlichen Verkehrsflächen wie folgt zu benennen: Kornhäuselgasse nach dem Wiener Architekten Josef Kornhäusel, Schongaugergasse nach dem deutschen Maler Martin Schongauer, Griegplatz nach dem norwegischen Tondichter Eduard Grieg, Luntzgasse nach dem Wiener Architekten Viktor Luntz und Forsthausplatz nach der bestehenden den Platz querenden Forsthausgasse.

Abfahrt von Caritas-Kindern. Dienstag, den 18. ds. um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags fahren die Caritas-Kinder für die Strecke Korneuburg vom Nordwestbahnhof ab.

Sehr geehrter Herr Kollege! Im Namen des gemeinderätlichen Komitees zur Veranstaltung der Meisteraufführungen Wiener Musik ersucht Herr Dr. D.J. Bach um Aufnahme nachstehender Zeilen in der Kunstzeitschrift Ihres gesch. Blattes Meisteraufführungen Wiener Musik. Das Burgtheater beteiligt sich an diesen von der Gemeinde Wien veranstalteten Aufführungen mit einer Festvorstellung Sonntag, den 6. Juni. Aufgeführt wird Grillparzer's Lustspiel „Weh' dem der lügt“. Den Leon spielt zum ersten Male der junge Thimig, den Galomie Herr Hugo Thimig, den Bischof Herr Devrient, den Atterlus Herr Siebert.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, I., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag den 17. Mai 1920, Nr. 1133

Sehr geehrte Redaktion!

Das niederösterreichische Jugendhilfswerk erlöst nachstehenden Aufruf und ersucht um gefällige Veröffentlichung in Ihrem gesch. Blatte

Wiener! Das niederösterreichische Jugendhilfswerk erlöst nachstehenden Aufruf, der vom Vorsitzenden Landeshaupmann Stellvertreter Wayer, vom 1. Vorsitzenden Stellvertreter Landesrat Volkert, vom 2. Vorsitzenden Stellvertreter VB. Wiate, vom Schriftführer Regierungsrat Reichl, vom Schriftführer Stellvertreter StR Rummelhardt, vom Schätzmeister Leistikow des Landesjugendamtes Dr. Donin, dem Schätzmeister Stellvertreter Frau StR. Annelie Seidel gezeichnet ist:

Die Not des Wiener Kindes ist noch immer im Wachsen. Ebenso die Not der kleineren Städte Niederösterreichs und aller anderen Industriorte. Noch immer kann das Volk der Städte nicht zur normalen Ernährung zurückgeführt werden, und daran ist die Wurzel alles Leides und alles Unglücks zu sehen. Solange wir die Jugend nicht voll ernähren können, ist auf eine Besserung der Zustände nicht zu hoffen. Im Gegenteile solange zu wenig Nahrung in die Städte kommt, solange muß sich der allgemeine Zustand verschlechtern. Die Tuberkulose macht erschreckende Fortschritte. Insbesondere die Tuberkulose im Kindesalter hat Formen angenommen, wie noch nie vorher. Wir müssen uns mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen. Das vornehmste Mittel ist, die gefährdeten Kinder in gute Luft und gute Ernährungsverhältnisse zu bringen. Dank der beispiellosen Hilfe, die uns das gesamte Ausland gewährt hat, war es bisher möglich, 80.000 Wiener Kinder dieser Form der Rettung zuzuführen. Aber noch harret mindestens noch eine gleich große Zahl von schwergefährdeten Kindern und jüngeren Menschen bis zu 17 Jahren der gleichen Rettung. Beim städtischen Jugendamt und den privaten ausländischen Hilfskomitees Wiens sind 50.000 Kinder vorgemerkt. Drei Viertel von ihnen müssen nach dem Ergebnisse der ärztlichen Untersuchung als schwergefährdet angesehen werden. Zu diesen 35.200 Kindern Wiens im schulpflichtigen Alter gesellen sich noch 30.000 im Alter von 14 bis 17 Jahren, die gegenwärtig noch zum guten Teile in den Abendauspeisungen der Norwegen und Schweden, sowie der Amerikaner erfaßt sind. Und zu ihnen gesellen sich wenigstens 20.000 rachitische und blutarme oder von der Skrofulose bereits erfasste Kinder beiderlei Geschlechtes im vorschulpflichtigen Alter. Unter ihnen auch viele schwergefährdete Sprösslinge tuberkulöser Familien. Rechnet man noch die 10.000 Kinder dazu, die beim Landesjugendamt für eine Ferienfürsorge

angemeldet und von den Ärzten als bedürftig erkannt worden sind, so kommt man zu einer runden Zahl von 100.000 gefährdeten Kindern, die trotz der beispiellosen Hilfe, die uns das gesamte Ausland gewährt hat, noch der Rettung harren.

Sie alle haben abzuholen aus dem Elend und aus der Gefahr, in der sie sich befinden, ist eine Aufgabe, die weder die öffentlichen noch die private Jugendfürsorge ohne die weitestgehende Hilfe der Allgemeinheit zu erfüllen im Stande ist. Diese erschreckende Tatsache hat zur Begründung des n.ö. Jugendhilfswerkes geführt. Der n.ö. Landtag hat einstimmig einen Antrag angenommen, durch den alle Schulen Niederösterreichs heuer in Ferienorte gewandelt werden sollen. Die Bauern Niederösterreichs haben sich bereit erklärt in der Form ein Drittel zu den Kosten beizutragen, daß sie je ein gefährdetes Kind zum Mittagstische einladen. Von den ausländischen Missionen, die uns auch durch Lebensmittelzuschüsse so große Hilfe bringen, ist zu hoffen, daß sie auf dieses neue große Werk, das zur Rettung des Wiener Kindes unternommen wird, unterstützen werden. Und endlich werden auch die Eltern der schwergefährdeten Kinder einen guten Teil zu den Kosten des Riesenwerkes beitragen.

Das n.ö. Jugendhilfswerk rechnet damit, daß es ihm wenigstens gelingen werde, jedes zweite gefährdete Kind, insgesamt also 50.000 Kinder Wiens und Niederösterreichs durch die Ferienfürsorge im eigenen Lande zu erfassen. Gelingt dies, dann muß mit einer Aufwande von 50 Millionen Kronen für diesen Zweck gerechnet werden. Es ist ausgeschlossen, daß diese Riesenaufgabe, wenn auch vielfach in Naturalien, allein von den drei genannten Gruppen, von den Eltern, von unseren ausländischen Freunden und von der einheimischen Bauernschaft geleistet werden kann. Jeder, dem es klar ist, daß damit die gesamte Volksgesundheit auf dem Spiele steht, jeder, der ein fühlendes Herz hat, der nicht mitanschen kann wie zehntausende von Kindern, die zu nützlichen Gliedern der Gesamtheit heranwachsen könnten, dahinwelken und dahinsiechen, hilflos dem Tode entgegengehen, jeder, der sich seiner sozialen Pflicht bewußt ist, soll, kann und wird mithelfen an dem n.ö. Jugendhilfwerke. Dazu rufen wir ganz Wien und ganz Niederösterreich auf. Jeder und jede möge nach seinem Können und Vermögen beisteuern zu dem großen Werke. Zuschriften und Geldsendungen sind an das n.ö. Jugendhilfswerk, Postsparkassen Konto Nr. 20278, XVIII., Bastiengasse 36/38 erbeten. Wir wissen, daß wir Wien nicht umsonst aufgerufen haben, daß sich alle, denen die Zukunft unseres Volkes nicht gleichgültig ist, in den Dienst dieser guten Sache stellen werden.

Der neue amtliche Einkaufsschein ist bereits in Kraft getreten und ist infolgedessen der alte rot gedruckte amtliche Einkaufsschein nunmehr ungültig.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 18. Mai 1920, Nr. 167.

Verein der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien. Am Sonntag hielt dieser Verein seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Zweck des Vereines ist die Förderung des Uhrenmuseums der Stadt Wien und hat es der Verein auch verstanden in der kurzen Zeit seines Bestandes das Museum durch Ankauf zahlreicher, außerordentlich wertvoller Objekte zu einer Sehenswürdigkeit ersten Ranges zu machen. In Verfolgung seiner kulturellen Bestrebungen hat sich aber der kleine, kaum 120 Mitglieder zählende, uneigennützig arbeitende Verein mit 35.000 Kronen Schulden belastet und er wird wohl schwer zu kämpfen haben, wenn nicht wieder ein ganz hervorragender Kunstfreund dem Verein Unterstützung angedeihen lässt. Die Hauptversammlung hat den Mitgliedsbeitrag auf 10 K jährlich erhöht. Anmeldungen werden beim Präsidenten des Vereines, I., Schulhof 2 entgegengenommen.

Kinder aus Deutschland. Die am 21. Februar nach Hamburg und Kiel abgereisten Wiener Kinder kommen am Donnerstag, den 20. um 6 Uhr 40 früh am Westbahnhof an. Gleichzeitig kommen auch 90 von privaten Aktionen in Lübeck untergebrachte Kinder an. Die Eltern werden ersucht die Kinder abzuholen.

Freie Aerztestellen. Im städtischen Gesundheitsamte gelangen drei Aerztestellen für Armenbehandlung und Totenbeschau zur Besetzung. Nähere Auskünfte und Gesuche bis 5. Juni an das Gesundheitsamt, Neues Rathaus.

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Dienstag, den 18. Mai 1920 Abendausgabe.

Die neuen Forderungen der Straßenbahner - Die Beratungen über die neuen Forderungen der Bediensteten der städtischen Straßenbahnen sind heute nachmittags um 3 Uhr unter dem Vorsitz des Vize-Bürgermeister Emmerling im Stadtrats-Sitzungssaal aufgenommen worden. Es hat sich anlässlich der Disku^{ss}ionen ergeben, daß eine Reihe von Gerüchten unter den Angestellten in Umlauf gesetzt worden sind, die sowohl beabsichtigte Massenentlassungen bei den Straßenbahnen betreffen als auch behaupten, daß die Forderungen der Bediensteten glatt abgewiesen werden. Weder das eine noch das andere ist richtig. Alle darauf bezüglichen Gerüchte entbehren vielmehr jeder Grundlage. Die Konferenz hat sich damit beschäftigt, daß bei einer Berücksichtigung der Forderungen auch eine größere Arbeitsleistung erzielt werden müsse, was auch von Seiten der Vertrauensmänner der Bediensteten anerkannt wurde. Den Vorschlägen die von Seite der Bediensteten vorgelegt worden sind, wird nunmehr ein Gegenvorschlag der Direktion gegenüber gestellt werden. Die Verhandlungen werden auf Grundlage dieser beiden Vorschläge geführt und aller Wahrscheinlichkeit nach noch im Laufe des Monats Mai zu einem Abschluß gebracht werden können.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 19. Mai 1920, Nr. 168.

Ausschuß für Sozialpolitik und Gesundheitswesen. Zu dem Vorschlage des sozialdemokratischen Klubs für die amtsführenden Stadträte wird uns mitgeteilt, dass Dr. StR./Grün bei der Aufstellung der Liste erklärte, aus Gründen seiner Praxis unter keinen Umständen ein Mandat anzunehmen. Bei der Abstimmung wurde dann GR. Grünwald gewählt. Eine Anzahl von Stimmen entfiel aber trotz des Verzichtes des StR. Dr. Grün auf diesen.

Sehr geehrte Redaktion!

Unter gleichzeitiger Einladung zur Besichtigung der Ausstellung, die anlässlich der Meisteraufführungen Wiener Musik im historischen Museum der Stadt Wien veranstaltet wird, ersuchen wir um gef. Aufnahme untenstehender Notiz. Die Besichtigung findet Freitag, den 21. 11 Uhr vormittags - Neues Rathaus, Feststiege 2 Mezzanin - statt.

Hochachtungsvoll

Dr. D. Bach, m.p.

+ + +

Meisteraufführungen Wiener Musik. In den Räumen des historischen Museums der Stadt Wien wird im Anschlusse an das Musikzimmer und dessen Gemälden neben einer Anzahl von Bildern, die auf Wiener Musik und Wiener Musiker Bezug haben und sonst nicht der allgemeinen Besichtigung zugänglich sind, eine Auswahl aus den Beständen der Stadtbibliothek, an Musikhandschriften, Drucke und Musikerbriefen für die Dauer vom 25. Mai bis 13. Juni ausgestellt.

Besonderes Interesse findet das philharmonische Konzert am Sonntag, den 30. ds. um 12 Uhr mittags in großen Musikvereinsäle, das Richard Strauß leitet. Strauß hat selbst den Wunsch ausgedrückt, Mahlers vierte Sinfonie zu dirigieren, welche Strauß seinerzeit bei der Berliner Erstaufführung leitete. Das Sopransolo singt Frau Elisabeth Schuhmann von der Staatsoper. Ausserdem wird in diesem Konzert „Also sprach Zarathustra“ von Richard Strauß dirigiert. Karten an der Konzertkassa Gutmann.

Wiener Rathauskorespondenz.

Wien, Mittwoch, den 19. Mai 1926. - Abendausgabe.

Die Reform der Wiener Gemeindeverwaltung. Der Gemeinderatsaus-
ausschuss zur Beratung der ~~32~~ Form der Gemeindeverwaltung
beschäftigte sich heute unter dem Vorsitz des VB. Hoss und des
GR. Skaret mit der neuen Geschäftsordnung für den Gemeinderat
und die Ausschüsse. Berichterstatter GR. Dr. Danneberg legte
einen Bericht vor, der die durch die neue Verwaltung notwen-
dig gewordenen Änderungen enthält. Als wesentliche Neuerung
ist hervorzuheben, dass die ~~Anfragen~~ Anfragen und Anträge in
der Regel nicht mehr verlesen sondern nur im Protokoll festge-
legt werden und dass die Antworten auf Anfragen schriftlich er-
teilt und auch dem Protokoll einverleibt werden. Dagegen erhält
ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder das Recht, die Verlesung
zu verlangen und sowohl der Bürgermeister als auch der Gemein-
deirat hat das Recht, eine Debatte über eine Anfrage und deren
Beantwortung anzukündigen. Neu ist auch die Bestimmung, dass der
Referent des Stadtsenates eine etwa abweichende Meinung des
vorbberatenden Ausschusses dem Gemeinderat in seinem Berichte
zur Kenntnis bringen muss und dass auch eine Minderheit in der
Ausschusseratung von Referenten mitzuteilen ist, wenn dies
von wenigstens einem Viertel der Ausschussmitglieder begehrt
wurde. Für den Ausschuss der städtischen Unternehmungen wird
eine eigenen Geschäftsordnung festgelegt werden.

In der sich an den Bericht knüpfenden Debatte kam der Aus-
schuss in nahezu allen Fällen zu einhelligen Beschlüssen. Als
Berichterstatter für den Stadt- und Gemeinderat wurde GR. Dr.
Danneberg bestimmt.

Wien, Mittwoch, den 19. Mai 1926. Abendausgabe.

Rückkehr Wiener Kinder aus der Schweiz

Die mit dem 13. März 1926

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Mittwoch den 19. Mai 1920. Abendausgabe.

Rückkehr Wiener Kinder aus der Schweiz.

Die mit dem 13. Züricher Kinderzug am 22. März 1920 nach

Zürich abgereisten Kinder kommen am Donnerstag, den 20. Mai

1920. 7 Uhr 45 Minuten abends am Südbahnhof an.

Die Eltern Werden gebeten Ihre Kinder am Bahnhofs abzuholen.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 20. Mai 1920, Nr. 169.

Kinder aus Mailand und Triest. Freitag und Samstag kommen die letzten Kinderzüge aus Italien in Wien an. Freitag, den 21. ds. und Samstag, den 22. um 2 Uhr nachmittags kommen die noch ausstehenden zwei Züge aus Mailand (Oberitalien) zurück. Kinder, die am Freitag nicht kommen, kommen zuverlässig Samstag an. Samstag, den 22. ds. um 3 Uhr früh Rückkehr der Kinder, die am 13. Februar nach Triest (Friaul) fahren. Mit diesem Zuge kommen alle Kinder, mit Ausnahme der, die die Bewilligung zum längeren Aufenthalte haben.

Vorschläge für die städt. Angestellten. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Spieser beschlossen, den nicht im Kollektivvertrag stehenden aktiven städtischen Angestellten (Lehrpersonen) einen noch vor Pfingsten auszahlbaren Vorschuss auf die gleitende Zulage von je 300 K zu bewilligen.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 20. Mai 1920, Nr. 170.

Die Reform der Gemeindebuchhaltung. Der Stadtrat wird den Rechnungsrat Müllerer zu Studienzwecken nach Berlin senden, um die Richtlinien für die Durchführung der Buchhaltungs- und Kassareform mit den dortigen Muster zu vergleichen.

Rückgang der Wohnungen und Geschäftslokale. im April. Im April ist die Zahl der gemeldeten vermietbaren unmobilierten Wohnungen um 35 von 115, davon 114 leerstehende, auf 80, davon 78 leerstehende, zurückgegangen. Die vermietbaren möblierten Zimmer und Kabinette gingen von 62 im März auf 35 im April zurück. Bei den vermietbaren Geschäftslokalen ist ein Rückgang um 86 von 514 im März auf 428 im April zu verzeichnen.

Die Kosten für die Bekämpfung der Wohnungsnot. Im Stadtrate teilte StR. Dr. Scheu mit, dass die Regierung das Wohnungsamt verständigt habe, dass mit Kabinettsratsbeschluss zur Fortführung der Aktion zur Bekämpfung der Wohnungsnot ein weiterer Betrag bewilligt wurde, so dass der Notwohnungskredit wieder für Notwohnungszwecke eröffnet ist. Der gesamte Kredit von 13.3 Millionen Kronen ist bereits mit einem Betrag von 500.000 Kronen überschritten und der neu bewilligte Kredit soll für ganz Oesterreich nur 3 Millionen Kronen, wovon ein Drittel auf die Gemeinde Wien entfallen soll, betragen. Referent Dr. Scheu beantragte mit Rücksicht auf die dem Wohnungsamt zugekommene Mitteilung, dass zur Fortführung der Aktion zur Bekämpfung der Wohnungsnot die von der Gemeinde vorläufig bestrittenen Kosten bei der Regierung zum Rückersatz angesprochen werden und dass die Wohnungsanforderungen fortgesetzt werden sollen. Der Stadtrat stimmte dem Antrage zu.

Ein Abkommen der Gemeinde mit der Länderbank in der Frage der Holzversorgung. Im Stadtrate berichtete heute StR. Hackl über ein Uebereinkommen, durch welches der Länderbank die kaufmännische Führung der Holzaufbringung für Wien übertragen wird. Das Uebereinkommen stimmt mit dem Abkommen, welches mit der Länderbank schon im Jahre 1915 betreffend den städtischen Kohlenverkauf, eingegangen wurde, überein. Die Holzversorgungstelle des Magistrates wird ihre Tätigkeit hinsichtlich der Aufbringung des niederösterreichischen Kontingentes fortsetzen. Die Länderbank wird außerhalb dieses Kontingentes in Oesterreich und im Auslande vorhandenes Holz ankaufen.

In einer längeren Debatte sprachen sich die christlichsozialen Stadträte Körber, Dr. Kienböck, Vaugoin, Biber, Heider und VB. Hoss gegen dieses Uebereinkommen aus. Bgm. Reumann und die sozialdemokratischen StRe. Breiner und Iser gaben nähere Aufklärungen und stellten insbesondere fest, daß sich das Uebereinkommen mit der Länderbank wegen des Kohlenverkaufes sehr bewährt hat und ihr die kaufmännische Führung der Holzaufbringung deshalb übertragen wird, weil in den städtischen Aemtern eine kaufmännische Führung nach der jetzigen Organisation nicht möglich ist. Mit der Verwaltungsreform wird ja auch die städtische Buchführung umgewandelt werden und hierbei auch entsprechend auf kaufmännische Zwecke Bedacht genommen werden. Gegenwärtig aber könne den Aemtern die kaufmännische Verantwortung nicht übertragen werden.

Es wurde folgender Antrag zum Beschlusse erhoben: Mit der österreichischen Länderbank ist wegen der kaufmännischen Durchführung der Holzversorgung der Wiener Bevölkerung, soweit diese auf Grund der bezüglichen Beschlüsse des Stadt- und Gemeinderates durch die Gemeinde stattfinden wird, unbeschadet der Aufbringung des gesamten niederösterreichischen Kontingentes durch die amtliche Holzstelle, ein Uebereinkommen auf folgender Grundlage zu schließen: Die Länderbank wird den Ein- und Verkauf des zur Versorgung der städtischen Bevölkerung zu beschaffenden Holzes nach kaufmännischen Grundsätzen als Bevollmächtigte der Gemeinde Wien

in deren Namen und für deren Rechnung besorgen. Die Bevollmächtigung erlischt mit 30. Juni 1921, verlängert sich jedoch stillschweigend je ein weiteres Jahr, wenn sie nicht bis zum vorausgehenden 31. Dezember durch einen der beiden Vertragsteile gekündigt wird. Die Länderbank wird der Gemeinde über die geführten Geschäfte Rechnung legen. Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, daß die österr. Länderbank für die Geschäftsführung keine Entschädigung beansprucht, sondern nur ihre wirklichen Selbstkosten vergütet erhält.

Der heutige Schweinemarkt. Heute war der 3. Markttag im Zeichen des freien Handels für Schweine. Auf dem Jung- und Stechviehmarkte wurden bis 1 Uhr mittags 333 Stück Schweine minderer Qualität aufgetrieben. Die in Betracht kommenden Genossenschaften und Händler hatte beschlossen nicht wie an den vorhergehenden Markttagen Vereinbarungen über Aufteilung und Preise zu treffen, sondern mit Rücksicht auf den geringen Auftrieb den Handel vollständig frei zu lassen. Die Händlerschaft beschwerte sich über Aufkauf von Schweinen auf dem flachen Lande durch Gewerbetreibende, Wohltätigkeits- und Mastanstalten, ferner über einen Winkelmarkt auf dem Franz Josef-Bahnhof. Nach Eröffnen des Marktes wurden die ersten Abschlüsse mit 165 Kronen für 1 kg Weidnergewicht getätigt. Eine scharfe Bewachung des Franz Josef Bahnhof in der Richtung, ob dort ein Winkelmarkt stattfindet, war angeordnet worden. Trotz der scharfen Bewachung konnte die tatsächliche Abhaltung eines solchen nicht festgestellt werden. Die vom Franz Josefbahnhof direkt abgeführten Weidnerschweine waren ausschließlich solche „außer Markt“.

GR. Deppler (chr. soz.) sagt in einer Interpellation, daß auf manchen Beiwagen der Straßenbahn das Fußblech des rückwärtigen Abschlußgitters an diesem nicht befestigt war, sondern flach am Boden lag und mit der schiefen Kante über die Einsteigstufe hinausragte, wodurch für die Fahrgäste eine Gefahr besteht.

Bgm. Reumann: Die in der Anfrage bezeichneten Verkommnisse sind mir nicht bekannt. Meine Nachfrage hat ergeben, daß Anzeigen oder Beschwerden in der bezeichneten Richtung bisher bei der Straßenbahn aber auch nicht erhoben worden sind. Es kann sich demnach um vereinzelte Fälle handeln. Im übrigen ist der Sachverhalt der folgende: Wenn ein Gebrechen der in der Anfrage erwähnten Art auf der Strecke auftritt, so ist die sofortige Behebung desselben nicht möglich. Im übrigen haben die Schaffner bei der Wagenübernahme dafür zu sorgen, daß die Wagen in Ordnung sind. Ist dies nicht der Fall, so dürfen sie den betreffenden Wagen nicht im Verkehr belassen. Ich werde veranlassen, daß diese Vorschriften den Schaffnern zur strengsten Darnachachtung in Erinnerung gebracht werden.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, aus welcher eigentlichen Ursache aus Anlaß des Schulvereinsjubiläums das Aushängen von Fahnen in den reichsdeutschen Farben als Symbol für den Anschluß an Deutschland nicht verfügt oder gestattet wurde, nachdem bei ähnlichen Veranstaltungen der sozialdemokratischen Partei rote Fahnen ohne weiteres ausgehängt wurden.

Bgm. Reumann: Es ist gewiß richtig, dass der Anschluß an Deutschland von allen Deutschen Oesterreichs gewünscht und erstrebt wird. Wenn ich dessen ungeachtet der Bitte der bei mir erschienenen Deputation nicht entsprechen habe, so geschah dies einzig und allein aus dem der Deputation bekannt gegebenen Grunde, der mit den Anschlußgedanken nichts zu tun hat. Ein anderer Grund lag meiner Entscheidung tatsächlich nicht zugrunde. Wenn der Herr Fragesteller schließlich behauptet, daß bei ähnlichen Veranstaltungen der sozialdemokratischen Partei rote Fahnen ohne weiteres ausgehängt wurden, so verweise ich auf die Tatsache, daß von mir als Bürgermeister eine solche Verfügung hinsichtlich des Rathauses ~~nach~~ ^{nicht} getroffen worden ist.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt in einer Interpellation, ob der Bürgermeister bei den maßgebenden Behörden dahin wirken wolle, daß bei ^{Neu-}Wahlen in die Nationalversammlung nur jene Personen wahlberechtigt sind, welche in Oesterreich tatsächlich das Heimatrecht besitzen.

Bgm. Reumann: Das Gesetz vom 18. Dezember 1918 St.G.Bn.Nr. 151 bezieht sich lediglich auf die Wahlordnung zur konstituierenden Nationalversammlung und wird daher bei den bevorstehenden Neuwahlen nicht mehr zur Anwendung kommen. Anlässlich der Beratung über die neue Wahlordnung wird Gelegenheit gegeben sein, die sich auf die Heimatsberechtigung stützenden Wahlrechtsfordernisse einer entsprechenden Regelung zu unterziehen.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, daß bei der Errichtung von öffentlichen Schulen mit anderer als deutscher Unterrichtssprache Vorsorge getroffen werde, daß die Kinder im deutschösterreichischen Sinne zu treuen österreichischen Staatsbürgern

erzogen werden und daß als Lehrpersonen nur österreichische Staatsangehörige, welche auch der tschechischen Sprache mächtig sind, verwendet werden.

Bgm. Reumann: Die Regelung der in der Anfrage bezeichneten Angelegenheiten fällt vornehmlich in die Kompetenz der Schulbehörden. Ich werde daher von der Anfrage dem Bezirksschulrate zur weiteren Veranlassung Mitteilung machen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Nach Berichten des Stadtrates Speiser erteilt der Gemeinderat seine Zustimmung zur Erhöhung der Remunerationen der nebenberuflichen Lehrpersonen sowie betreffend die Zuwendungen für Lehrkräfte an den Wiener Fortbildungsschulen anlässlich der Kriegsdienstleistungen. Weiter beschließt der Gemeinderat eine Berücksichtigung von Angestellten aus tieferen Gruppen bei Stellenbesetzungen unter Abstandnahme von der erforderlichen Vorbildung. Weiter werden die Hausknechte der Feurageabteilung des Zentralviehmarktes in Gruppe VII als „Lagergehilfen“ eingereiht.

StR. Speiser referiert über die Neuregelung der Schulwartzulagen.

GRin Gabriele Walter (chr.-soz.) stellt den Antrag, die Reinigung und Beheizung der Bibliothek, des Lehrmittelzimmers und des Lehrer- und Konferenz-Zimmers sei entsprechend zu entlohnen, die Reinigung von Fenster und Türen habe wie bisher 5 mal im Jahre zu erfolgen.

Der Referent GR. Speiser erwidert, dass bei den Verhandlungen mit den Schulwarten darauf Bedacht genommen wurde, dass die Wünsche der Frau Vorrednerin sicherlich in Erfüllung gehen werden. Soll sich zeigen, dass der vorliegende Versuch nicht zu einem guten Ziele führe, so könne jederzeit eine andere Organisation getroffen werden.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, die Anträge ^{werden} Walter genügend unterstützt und gehen an den Stadtrat.

StR. Speiser berichtet weiter über die Regelung der Bezüge der Jugendärzte und die Regelung des Dienstrechtes der Fürsorgerinnen. Die bezüglichen Anträge werden angenommen.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über Ausnahmsbestimmungen für die Bemessung von Ruhe- und Versorgungsgeldern aus der Zeit seit dem 1. Jänner d.J. und beantragt, daß die Ruhegelder der in der Zeit vom 1. Jänner bis 29. Februar 1920 in den Ruhestand versetzten Angestellten (Lehrpersonen) und die Versorgungsgelder der Hinterbliebenen nach Angestellten (Lehrpersonen) nach Abschnitt I des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. März zu bemessen sind.

GR. Vaugoin (chr. soz.) stellt fest, daß eine mit dieser Sache im Zusammenhang stehende Notiz der Arbeiterzeitung, die besagte, daß er in dieser Frage überhaupt nichts unternommen habe, nicht richtig ist und betont, daß er sowohl im Stadtrat als auch in der Personalkommission für die Rückwirkung der Bestimmungen eingetreten ist.

Nach dem Schlußwort des Referenten werden die Anträge angenommen.

Nach Berichten des GR. Speiser (Soz.-Dem.) werden die Obermonteure und Monteure des Stadtbauamtes in das Bezugschema, die Magazineure der Feurageabteilung des Zentralviehmarktes in Gruppe III mit der Titeländerung „Lagermeister“ und die Steinbrecher der städtischen Schotterbrüche in Gruppe VII des Bezugschemas eingereiht. Desgleichen werden zwei Stellen für rechtskundige Beamte bei den städtischen Lagerhäusern und 12 Stellen in ^{Bediensteten} Gruppe VIII für die ~~Bediensteten~~ des Gänsehäufels systemisiert. Weiter wird eine Regelung des Dienstverhältnisses des Personals der städtischen Heizwerkstätte beschlossen.

Ueber Antrag des GR. Iser (Soz.-Dem.) werden die Mehrerfordernisse für Erweiterungsarbeiten im Strandbade „Alte Donau“ sowie für Herstellungen im Strandbade „An der oberen Donau im XXI. Bezirk“ genehmigt, ebenso der Verkauf von Nutzholz in Mennwürth an die Holzverwertung A.G., an welcher die Gemeinde beteiligt ist und an die Zündwarenfabrik „Solo“ genehmigt.

Ueber Antrag des GR. Bombeck (Soz.-Dem.) wird beschlossen, die für die Arbeiter der städtischen Gaswerke festgesetzte gleitende Zulage zu den gleichen Terminen zu überprüfen und festzusetzen, wie bei den Arbeitern der städtischen Elektrizitätswerke und mit dem zuletzt bestimmten erhöhten Ausmaße ab 1. April 1920 auszusahlen.

Nach dem Referate des StR. Hackl (Soz.-Dem.) stimmt die Gemeinde Wien der geplanten Kapitalerhöhung der österreichischen Fischeinfuhr-gesellschaft m.b.H. auf 8 Millionen Kronen zu und erhöht gleichzeitig ihre Stammeinlage von 200.000 K auf 400.000 K.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) referiert über den Mietvertrag mit der Militärverwaltung betreffend die Simmeringer Heide und führt aus, daß der Streit, ob der Vertrag des alten Militärärztes auf die neue Heeresverwaltung übergehe in dieser Weise geordnet werde, daß der übriggebliebene Teil der Simmeringer Heide der jetzigen Militärverwaltung als Nachfolgerin des früheren Militärärztes übergeben werde, und damit auch der Teil mit dem Sportplatze auf diesem soll auch die künftige Heeresmacht Gelegenheit haben Sport zu betreiben. Jene Fläche, die seitens der Gemeinde Wien bereits für Anbauzwecke verwendet wird oder in die Heidestraße einbezogen ist, werde aus der Miete ausgeschieden. Die Referentenanträge werden ohne Debatte angenommen.

Nach Referaten desselben Referenten ~~und~~ ^{werden} ~~zur~~ ~~Stärkung~~ eines Zuschußkredits von 32.865 K für Brennstoffe für die städtischen Glashäuser für das Verwaltungsjahr 1918/19, ~~und~~ ~~ferner~~ die Kosten der Adaptierungsarbeiten für eine Kraftstellwagengarage im XX. Bezirke Leystraße im Betrage von 925.000 K und die Mehrkosten für die Erweiterung des Benzollagers der städtischen Kraftstellwagenunternehmung im II. Bezirk, Dürnkratzplatz im Betrage von 520.000 K genehmigt.

Nach einem Antrage des G.R. Weigl (Socialdem.) werden Erhöhungen der Bezüge der Feuerwachebediensteten beschlossen. Ebenfalls der Ankauf von 6 Dampflokomotiven für die Braunkohlenbergbauwerkseisenbahn Zillingdorf aus der Sachdemobilisierung.

VR. Wimmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Hellmann (Soz. Dem.) beantragt, die Flüchtigmachung des Pauschales für Versuchsklassen auch in jenen Fällen, in welchen weniger als 30 Kinder in einer Versuchsklasse vereinigt sind.

Frau GR. Walter (chr. soz.) sagt, daß auch der Handarbeitsunterricht an den Schulen der anderen Zeit angemessen erteilt werden müsse, wozu das jetzt beigelegte Material nicht ausreicht. Die Gemeinde müsse schon jetzt für die Beschaffung dieses neuen Materials sorgen.

GR. Wawerka (chr. soz.) urgiert einen Antrag, den er im Vorjahre bei der Budgetdebatte gestellt habe, und zwar wegen ansehnlicher Erhöhung des verrechenbaren und nichtverrechenbaren Pauschales für Schulklassen überhaupt.

Der Referent verweist in seinem Schlussworte darauf, daß die Ausführungen der Frau GR. Walter nur in einem sehr losen Zusammenhange mit dem vorliegenden Referate stehen. Was die Bemerkungen des GR. Wawerka betreffen, könne er mitteilen, daß bereits im Bezirksschulrat eine großzügige Aktion eingeleitet sei, welche all diese Fragen zu lösen bestimmt sei. Man könne also dieser Frage mit Beruhigung entgegensehen.

Nach einem weiteren Referate des GR. Hellmann wird dem Schutzverein für männliche Jugendliche zur Ausschmückung der Fenster seines Lehrlingsheims unentgeltlich Blumen überlassen bekommen.

Nach einem Antrage des GR. Linder (Soz. Dem.) wird die Miete von Magazinen im Hause I., Franz Josefs Kai 53 für Zwecke des Wirtschaftsamtbeschlusses beschlossen.

Den vom GR. Rudolf Müller (SP) vorgelegten Vertragsentwurf betreffend die teilweise Umplasterung und Verbreiterung der Fahrbahn der Prager Reichsstrasse (Pragerstrasse) im XXI. Bezirk wird genehmigt.

Nach Anträgen der Frau GR. Amalie Seidel (Soz. Dem.) wird der Ankauf von Rindfleischkonserven für die Ausspeisestelle des Jugendamtes sowie die Ueberlassung von Räumen im Hause XIII., Wattmannsgasse 12 an die Ausspeisegemeinschaft für den XIII. Bezirk und an den Hilfsausschuß für Kinder und Jugendliche genehmigt.

Schließlich wird der Antrag des GR. Breiner (Soz. Dem.) auf Bewilligung der Kosten der Drucklegung der Schatzscheineinleiensstücke der Gemeinde genehmigt und die öffentliche Sitzung geschlossen.

Personalstand bei den städtischen Straßenbahnen. Mit Rücksicht auf die verschiedenen allgemeinen Zeitungsmeldungen und besondere Artikel, die sich mit dem Personalstand bei den Straßenbah-

nen beschäftigen erscheint es zweckmäßig, die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Verhältnisse auf Grund der offiziellen Zahlen aufzuklären und diese daher Nachstehendes zur Kenntnis zu bringen. Zu Ende des Jahres 1913, also mitten im Frieden betrug der gesamte Personalstand an männlichen und weiblichen Beamten, Bediensteten und Arbeitern 12.081 Personen, bei einer Verkehrsleistung von rund 99 Millionen Wagenkilometern und einer Frequenz von 222 Millionen Fahrgästen jährlich. Derzeit beträgt der Personalstand 16.723 Personen, darunter rund 300 im Stande geführte Kriegsgefangenen Bedienstete und 359 in dem früher nicht bestandenen Verpflegedienst beschäftigte Personen also tatsächlich vergleichsweise 16.064 Angestellte, insgesamt (männliche und weibliche Beamte, Bedienstete und Arbeiter). Die Verkehrsleistung beträgt nach dem derzeitigen stehenden Fahrplan jährlich 93 Millionen Wagenkilometer, die Frequenz nach den gegenwärtigen Verhältnissen gerechnet rund 452 Millionen Fahrgäste jährlich. Bei einer um rund 6 % geringeren Fahrleistung aber einer um rund 40 % größeren Frequenz ist der Personalstand um 4.642 Personen oder 38 % größer als Ende 1913.

Im Jahre 1913 betrug aber die Arbeitszeit beim Fahrdienst 9 1/2 Stunden, bei 3 zulässigen Ueberstunden, also einer Gesamtdienstdauer von 12 1/2 Stunden täglich, in den Werkstätten 9 - 9 1/2 10 Stunden. Bei 2 zulässigen und auch vielfach beanspruchten Ueberstunden. Heute beträgt dem gegenüber die Arbeitszeit sowohl im Fahrdienste als auch in den Werkstätten nur 8 Stunden mit höchstens 2 Ueberstunden täglich, die aber nur zu einem sehr geringen Teil tatsächlich geleistet werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit allein würde daher bei gleichbleibender Leistung im Fahrdienste (8 gegenüber 9 1/2 Stunden) eine Personalvermehrung um mindestens 18,7 - 25 %, in einzelnen Dienstzweigen aber noch mehr erfordern. Dabei darf nicht übersehen werden, daß gerade im Fahrdienste die Herabsetzung der Arbeitszeit proportional eine verhältnismäßig geringere tatsächliche Leistung ergibt, weil in der kürzeren zur Verfügung stehenden Zeit mit Rücksicht auf die unabänderliche Länge der Fahrzeit für die einzelnen Fahren deren sachgemäße Zuteilung an die einzelnen Fahrbediensteten sehr großen Schwierigkeiten begegnet. Während in den Werkstätten bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit durch eine besonders intensive Tätigkeit unter Umständen der Verlust an Arbeitszeit wettgemacht werden kann, trifft dies im Verkehrsdienste absolut nicht zu, weshalb alle Verkehrsunternehmen durch die den modernen Anschauungen entsprechende kürzere tägliche Arbeitszeit zu außerordentlichen Personalvermehrungen und Mehrauslagen verurteilt sind, wie sich dies auch in vielen anderen Städten z. B. in Berlin zeigt. Ueberdies erfordern auch die gegenüber 1913 wesent-

lich erhöhten Urlaubsansprüche einen größeren Personalstand.

Was die in einzelnen Zeitungsnachrichten gebrachten Nachrichten über eine außerordentliche Vermehrung des Beamtenstandes anbelangt, so sind diese nur zum Teil richtig. Die Anzahl der männlichen Beamten wurde von 519 auf 579, also um 80 oder 11 1/2 %, die der weiblichen von 213 auf 454, also um 241 oder 100 % erhöht. Die große Vermehrung bezieht sich also nur auf das weibliche Personal, was aber durchaus begründet ist, wenn man bedenkt, daß die Vermehrung zum größten Teil auf die Beamtinnen in der Fahrseheinverwaltung und in den Massen der Bahnhöfe entfällt, wo eine Vermehrung der Fahrseheine um 80 % der Einnahme aber um 1500 % stattgefunden hat.

Bei Berücksichtigung dieser Verhältnisse und des Umstandes, daß die Vermehrung der Frequenz vor allem aber die bedeutend gestiegenen Einnahmen und Ausgaben (derzeit rund 830 Millionen Kronen gegen 52 Millionen Kronen Einnahme im Jahre 1913) und die gegen den Frieden in jeder Beziehung erschwerte Betriebsdurchführung, insbesondere im Verwaltungsdienste, eine sehr große Personalvermehrung verlangt, erscheint der Ueberstand. Doch in einem etwas anderen Lichte; man kann demnach auch theoretisch höchstens von einem Ueberstand von 2000 Personen sprechen, der aber praktisch unmöglich voll erspart werden kann, so fern die jetzigen Vorschriften für die Arbeitszeit aufrecht bleibt. Die Direktion ist im vollen Einvernehmen mit den ihre schwierige Aufgabe durchaus ernstnehmenden Vertrauensmännern der Beamten

Bediensteten und Arbeiterschaft worden sehr lange damit beschäftigt durch Ergänzungsmaßnahmen und Vermeidung von Neustellungen, also durch eine schärfere Diensterteilung dem Personalstand den bestehenden Vorschriften entsprechend einzuschränken. Dies geht schon daraus hervor, daß der Personalstand zu Ende Juni 1919 noch insgesamt 18.364 Personen betrug, so daß also innerhalb des letzten Jahres eine Verminderung um 1.641 Personen stattfand, was allerdings auch durch ein Sinken der Fahrgästekategorie ermöglicht wurde. Der hohe Personalstand im ersten Halbjahre 1919 war darauf zurückzuführen, daß unter Beibehaltung, bzw. bei nur sehr langsamem Abbau des Standes der weiblichen Kriegsaushelferinnen nicht nur die sämtlichen Winterhöfen ständigen Bediensteten (über 4.500 Personen) wieder eingestellt wurden, sondern auch eine sehr große Anzahl (über 1000) während des Krieges nur vorübergehend bei der Straßenbahn beschäftigter und dann eingedokteter Kriegsaushelferinnen aufgenommen worden sind.

Diese sozialen Maßnahmen, nicht aber irgendwelche Wirkkräfte sind daher die Ursache des hohen Personalstandes, der bei dem gleichzeitig eingetretenen Drosseln des Verkehrs naturgemäß

zu einem verhältnismäßig großen Ueberstand an Personal, insbesondere im P. A. Dienste, der sofort wesentlich geringer sein wird, wenn es wieder möglich sein sollte, die für die Bevölkerung so unbedingt notwendige Verdichtung des Verkehrs durchzuführen.

37 Millionen Ueberschreitungen beim Jubiläumsspital. Im Stadtrate kam es heute zu sehr heftigen Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen. Den Ausgang bildete ein vom StR. Breitner erstatteter Bericht über die für das Jubiläumsspital erforderlich gewordenen Zuschusskredite von über 37 Millionen Kronen und die Verbindung damit an den bisherigen Einrichtungen geübte Kritik. Der Referent führte aus, dass noch selten ein derart bedauerliches Versehen, dass die ganze Unhaltbarkeit der übernommenen Verwaltung aufgezeigt, den Stadtrat beschäftigt habe. Die ungeheuerlichen Ueberschreitungen, die sich beim Jubiläumsspitale zeigen, seien nach 2 Richtungen hin zu beurteilen. Zunächst, was das Budget recht der Gemeinde anbelange, das eigentlich vollständig ausgestaltet worden sei und auch in der Vergangenheit systematisch zu nichte gemacht wurde. Der größte Teil der Ueberschreitungen ist schon längst verausgabt worden, ohne dass überhaupt irgend ein Bericht erstattet, irgend ein Zuschuss beansprucht wurde. Die Ursache liegt darin, dass die Buchhaltung an und für sich sowie sie jetzt noch eingerichtet ist, erst nach 6 bis 8 Monaten vielfach auch noch oft viel später, die Buchung vollzieht, daher wieder eine ernst kontrolltätigkeit zu üben vermag, noch rechtzeitig, also eher die Ausgabe gemacht ist, die Bewilligung einholt. Wie krass die Dinge liegen, gehe auch deutlich daraus hervor, dass ein Zuschusskredit für das Versorgungshaus, der das Jahr 1918/19 betrifft, und nach den bisherigen Berechnungen nicht weniger als 7 Millionen Kronen ausmacht, überhaupt noch nicht zur Vorlage gekommen ist, sondern erst fertiggestellt wird. Im Jahre 1918/19 hat die Gemeinde für das Versorgungshaus insgesamt 390.000 K auf den statutarisch vorgeschriebenen Wege bewilligt, während 7 Millionen Kronen ohne jede Zustimmung verausgabt wurden, was nach dem Geldwert des Jahres 1918/19 vielleicht noch ungeheuerlicher ist als die heutigen Ueberschreitungen von 37 Millionen Kronen beim Jubiläumsspital. Ein ganz neuer Gemeinderat werde also jetzt Nachträge gutzuheissen haben, die aus einer längst abgelaufenen Verwaltungsperiode stammen, ohne dass es wirklich möglich ist, zwei Jahre später die Kontrolle über die Notwendigkeit der Ausgaben zu üben oder auch nur etwas an der längst vollzogenen Tatsache zu ändern. Die von der früheren Verwaltung durch Jahre hindurch geduldeten Zustände kommen einer völligen Ausschaltung des Gemeinderates gleich und es wäre, wenn man mit

einer Fortdauer dieser Verhältnisse rechnen müsste, besser die Mandate niederzulegen, da niemand eine wirkliche Verantwortung zu tragen vermag. Es muss indess bei diesem Anlasse festgestellt werden, dass die gegenwärtige Direktion der städtischen Buchhaltung den ernststen Willen hat, Ordnung zu schaffen, dass eine vollständige Reorganisation im Auge sei und mit 1. Juli auf ganz neuen Grundlagen, wie sie etwa in München und Berlin bestehen, sich vollziehen wird. Das vorliegende Referat beweise aufs neue, wie notwendig die Verwaltungsreform und die Schaffung einer Kontrollinstanz gewesen sei und es müsse bei diesem Anlasse die Erwartung ausgesprochen werden, dass die Stadtbuchhaltung alles aufbiete, um wirklich mit 1. Juli alle Rückstände zu bewältigen, um sodann auf Grund geordneter Verhältnisse zu arbeiten.

Die zweite Seite der Angelegenheit liege in den Ausgaben als solchen. Aus den Akten gehe hervor, dass im Jubiläumsspital zweifellos Misstände verschiedener Art bestehen, die sowohl auf persönlichem Gebiet als auch in den technischen Einrichtungen und in der unökonomischen Gebahrung zu suchen seien. Zunächst müsse darauf verwiesen werden, dass der Personalstand von 750 Personen gegenüber der Bettenanzahl von 990 ausserordentlich hoch ist. Ein Abbau müsse unter allen Umständen eingeleitet werden, der sich nicht in Form von Entlassungen und Pensionierungen zu vollziehen braucht, sondern dadurch, dass überschüssiges Personal in anderen Betrieben entsprechende Verwendung findet und die sich naturgemäss ergebenden Abgänge zur Herabminderung benützt werden sollen. Es könne sein, dass die Schaffung eines normalen Personalstandes eine gewisse Zeit, vielleicht sogar ein paar Jahre erfordert, doch müsse das Reformwerk unverzüglich und energisch in Angriff genommen werden. Ganz ungeheuerlich seien die Zustände, was den Kohlenverbrauch anlangt. Die Ziffern seien geradezu phantastisch und katastrophal. Für das Jahr 1919/20 ist die Beheizung mit nicht weniger als 10,617.000 K angesetzt wozu noch gewisse Summen aus der Rubrik Fuhrkosten hinzukommen, so dass sich auf jedes einzelne Spitalsbett eine Ausgabe von über 11.000 K ergibt. Auf jeden einzelnen Patienten entfallen Tag für Tag über 30 K Beheizungskosten, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass die Patienten nicht in einzelnen Zimmern sondern zumeist in Sälen zu 14, 16 und 20 Personen untergebracht sind. Da die Heizperiode nur einen kleinen Teil des Jahres umfasst, so ergeben sich für einen solchen Saal Auslagen bis zu 2000 K pro Wintertag. Die Schuld werde der technischen Anlage zugeschrieben in den Fernheizwerken, wo die Wärme auf viele Kilometer zugeführt wird und auf der Strecke ungeheuerliche Verluste entstehen. Überdies soll

die Zentralanlage die Absperrung einzelner Teile des Gebäudes als Sparmassnahme nicht ermöglichen. Es wird Sache der Erhebungen sein, festzustellen, ob dies zutrifft, oder ob nicht ganz oder teilweise andere Ursachen vorliegen, um im Zusammenwirken mit geeigneten technischen Organen Abhilfe zu schaffen. Der bequeme Weg, den die Spitalleitung geht, in dem sie in den Voranschlag für 1920/21 einfach 18 Millionen Kronen für Beheizung einsetze, also 18.000 K pro Bett und Jahr, sei ganz unmöglich und unhaltbar. In Betracht kommen auch die Verhältnisse bezüglich der Naturalverpflegung, die den Angestellten und zum grossen Teile auch ihren Angehörigen gegeben wird, wobei ein Tarif berechnet wird, der in gar keinem Zusammenhang mit den Selbstkosten steht. Für ein Rindfleisch werde K 1 für Braten K 2.--, für Gemüse 32 h, und für Mehlspeisen aller Art 40 h berechnet, und dabei wird auch für das Personal ohne Rücksicht auf die Fleischrationierung mehrmals in der Woche Fleisch verabfolgt. Wenn der Spitaldienst als ein besonders schwerer angesehen wird, so müsse durch Verwendung zulages eventuell ein Ausgleich geschaffen werden. Keineswegs aber in dieser verschleierte Form, bei der ohne jede Kontrolle Millionen ausgegeben werden. Bis zum Februar ds. J. waren übrigens die Ansätze noch um die Hälfte geringer und erst nach den langwierigsten Verhandlungen, ist diese Erhöhung zustande gekommen, wobei die Gemeinde unter Streikdrohung stand und zum nachgeben gezwungen war. Die Durchschnittskosten seit 1. Juli 1919 belaufen sich pro Tag und Bett auf 152 K. Wie ungeheuerlich dies ist könne man am besten darauf ermessen, dass in den staatlichen Krankenanstaltenfonds, die nicht durch ihre ökonomische Gebarung berühmt sind und infolge ihres Schuldenstandes besonders schwer arbeiten, die durchschnittlichen Kosten für das Verwaltungsjahr 1919/20 nach amtlichen Daten nur auf 56.50 K betragen. Selbst im ersten Quartal des Jahres, also in der Zeit der grössten Teuerung war die Ausgabenquote in den Krankenanstalten nur 75 Kronen. Hiezu sei noch zu bemerken, dass selbstverständlich Kohle, Koks, Holz, Mehl, Kondensmilch etc. von der Gemeinde zu den amtlichen Preisen zugewiesen werde.

Der Referent verweist ferner darauf, dass es im Jubiläumsspital ein Inventar nicht gebe, da seinerzeit bei Errichtung und Ausstattung des Baues im Jahre 1912 kein Inventar angefertigt worden sei und auch seither die Anlage eines solchen nicht erfolgt sei, was übrigens auch bei fast allen Betrieben dieser Art und auch für die Gesamtgemeinde zutrefte. Im Versorgungshaus Lainz bestehe wohl ein Inventar, doch sei es seit dem Jahre 1912 nicht mehr auf dem laufenden gehalten worden. Betriebsbuchhaltung gebe es keine,

sogar nicht im Versorgungshaus, wie wohl es sich dort nicht bloss um die Unterbringung und Verpflegung von alten Leuten handele, sondern auch eine große Tischlerei und Schneiderei betrieben werde, also ohne Inventar und ohne kaufmännische Buchhaltung. An der Einrichtung der Betriebsbuchhaltung werde jetzt überall gearbeitet und das habe eben den Anstoss gegeben, dass diese ausserordentlichen Ueberschreitungen noch früher, als dies sonst üblich ist, aufgedeckt worden seien.

Auf eine Zwischenbemerkung des StR. Biber (chr. soz.), woher das Geld genommen worden sei, legte der Referent dar, dass Anweisungen seitens der Kasse erfolge und dass auf diese Art in den Summen die noch zur Aufrechterhaltung des Gemeindehaushaltes für Mai und Juni bestimmt worden sind, zur Zahlung von Gehältern, Straßenerhaltung, Fortführung von Bauten etc. eben zum Teile aufgezehrt worden seien. Uebrigens stehe bezüglich des Versorgungshauses ein Zuschusskredit in Aussicht, dessen Ziffern bisher noch nicht festgestellt seien, der sich aber jedenfalls in der Höhe von einigen Dutzend Millionen Kronen bewegen dürfte.

Zum Schlusse komend sprach sich der Referent dagegen aus, dass etwa bloss ein städtisches Komitee zur Untersuchung eingesetzt werde. Davon sei eine Abhilfe nicht zu erwarten, da ein solches Komitee nicht, wie es notwendig wäre, Wochen hindurch an Ort und Stelle in jede Einzelheit einzudringen vermöge, sondern würde nur einen Bericht erstatten würde, dem keine Tat nachfolge. Es müsse hier eine verantwortliche Person bestellt werden, deren Aufgabe es sei, nicht nur diese eine, sondern alle Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde zu überprüfen, dauernd zu überwachen und in Verbindung mit einer Reihe von noch heranzuziehenden Fachmännern eine vollkommene Reorganisation anzubahnen. Als solche Persönlichkeit werde Generalstabsarzt Dr. Pick in Vorschlag gebracht, dem gerade auf dem Gebiete des Administrativen und Organisatorischen ein glänzender Ruf vorausgehe, der sich im Bezug auf die Landwehrspitäler und die Spitäler des Roten Kreuzes bei Behebung grosser Misstände, die sich in Bosnien und in Böhmen in den staatlichen Spitalverwaltungen gezeigt hatten, als eingemein scharfblickender Mann bewährt habe. Seine Anstellung solle für die Dauer von 2 Jahren erfolgen. Der genaue Wirkungskreis werde vom Bürgermeister zu vereinbaren sein.

An dieses Referat knüpfte sich eine mehrstündige, stellenweise zu turbulenten Szenen führende Auseinandersetzung, an der sich die christlichsozialen StR. Dr. Kienböck, Vaugoin, Biber, Körber und die sozialdemokratischen StR. Dr. Grün, Frau Seidel und der Referent beteiligten. StR. Vaugoin schob die Schuld an den Zuständen auf die Einführung des Achtstundentages bzw. auf

die Einrichtung, dass nach 24 stündigem Dienst eine 24 stündige Ruhepause folge. Überdies machen es die Betriebsverhältnisse unmöglich, dass wirkliche Reformen durchgeführt werden. Die Zahlung der Pensionisten/insbesondere seit unzulänglich und die Kosten sind eben einen Teil des Einkommens. Nicht ein Arzt sondern ein Kaufmann müsse die Reorganisation durchführen. Sehr stürmisch gestaltete sich die Auseinandersetzung während der Rede des christlichsozialen StR. Biber, der erklärte, dass das vorliegende Referat ein Beweis der völligen Unfähigkeit der sozialdemokrati-

sehen Verwaltung sei. Der wurden von der Seite der Sozialdemokraten die Rufe laut: "Diese Sauwirtschaft haben wir von Euch übernommen! Es ist eine unerhörte Kühnheit, der Sachverhalt so zu verdrehen. Sie müssen sich eigentlich in ein Maulloch verkleiden, anstatt hier die Anklager zu spielen." Die Christlichsozialen wendeten sich in scharfer Weise gegen Herrn Reumann, dem sie vorwarfen, in die Debatte als Vorsitzender eingegriffen zu haben. Diese heftigen gegenseitigen Vorwürfe dauerten minutenlang an und es kehrte nur allmählich Ruhe zurück. Dr. Grün (Soz.)

Dem) verwies darauf, daß man natürlich mit einem Defizit bei einem Spital rechnen müsse, daß es aber sicherlich gelingen könne, mindestens einen großen Teil der jetzigen Ausgaben zu ersparen. Besonders legte er dar, daß die Einzelnen der Hospitanten, die eigentlich dort nur zunächst ganz aus Gefälligkeit ^{die} kommen zu suchen, ~~maximal~~ ~~in~~ ~~verhältnismäßig~~ ~~großen~~ Kosten verursachen. Was der Generalstabsarzt Dr. Pick anlangt sei er zifellos gerade für die ihm gestellte Aufgabe der richtige Mann, da er ~~als~~ als Organisator sich auf einer Reihe der schwierigsten Posten ~~in~~ ~~vorzüglichster~~ Weise bewährt habe. Dr. Kienböck (chr. soz.) machte den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie zu spät daran gedacht hätten, die Buchhaltung umzuformen und daß auch das System der Täuschung, welches besteht, daß die Krankenkassen nur 12 % Kostenersatz leisten, an den Ueberschreitungen Schuld trage. Vor der Organisierung der neuen Gruppen sollte mit der Reform nicht begonnen werden. Es wäre besser ein Komitee einzusetzen, das die ganze Frage zu prüfen hätte. Wenn dem Dr. Pick auch ein sehr guter Ruf als Arzt vorausgehe, so handle es sich in dem Referate nicht um die Reform des ärztlichen Dienstes, sondern um ökonomische Fragen, und für diese sei er nicht kompetent, wie wohl nicht ganz bestritten werden könne, daß der Hinweis des Referenten, es würde sich die Spitalleitung der Einsetzung eines Laien noch viel schwerer fügen, ein gewisses Maß von Berechtigung hat.

In seinem Schlußworte, das gegen 3 Uhr gesprochen wurde, verwies Referent StR. Breitner darauf, daß er in der ruhigsten und sachlichsten Weise referiert habe, ohne sich viel auf die Fragen der Vergangenheit einzulassen, in der Annahme, daß eine

so katastrophale Notlage nicht bloß parteimäßig ausgeschreit werden soll, was gewiß leicht möglich gewesen wäre, sondern daß es sich in erster Linie darum handelt, die Uebelstände zu beseitigen. Leider habe die Opposition den Versuch unternommen, den Sachverhalt ins gerade Gegenteil umzukehren und da müsse er wohl in gleicher Weise erwidern. Niemand anderer als der Rechnungsrat der Gemeinde Wien Müllner habe in seinem gelegentlich der Gemeindeverfassungsänderung erstatteten Gutachten ganz klar dargelegt, wie die Verhältnisse liegen. Diese autonome Persönlichkeit habe im Ausschuss behauptet und es ist dies auch in dem gedrucktem Protokoll nachzulesen, daß im allgemeinen 6- bis 8 Monate verfließen, ehe die Löhungen erfolgen können. „Durch diesen Mangel in der Organisation wird das Kontrollrecht der Gemeinde stark behindert, wenn nicht unmöglich gemacht.“ Müll-

ner habe weiter wörtlich erklärt: „In der Privatwirtschaft kann eine solche Buchhaltung zur Insolvenz wenn nicht zum Konkurs führen.“ Ferner hat der Genannte folgendes festgelegt: „Was die Inventarsgebarung im Gemeindehaushalte, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Materialien, betrifft, daß so bemerke ich, daß hierüber nur ein rudimentäre Aufzeichnungen bestehen. Eine ständige Buchrevision und eine wirtschaftliche Kontrolle wird durch die Stadtbuchhaltung nicht ausgeübt.“ Angesichts dieser Feststellungen eines hohen kommunalen Beamten sei eine Oerterung, wer an diesen Verhältnissen die Schuld trage, vollkommen überflüssig. Mit der Reorganisation dürfe nicht einen Tag gewartet werden, wobei es natürlich ist, daß Dr. Pick für seine schwere Reformarbeit gewiß noch die geeigneten Fachleute, Techniker etc. heranziehen werde.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Referenten auf Bestellung des Generalstabsarztes Dr. Pick zur Ueberprüfung aller städtischen Humanitätsanstalten und Mitarbeit an der Reorganisation genehmigt und dem Zuschußkredit von 37,768.220 K ~~maximal~~ unter nachdrücklichem Hinweis auf diese Bestellung und die noch dem Dr. Pick vorzunehmende Ueberprüfung die Genehmigung erteilt.

.....

Feierliche Eröffnung der „Meisteraufführungen Wiener Musik.“ Die von der Gemeinde Wien veranstalteten Meisteraufführungen Wiener Musik werden am 26. Mai in feierlicher Weise ihren Anfang nehmen. Für diesen Tag um 12 Uhr mittags ist im Gemeinderatssitzungssaal eine Festversammlung geplant, zu der die Spitzen der staatlichen Behörden, der Landesregierung, die Mitglieder der ausländischen Missionen, die Stadt- und Gemeinderäte, die Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherstellvertreter, die in- und ausländische Presse, die bei den Veranstaltungen mitwirkenden Solisten und Korporationen, die Oberbeamten des Magistrates sowie der erweiterte Ausschuss der Veranstaltungen geladen sein werden. Bgm Reumann wird die Bedeutung der Veranstaltungen in einer Ansprache würdigen und daran wird sich ein Rundgang durch die städtischen Sammlungen schliessen in denen eine Ausstellung musikhistorischer Objekte veranstaltet wird. Vom Turm des Rathauses wird der Bläserchor des Operntheaters eine Fanfare zum Vortritt bringen. Am Abend findet sodann die erste Vorstellung im Rahmen der Veranstaltungen „Cosi fan tutte“ neuinszeniert und geleitet von Richard Strauss in der Staatsoper statt.

.....

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 22. Mai 1920, Nr. 172.

Margarineabgabe. Vom 23. bis 25. Mai werden bei den Adressierten Schreibwarenabgabestelle per Person 2 kg Margarine zum Preise von K 12.72 gegen Anweisung der Reichsanleihe Nr. 93 und der beiden Abrechnungen Nr. 93 für nachfolgende Person per Karte abgegeben. Ganzes für die Branche erhalten 2 Uhr Scherenschnitt zum Preise von K 3.20.

Verpflichtung der Kinderzüge. Der Kinderzug zu Maffland, der gestern (Freitag) abkam, sollte heute (Samstag) nachmittag an der Bahnhofsstraße abfahren. Der Zug wird aber nicht abfahren, da die Eisenbahnverwaltung die Abreise von Wien nach Maffland nicht genehmigt hat.

Petroleum- und Holzabgabe. Vom 25. Mai bis 30. Juni werden in der Petroleumbereitungsanstalt die Bestände an Petroleum für den Verbrauch der Haushalte und für die Industrie abgeben. Die Preise sind die gleichen.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Die Meisteraufführungen Wiener Musik veranstalten in nächster Zeit die Museen der Stadt Wien. Die ersten Aufführungen werden am 25. d. M. mit dem Beginn der Veranstaltungen der Meisteraufführungen am 26. d. M. für den allgemeinen Besuch geöffnet.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 22. Mai 1920, Nr. 173.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtrat hält Donnerstag und Freitag vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Geschäftsitzung zusammen.

Straßenbahnverkehr in die Freudenau. Mit dem Beginn der heurigen Rennsaison in der Freudenau wird ein Straßenbahnverkehr an Renntagen in die Freudenau durchgeführt. Nach den geltenden Tarifbestimmungen beträgt der Preis für eine Fahrt auf der Straßenbahn in die Freudenau ab Schlachthausbrücke an Renntagen in der Zeit von 12 bis 9 Uhr K 0.10.

Kinderzug nach Sachsen. Die Abfahrt des Kinderzuges nach der Provinz Sachsen, welche am Montag, den 24. Mai von Wien - Westbahnhof erfolgen sollte, wurde auf Dienstag, den 25. Mai, 11 Uhr vormittags verschoben. Die Kinder versammeln sich Dienstag um 8 Uhr früh auf dem Westbahnhofe.

Für Kleingärtner. In der Kleingartenabgabestelle XIV., Zollernspergasse 3 werden an Kleingärtner Bohnen (1 kg 28 K), Erbsen (1 kg 30 K) abgegeben. Außerdem sind preiswerte Gartenwerkzeuge, Holzbottiche (400 Liter Inhalt) pro Stück K 100.- u.s.w. lagernd. Bewerbende haben sich mit der Packkarte auszuweisen.

Zerwerb. Vom 23. bis 29. Mai Kathreiner Malzkaffee per Paket K 11.40. Textilwarenabgabestelle: Arbeitsmäntel, Herren-Molinchemden, Herren-Leibchen, Herren-Molino-Unterhosen, Herren Handschuhe, Kinderkappen, Chiffon, Servietten, Handtücher und Zwärn. Außerdem die bereits kundgemachten Artikel. Abgabe ab Mittwoch und nach Maßgabe der Vorräte. Die Brennstoffabgabe wird in der bereits verlaublichen Weise fortgesetzt.

Von den städtischen Sommerbädern. Außer den bereits eröffneten Bad am Gärsehäufel sind nachstehende Sommerbäder in Betrieb: Die Strömung im Donaukanal, die Strandbäder Alte Donau, Stadlau, und Aspern, das Strom-Luft- und Sonnenbad Kuchelau und das Voll- und Schwimmbad in Hütteldorf. Die Bäder erfreuen sich eines äußerst regen Besuches. Während der Wintermonate wurden die Umkleegelegenheiten in fast sämtlichen Sommerbädern vermehrt, so daß eine Ueberfüllungsgefahr kaum zu befürchten ist. Das Strandbad Stadlau, das in Stadlau nächst den Napoleonschanzen gelegen ist, wurde zu einem Familienbad ausgestellt und wird sich infolge seiner ruhigen Lage als Sommerfrischenerersatz besonders eignen.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Ferdinand Löwe leitet am 29. Mai im grossen Konzerthausaal einen Brucknerabend. Programm: A. Bruckners 3. Symphonie, F-moll Messe. Soli: Klara Usil, Glawitschnigg, Fäbl, Fukar; Chor Sängerkademie und Sinfonieorchester. - Sonntag, 31. Mai, 12 Uhr mittags grosser Musikvereinsaal: philharmonisches Konzert, Dirigent Dr. Richard Strauß. Mahler 4. Symphonie - Richard Strauß „Also sprach Zarathustra“; Sopransolo Elisabeth Schumann. Für dieses Konzert gibt sich besonderes Interesse kund, umso mehr als Mahlers 4. Symphonie auf besonderen Wunsch des Dirigenten Dr. Strauß aufgeführt wird, der die Aufführung in Berlin geleitet hat. Am Abend: Grosser Konzerthausaal Junge Wiener Komponisten (Szell, Kauder, Scholz, Weigel); Dirigent Szell, mitwirkend Klitsch, Hugo Gottesmann, Wiener Sinfonieorchester.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 25. Mai 1920, Nr. 174.

Rückkehr der Kinder aus Oberitalien. Samstag abends sind in Wien unter Führung des Bürgermeisters Caldara von Mailand zwei Züge angekommen, die die letzten tausend Kinder aus Italien nach Wien zurückgebracht haben. Das Aussehen der Kinder ist das denkbar beste, sie sind alle gesundheitlich außerordentlich erholt und waren fast durchwegs mit neuen Kleidern, Schuhen und auch Hüten ausgestattet. Mit den Kindern ist auch eine grössere Abordnung der Stadt Mailand erschienen, Die Züge wurden in Namen der Stadt Wien von VB. Winter empfangen und Bürgermeister Caldara als Gast der Stadt Wien ins Hotel geleitet. Die Herren aus Mailand haben den Pfingstmontag und den heutigen Tag dazu benutzt, um die Arbeiterquartiere Wiens zu besuchen und sich dort nach den Wohnungsverhältnissen umzusehen. Heute vormittag erschienen die Herren im Rathause, um Bgm. Reumann einen Besuch abzustatten. Bgm. Reumann begrüßte sie mit einer Rede, auf die in begeisterten und begeisternden Worten Bürgermeister Caldara antwortete, dem die Idee, Wiener Kinder nach Italien zu nehmen, zu verdanken ist. Seiner Tatkraft ist es in erster Linie zu danken, dass die Aktion einen so grossen Umfang angenommen hat. Ihn galt auch in erster Linie der Dank des Bgm. Reumann, den übrigens Bürgermeister Caldara allen italienischen Müttern und Vätern im Namen der Stadt Wien übermitteln wird. - Morgen wird Bürgermeister Caldara mit seinen Begleitern der Eröffnung der Meisteraufführungen Wiener Musik im Rathause beiwohnen. Nachmittag verlassen die Damen und Herren aus Mailand wieder Wien.

Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Vor kurzem hielt der Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien seine 8. Vollversammlung ab. Die Tätigkeit des Vereines im 8. Geschäftsjahre war eine sehr rege. Der Verein weist im letzten Geschäftsjahre eine Kreditsumme von K 2,290.400.- auf. Die Zahl der im Jahre 1919 eingereichten Gesuche betrug um 518 mehr als im Vorjahre. Der Gesamtumsatz des Vereines hob sich auf 2.009,086.435 K und ist gegen das Vorjahr um mehr als 1½ Milliarden Kronen gestiegen. Die Geschäftsgelung ergab ein Reinertragnis von K 149.015. Die Betätigung des Vereines als Zahlstelle der Wiener Lebensmittelverkehrs-gesellschaft „Wileg“ erfuhr eine Erweiterung und brachte infolge der Wertsteigerung aller zur Ausgabe gelangenden Waren eine bedeutende Erhöhung der Umsatzziffer. Im Zusammenhang damit, wuchs auch der Stand der Kreditoren, der am Schluss des Jahres K 15,297.683 erreichte. Die in der vorjährigen Generalversammlung beschlossene Erhöhung der Maximalkreditsumme auf 100.000 K wurde in der letzten Hauptversammlung auf 200.000 K beschlossen, dies deshalb, um den Verein in die Lage zu versetzen seinen Mitgliedern auch weiterhin die wünschenswerte Förderung bieten zu können. Am

Schlusse der Vollversammlung sprach der Vorsitzende M. Kainz allen, die ihre Mitarbeit und Unterstützung dem Vereine angedeihen liessen, vor allem der Gemeinde Wien, den Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Verein auch in Zukunft gedeihlich im Interesse seiner Kreditnehmer wirken möge.

(Enkplatz 2)
Liebesgaben im 11. Bezirk. Das Frauenarbeitskomitee dieses Bezirkes/verteilt morgen Mittwoch von 8 bis 12 Uhr an den Buchstaben K und von 1 bis 5 an die anderen Buchstaben Lebensmittel. Beteiligt werden Familien mit drei Kindern, die noch keine Lebensmittel bekommen haben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mische.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 26. Mai 1920, Nr. 175.

Festliche Eröffnung der „Meisteraufführungen Wiener Musik.“ Die von der Gemeinde Wien veranstalteten Meisteraufführungen Wiener Musik wurden heute mittags in feierlicher Weise eröffnet. In blumengeschmückten Gemeinderatssitzungssaale versammelten sich die zahlreichen Festgäste. Erschienen waren Mitglieder der ausländischen Missionen, der argentinische Gesandte de Perez der französische Konsul Graf de St. Sauveur, der Liechtenstein'sche Gesandte Dr. Eduard Prinz von Liechtenstein, die Spitzen der staatlichen Behörden (die Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre) Staatssekretär Glöckel in Vertretung des Staatskanzlers Dr. Reuner, der Präsident der Nationalversammlung Seitz, Eldersch, Ellenbogen, Paul, Dr. Tandler, Dr. Weiss, die Spitzen der Landesregierung Landeshauptmann Sever, Landeshauptmann-Stellvertreter Steiner und Landeshauptmannstellvertreter Wiedholz, Polizeipräsident Schober, die Vizebürgermeister Emmerling, Hoss und Winter, von den Komponisten Bittner, Kalbeck, Kienzel, Lafite, Schrecker, Strauss, Weingartner, zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte, die Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Vertreter der in- und ausländischen Presse die bei den Veranstaltungen mitwirkenden Solisten und Korporationen, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, die Oberbeamten des Magistrates, sowie der erweiterte Ausschuss der Veranstaltung.

Bgm. Reumann hielt von der Präsidentenstraße des Gemeinderatssitzungssaales an die versammelten Festgäste folgende Ansprache:

Hochansehnliche Versammlung! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Meisteraufführungen Wiener Musik nehmen heute ihren Anfang. Sie finden statt in einer Zeit, in der die gesamte öffentliche Meinung des In- und Auslandes die Frage stellt, ob der Wiederaufbau Wiens möglich ist. Sie finden statt in einer Zeit, in der ein überwiegender Teil der Bevölkerung Wiens unter der Nachwirkung des furchtbarsten aller Kriege schwer leidet und wenig Sinn für Festheit. Die Meisteraufführungen Wiener Musik sollen aber nicht ein Fest im alltäglichen Sinne des Wortes sein. Sie wollen aufzeigen, was Wien als Musikstadt bedeutet. In dem Wollen und Können einer auserlesenen Künstlerschar ist die Bürgerschaft gelegen, dass die Aufführungen zum künstlerischen Ereignis werden, Zeugnis ablegend von der hohen musikalischen Kultur Wiens, die bleibend ist und der Stadt die Lebensfähigkeit, die Lebensmöglichkeit für alle Zeiten sichert. Die Meisteraufführungen Wiener Musik sollen den Ruf Wiens als Musikstadt weit über unsere so enge gewordenen Landesgrenzen hinaus neu festigen und stärken. Wie die alten Meisterheroen der Donau Wien liebten, wie sie Schaffensfreude aus dem Wiener Volksleben schöpften, so hängen Musiker und Sänger, schaffende Künstler der Neuzeit an Wien, trotz aller Demütigungen, die dieser Stadt so reichlich zuteil geworden sind. Die bevorstehenden Aufführungen werden zu einem wahren Feste reinsten musikalischen Genusses werden für alle, die Gelegenheit haben, den Aufführungen beizuwohnen.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man von Wien der Musikstadt spricht. Die Pflege der Musik war hier stets heimisch und, wenn es eine Zeit gab, in der italienische Musik den Vortritt hatte, so dass deutsche Tonkünstler in italienischen Stile komponierten, so erhielt doch österreichische Musik ihre Weihe als die unvergänglichen Werke Mozarts in Wien zur Aufführung gelangten. Es war eine Zeit, in der österreichische Tonkunst zur höchsten Blüte gelangt war, angebrochen und sie vereinte in Wien ihre hervorragendsten Repräsentanten. Haydn war wieder nach Wien gekommen, Beethoven nahm dauernden Aufenthalt und aus allen Teilen der Welt strömten berühmte Tonkünstler nach Wien. Was in dieser Periode geschaffen wurde, wird immer wieder aufs Neue bejubelt. In der Musik war Wien immer international. Da gab es keinen Chauvinismus. Eine Wiener Spezialität ist die Pflege der Kirchenmusik von den ältesten Zeiten bis in die Gegenwart. Im Rahmen der Meisteraufführungen wird Kirchenmusik zur Aufführung gelangen und Mozart, Bruckner, Haydn zur Gehör gebracht. Reine Wiener Musik, das romantische Wien - wenn ich so sagen darf - wird in der

Wiedergabe von Werken unseres unvergesslichen Franz Schubert geboten. Die heimische Volksmusik, den Herzen des Volkes entzupfen, der Liebe zum Volke geweiht, wird davon Zeugnis ablegen, dass Wien eine Musikstadt im wahrsten Sinne des Wortes war und ist. Die Klassiker der Tanzmusik fehlen nicht und der Operette ist ein breiter Raum eingeräumt. So sollen die Meisteraufführungen ein Spiegelbild dessen geben, was Wiens Volk liebt und mit heisser Liebe pflegt. Neben der historischen wird die Neuzeit in Werken der Tonkunst hervorragender Meister gewürdigt werden. In allen Aufführungen wird immer wieder eines den Hörern zum Bewusstsein kommen: Wien, die Musikstadt, die Grosses, Herrliches zu bieten vermag, darf nicht dem Untergang geweiht werden.

Und so begrüesse ich als Bürgermeister dieser Stadt die Damen und Herren, die erschienen sind, auf das herzlichste. Ich danke den akademischen, kirchlichen und staatlichen Behörden, die einen würdigen Rahmen den Meisteraufführungen zur Verfügung stellten, wärmstens. Der Künstlerschaft, die aufgegeben ist, der Stadt Wien den Welttrug als Musikstadt neuerlich zu sichern, spreche ich von vornherein den innigsten Dank der Stadt aus, und ich darf wohl sagen, den heissen Dank der gesamten Wiener Bevölkerung. Welche Liebe in den Herzen des Wiener Volkes für die Wiener Künstler aufgespeichert ist haben sie reichlich genug erfahren bei jeder Veranstaltung. Dieser Liebe können sie gewiss sein jetzt und in allen Zeiten.

Die Meisteraufführungen Wiener Musik seien nun eröffnet mit einer Berücksichtigung der Kunstreligion, wie sie die Stadt Wien in ihren städtischen Sammlung seit langer Zeit aufbewahrt hat. Sie bieten den musikliebenden Kreisen mannigfaches Interesse und gewiss auch hohe Befriedigung. Sie wollen aber auch mehr sagen, denn sie zeigen, dass, wie in Wandel der Zeiten sich auch immer das äussere Bild verändert haben mag und Ansichten und Meinungen wechseln - die Liebe der Stadt Wien zur heimatlichen Kunst und insbesondere zu ihrer Musik niemals auch nur vorübergehend versiegt, sondern das Unwandelbare geblieben ist in Wechsel der Zeit. Die kleine Ausstellung bietet eine Auswahl aus selten gesehenen Objekten der Bestände der Musikaliensammlung. Sie finden Mozart, Beethoven und Schubert sowie zahlreiche ihrer Zeitgenossen in Handschriften, Originalausgaben, Frühdrucke und Briefen vertreten. Die folgende Zeit der Wiener Kapellmeistermusik ist in besonderem durch die Namen Seyfried, Flotow, Kreutzer abgedeutet. Es fehlen auch nicht die beiden Wiener Meister, die später in der Kunstmusik die Führung übernahmen und mit Wien verknüpften: Brahms und Bruckner. In reicher Auswahl sind Lanner, Josef Strauss, Vater und Sohn, sowie Wenzel und Adolf Müller vorhanden. Den Rahmen der Ausstellung bildet das Musikzimmer des historischen Museums mit seinen einzigartigen Kostbarkeiten, den noch eine Reihe von Bildern angefügt ist, die auf Wiens Vergangenheit als Musikstadt hinweisen. Ich bitte die verehrten Anwesenden die Güte zu haben, einen Rundgang durch die musikhistorische Ausstellung der Stadt Wien anzutreten.

An die Rede des Bürgermeisters schloss sich ein Rundgang der Festgäste durch die städtischen Sammlungen, in denen die musikhistorische Ausstellung untergebracht ist. Zugleich mit der Rede des Bürgermeisters trug von der Turmloggia des Rathauses ein Bläserquartett der Staatsoper Fanfaren vor, die nach Aussen hin die Eröffnung der Meisteraufführungen Wiener Musik anzeigten

Kinder aus Bayern. Samstag, den 22. um $\frac{1}{2}$ 2 Uhr früh kommt am Westbahnhof ein Zug mit Caritas-Kindern aus Bayern an. Die Kinder waren in der Oberpfalz, in der Gegend von Regensburg, Rosenheim, Dandorf, Traunstein, Reichenhall, Holzkirchen, Pfaffenhofen und München untergebracht. Da in vielen Fällen eine Verständigung der Eltern durch die Post nicht möglich ist, werden die Eltern auf diesem Wege ersucht sich rechtzeitig am Westbahnhof einzufinden.

Ein Versprechen, das über allen Parteien steht: Dass niemals mehr gegenüber einem Kinde ein Wort des Hasses gegen ein anderes Volk gesprochen wird.

Diese Worte beinhalten den Leitgedanken der Rede, die gestern der Bürgermeister von Mailand Caldara anlässlich eines Empfanges der Vertreter der Wiener Presse gehalten hat. Bürgermeister Caldara hat am Samstag die letzten Wiener Kinder aus Oberitalien nach Wien gebracht, die dort über seine Anregung seit Dezember zur Erholung untergebracht waren. Vor seiner Abreise lud Bürgermei-

ster Caldara die Vertreter der Wiener Presse zu sich und richtete an sie eine Ansprache, in der er u.a. ausführte: Nicht die Wiener Bevölkerung soll den Mailändern danken für die Aufnahme der Kinder, sondern die Mailänder danken den Wienern, dass sich ihnen Gelegenheit geboten hat, beizutragen zur Erziehung der Menschheit zu den Idealen der Brüderlichkeit. Zwei Pflichten seien hierin zu unterscheiden: Die Bekräftigung der sozialen Idee und das Bestreben der Meinung anderer Parteien näherzutreten. Und wenn es überhaupt einen Augenblick gibt, indem die Regnerschaft eliminiert werden kann, so ist dies bei den Aktionen für die Kinder. Was hier getan wird, ist ein Symbol zur Erziehung zu den höheren Idealen der Brüderlichkeit. Was wir versprochen haben, das haben wir gehalten. Vier Monate waren ^{3.000} Kinder bei uns in Oberitalien, die wir alle zurückgebracht haben, bis auf 4, die in Italien gestorben sind. Wir geben die Kinder mit derselben Liebe ihren eigenen Hände zurück, wir haben dieselbe Liebe zu ihnen, zu ihrer Sprache und zu ihrer Familie als zu unseren Kindern. Als ich die Tränen der Kinder sah, als sich diese von ihren Pflegeeltern trennen mussten, und als ich die Tränen der Pflegeeltern, Männern und Frauen sah, da habe ich begriffen, dass wir einen grossen Schritt zur Völkerverbrüderung getan haben. Wir sind bereit das Werk nochmals zu wiederholen. Obwohl ich Ihre Sprache nicht verstehe, habe ich, als ich in den Strassen Ihrer Stadt gewandelt bin, gefühlt, dass keine Gegensätze zwischen uns und Ihnen herrschen und dass alle Hasserscheinungen des Krieges aufgehört haben zu sein. Alle mögen diese Gefühle weiter pflegen und niemand von uns möge jemals gegenüber einem Kinde ein Wort sagen, das wie Hass klingen könnte. Ich verspreche das und versprechen das auch Sie. Das ist ein Versprechen, das über allen Parteien steht: Dass niemals mehr gegenüber einem Kinde ein Wort des Hasses gegen ein anderes Volk gesprochen wird.

Vb. Winter wies in seiner Ansprache darauf hin, wie gut es die Kinder in Italien hatten und wie sie nur Worte der Liebe zu hören bekamen. In der Kolonie Spotorno waren 150 Wiener Kinder neben italienischen Kindern untergebracht, deren Väter in Kriege von österreichischen Kugeln getroffen wurden. Den Kindern müsse der Gedanke der Brüderlichkeit und der Liebe eingepflanzt werden, auf dass sich über die Trauer der Kinder und über die Gräber der Väter hinweg die österreichischen und italienischen Väter die Hände reichen.

Als Sprecher der Vertreter der Wiener Presse dankte Redakteur Herzog dem Bürgermeister Caldara für die freundliche Einladung und versprach im Sinne der Ausführung des Bürgermeisters zu wirken und die heilige Pflicht zu übernehmen als Pioniere des Gedankens, die Bürgermeister Caldara ausgeführt hat, in der Öffentlichkeit zu wirken.

Ein Vertreter der Mailänder Eisenbahner sprach ebenfalls Worte der Brüderlichkeit und Liebe und betonte, dass es die Eisenbahner nicht zulassen werden, dass Kriegsmaterial befördert werde, worauf der Empfang sein Ende nahm.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 26. Mai 1920. - Abendausgabe.

Ad Eröffnung der Meisteraufführungen.

In der Rede des Bürgermeisters ist nach dem Danke an die Behörden und vor dem Danke an die Künstlerschaft einzufügen:

Joh danke der Wiener Presse, die sich in den Dienst der Sache gestellt hat.

.....

Abreise des Bgm. Caldara. Bgm. Caldara von Mailand mit seinem Stabe, insbesondere den Assesoren Gai und Dr. Sciari haben heute Nachmittags Wien wieder verlassen. Auf dem Bahnhofe hatten sich etwa 20 Wiener Kinder begleitet von ihren Eltern eingefunden, die angetan waren mit den schmucken Kleidern, die sie in Italien erhalten hatten, um ihren Guts Gastgebern spontan ein Lebewohl zu sagen. Die Kinder hatten auch Blumen mitgebracht und sagten einige italienische Dankesworte. Vicebgm. Winter dankte im Namen des Bürgermeisters und der Stadt Wien den Italienern noch einmal für die Liebe und Güte, die sie den Wiener Kindern erwiesen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass wir unsere italienischen Helfer und Freunde im Herbste ~~würd~~ wiedersehen werden, wenn es das italienische Klima möglich mache, wieder Kinder nach dem sonnigen Süden zu bringen. Bgm. Caldara gab seinerseits der Hoffnung Ausdruck, dass dies Wien im Herbste nicht mehr nötig haben werde, wenn es aber sein sollte, möge Wien weiter mit der Freundschaft des italienischen Proletariates rechnen.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu
Wien, I. Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 27. Mai 1920, Nr. 176.

Die Stellung Wiens nach den Vorschlägen des Deputierten Margaine. In der heutigen Stadtratsitzung kam Dgn. Peurmann auf das Referat des Deputierten Margaine in der französischen Kammer über den Friedensvertrag zurück und führte aus: In dankenswerter Weise hat Herr Margaine, Berichterstatter der französischen Kammer für den Friedensvertrag mit der Republik Oesterreich versucht, sich während eines leider nur kurzen Aufenthaltes in Wien, ein selbstständiges Bild von Lebensmöglichkeiten unserer Stadt und Oesterreich zu schaffen. Naturgemäß konnte Herr Margaine nicht völlig in die schwierigen Zusammenhänge unseres durch die Verteilung der Monarchie hart mitgenommenen Wirtschaftslebens eindringen. Waren österreichische Verhältnisse schon in Frieden für Aussenstehende ein nur selten ganz erfasstes, verwickeltes Problem, so ist dieses seit dem Zusammenbruche jedenfalls auch für scharfsinnige Beobachter undurchdringlich geworden, wenn sie sich nicht durch langen Aufenthalt von vorgefassten Meinungen befreien konnten. Dass aber Deputierter Margaine sehr in Banne unserer tschechischen Nachbarn steht, das beweisen die ihm zugeschriebenen Aeusserungen über Pressburg als Mittelpunkt des Donauverkehrs und Zentrum des Eisenbahnverkehrs.

Hier handelt es sich um eine Lebensfrage Wiens und man muss daher die Angelegenheit sachlich untersuchen. Der Gedanke, das ursprünglich und zum Nutzen aller Völker Altösterreichs klaglos betriebene Eisenbahnnetz wieder einheitlich zu betreiben, ist verlockend und sollte weiter verfolgt werden. Dabei muss aber auch künftig den natürlichen Grundlagen Rechnung getragen werden, auf welchen sich der österreichische Eisenbahnverkehr entwickelt hat. Die Natur und nicht staatlicher Wille haben den Technikern die Liniennetze vorgezeichnet, entlang deren die grossen Schlagadern des Verkehrs gelegt worden sind. In den den Kriege vorangehenden acht Dezennien sind die grossen österreichischen Eisenbahnen entstanden; schon 1838 - 1839 wurde die Nordbahnstrecke Wien - Brünn als ungemein leistungsfähige Hauptbahn mit kleinstem Bogen von 759 Meter und nur drei Tausendstel Steigerung angelegt, 1841 - 1844 die Südbahnstrecken Wien - Feunkrichen und Mürzzuschlag - Graz erbaut, der 1854 das Schlussglied in der weltbekannten Semmeringstrecke zugefügt wurde. Damit war eine Hauptader des europäischen Verkehrs geschaffen die von Böhmen zwanglos über Wien an das adriatische Meer führt. Ebenso zwanglos legt sich die West-Ostlinie - Schweiz - Ungarn über Wien. - Und nun soll nicht länger dieses Jahrtausende alte Kultur- und Handelszentrum Mittelpunkt des Eisenbahn- und Donauverkehrs der Länder des ehemaligen Oesterreich-Ungarn sein! - Pressburg, die unbedeutende Stadt an der Donau mit 80.000 Einwohnern ohne nennenswerten Hafen, ohne leistungsfähige Nord- und Südbahn soll den naturgegebenen Kreuzungspunkt der zwei stärksten Verkehrsrichtungen (Ost-West, Nord-Süd) ersetzen können? - Ist es plötzlich aus dem Gedächtnisse ausgelöscht, dass Wien 1869 - 1875 mit enormen Goldaufwand der Donau ein neues Bett gegraben und seine hochwertigen Hafenanlagen seither ununterbrochen ausgestellt hat? - Kann man vernünftigerweise eine Zweimillionenstadt links liegen lassen und eine unbedeutende künstlich zum Mittelpunkte eines Handelsverkehrs machen, zu dem für die Natur die Vorbedingungen versagt hat? Wird jemand daran denken wollen, Venedig oder Montreux anstelle von Paris zum Verkehrszentrum machen zu wollen? - Ist das zusammengebrochene Mitteleuropa reich genug, um die Verkehrsanlagen Wiens unausgenutzt zu lassen und in einer Zeit wahn-sinniger Lohn- und Materialteuerung an schlechterer Stelle neue zu schaffen? - Es würde Pressburg doch nicht leben und Wien nicht sterben können.

Wenn Verkehrsanlagen prosperieren sollen, müssen sie unpolitisch geführt werden; Pressburg als Verkehrszentrum auffassen zu wollen, kann jedoch nur politischen Rücksichten entspringen. Von den Eisenbahnfachleuten ist dargelegt worden, dass die von Pressburg in Richtung Landenburg ausgehende Sekundärbahn mit 15 % Steigung und kleinen Bahnhöfen für die von slavischer Seite angestrebte Korridorbahn Pressburg - Adria höchst ungeeignet ist. Pressburg selbst ist und bleibt ein ungünstiger Punkt für alle Eisenbahn- und Hafenanlagen, da dort die kleinen Karpathen an die Donau herantreten und es ist daher kein Zufall, dass die Verkehrsanlagen Pressburgs nur von untergeordneter Bedeutung werden konnten. Es ist hier wohl bekannt, welche grosse Hoffnungen Frankreich, nunmehr im Besitze der reichen Kohlen- und Erzbecken von Elsass-Lothringen und einer leistungsfähigen Industrie, an die mitteleuropäische Wasserstrasse Rhein-Main-Donau knüpft. Frankreichs Hoffnungen, donauabwärts zu exportieren, können sich aber unmöglich mit der Verödung Wiens vereinbaren lassen. Wien ist das natürliche Ausfallstor des Handels nach dem Osten. Frankreich wird nur seine eigenen Interessen vertreten, wenn es dies erkennt, nicht an einem niedergebrochenen Wien vorbei soll Frankreichs Handel neue Wege mühsam suchen. Alle grossartigen Einrichtungen dieser uralten Handels- und Hafenstadt, dieses europäischen Verkehrszentrums soll es sich nutzbar machen! Hier stehen schon jetzt 11 km Lände zur Verfügung und in allen Gleisanlagen, Kranen und Speichern, welche bereits ein Jahresverkehr von 2 Millionen Tonnen bewältigen. 17 km neue Länden sind am linken Donauufer in Vorbereitung begriffen und alte Donauarme werden die billigen weiteren Hafenbecken abgeben können. Weder Pressburg noch selbst Budapest haben ähnliches aufzuweisen.

Nochmals sei es gesagt: Frankreich wird seinen Handel schädigen, wenn es Wien veröden hilft, es wird seinen Donauinteressen nützen, wenn es von den Verkehrseinrichtungen und der Arbeitskraft dieser Zweimillionenstadt intensiven Gebrauch macht.

++ ++ ++ ++

Sehr geehrter Kollege! Zu diesem Bericht liegt der heutigen Ausgabe der Korrespondenz noch ein ausführlicherer Bericht „Stellungnahme der Stadt Wien zu den Vorschlägen des Deputierten Margaine wegen Schaffung einer gemeinsamen Eisenbahnverwaltung für die Teilstaaten der bestandenen österreichischen ungarischen Monarchie mit dem Sitze in Pressburg“ bei.

Das Organisationsstatut für die städtischen Unternehmungen. Der Gemeinderatsausschuss zur Durchführung der Verwaltungsreform hielt heute unter den Vorsitze des VB. Hoos und des GR. Skaret eine Sitzung ab, der die Direktoren der städtischen Unternehmungen zugezogen waren. Der Referent GR. Dr. Danneberg legte einen Entwurf eines Organisationsstatutes für die Unternehmungen vor. Dieses Statut regelt die Verwaltung und bestimmt den Wirkungskreis der Direktionen, der Ausschüsse, des amtsführenden Stadtrates, des Stadtsenates und des Gemeinderates. Es enthält eine Reihe von abweichenden Bestimmungen von den allgemeinen Bestimmungen des Gemeindestatutes. Die Generalkompetenz hat nicht wie sonst in der städtischen Verwaltung der Ausschuss, sondern für jede Unternehmung deren Direktion. Die Geldbeträge, welche für die Kompetenzgrenzen massgebend sind, sind anders festgelegt als in der allgemeinen Verwaltung. Die Reform wurde in Ausnahmese mit einer Reihe von Aenderungen zum Beschluss erhoben. Die meisten Beschlüsse wurden einstimmig gefasst, nur in Bezug auf die prinzipielle Festsetzung, dass die Sitzungen des Ausschusses für die Unternehmungen als vertraulich zu erklären sind, ergaben sich Meinungsverschiedenheiten. Der Ausschuss beschloss mit Mehrheit, dass der Ausschuss für die Unternehmungen das Recht hat, die Vertraulichkeit einzelner Verhandlungsgegenstände als aufgehoben zu erklären, und dass die Stadträte das Recht haben, den Sitzun-

gen anzuwohnen. Der Antrag des Stl. Dr. Kienböck, die Sitzungen des Ausschusses für die Unternehmungen als öffentlich erklären und die Vertraulichkeit nur von Fall zu Fall anzusprechen, wurde abgelehnt. Der Ausschuss beschloss auch eine Geschäftsordnung zu den Ausschuss für die Unternehmungen. Beide Vorlagen, das Organisationsstatut und die Geschäftsordnung, werden dem Gemeinderat in seiner Sitzung am Freitag vorliegen.

Der Ausschuss beschloss ferner dem Gemeinderat vorzuschlagen, 4 Vorsitzende-Stellvertreter und 6 Schriftführer für den Gemeinderat zu wählen und die acht Ausschüsse wie folgt zusammenzusetzen: Personalausschuss mit 13, Finanzausschuss mit 20, Fürsorgeausschuss mit 24, sozialpolitischer Ausschuss mit 24, Ausschuss für technische Angelegenheiten mit 18, Ernährungs- und Wirtschaftsausschuss mit 24, den Ausschuss für allgemeine Verwaltung mit 23 und den Ausschuss für städtische Unternehmungen mit 25 Mitgliedern.

Schweizer Liebesgaben für Lehrer. Kartoffelabgabe je 4 kg für eine Lehrperson, schulweise Abholung unter Mitbringung zweier Namensverzeichnisse des Lehrkörpers mit Angabe der Zahl der unversorgten Kinder verheirateter Lehrkräfte; Schulatempel und Unterschrift des Leiters. Spesensersatz K 2.- für je 4 kg Abgabe: 10. Bezirk Döke Wald- und Eugengasse, Samstag, den 29. Mai, 3., 10. und 11. Bezirk, Montag, 4., 5. und 12. Bezirk Dienstag, 1., 2. und 13. Bezirk Mittwoch, 20. und 21. Bezirk Abgabe 6. Bezirk, Stumpergasse 56, Samstag, den 29. Mai 6. und 7. Bezirk, Montag 8., 9. und 15. Bezirk, Dienstag 16. Bezirk, Mittwoch, 14. und 17. Bezirk und Freitag 18. und 19. Bezirk. Ausfolgung jeden Tag von 3 bis 7 Uhr. Verpackung mitbringen.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Die in Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen stattfindende musikhistorische Ausstellung im historischen Museum der Stadt Wien, Neues Rathaus, Poststiege 2, ist während der Dauer der Veranstaltungen täglich ausser Montag von 9 bis 2 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

Wiener Kinder bei der Echternacher Springprozession. Aus Luxemburg wird uns telegraphiert: In dem freundlichen Städtchen Echternach im anmutigen Tale der Sauer fand am Pfingstdienstag wie alljährlich die sogenannte Springprozession (procession dansante) statt, die schon seit dem 14. Jahrhundert in Übung ist und bei der ganzen Bevölkerung des Grossherzogtumes in hohen Ehren steht. Sie ist als Buss- und Bittübung zur Bewahrung von Fallsucht und Veitstanz aufzufassen. Aus allen Gegenden strömen an diesem Festtage tausende von Wallfahrern herbei, um sich an dieser seltsamen Prozession zu beteiligen. Heuer befanden sich unter den Gästen des Auslandes auch Wiener Kinder, die das edle Geschwisterpaar Hülsemann zu einem mehrmonatigen Erholungsaufenthalt nach den gastfreundlichen Luxemburg gebracht hatte. Mit lebhaftem Eifer nahmen die kleinen Wiener Kinder das Opfer des mühevollen Springens auf sich, um den Grundgedanken der Prozession gerecht zu werden. Mit Tüchern einander haltend, sprangen sie nach

Wiener Rathauskorrespondenz.

Herausgeber und Chefredakteur Franz Mischeu.

28. Jahrgang. Wien Freitag, den 28. Mai 1920. - Nr 177

Wiener Kinder aus München kommen am 29. Mai um 6 Uhr 30 früh in Wien-Westbahnhof an. Es kommen hauptsächlich jene Kinder heim, die am 18. Februar durch den Caritasverband nach Bayern gebracht wurden. Die Eltern werden ersucht, sich eine halbe Stunde vor Eintreffen des Zuges am Bahnhofe einzufinden.

Schülerausflüge auf der Straßenbahn. Die Straßenbahndirektion teil mit: Die Verkehrsverhältnisse, insbesondere die Aenderung des Lehrplanes und des Lehrvorganges, haben es mit sich gebracht, daß von Seiten der einzelnen Schulleitungen und Klassenvorstände zahlreiche, sogenannte Lehrausflüge unternommen werden, bei denen auf einem Großteil der zurückzulegenden Wegstrecken die Straßenbahn benützt wird. In der Vorkriegszeit war es möglich, für diese gemeinsamen Ausflüge Sonderwagen oder Züge zur Verfügung zu stellen, weshalb von den für diesen Fall vorgesehenen, sogenannten „gemeinsamen Anweisungen“ (giltig für eine Lehrperson und 20 Schüler nur für einen bestimmten Tag und auf der vorgeschriebenen Strecke) wenig Gebrauch gemacht wurde. Die erhöhten Kosten der Betriebsführung einerseits, andererseits der Mangel an Wagenmaterial u.s.w., machen aber heuer die Beistellung von Sonderzügen unmöglich, so daß für die Begünstigung der Schüler bei den früher erwähnten Ausflügen einzig und allein die „Gemeinsamen Anweisungen“ zur Verfügung stehen. Diese „gemeinsamen Anweisungen“ können nur von den Schulleitungen auf den bei den Kartenvorverkaufsstellen erhältlichen Vor drucken und nur in unserer Kanzlei für Fahrpreisbegünstigungen, IV., Favoritenstrasse 9, während der normalen Dienststunden angefordert werden. Es empfiehlt sich die Anforderungen mindestens einen Tag vor dem beabsichtigten Schulausflug anzusprechen. Bei Uebermittlung der Anforderungen mit Benützung der Post ist auf die Verzögerung in der Zustellung entsprechend Rücksicht zu nehmen. Unterbleibt der Ausflug, so sind die für diesen Tag bestimmten Anweisungen ungiltig und müssen neuerlich angesprochen werden. Dieser Vorgang erscheint vielleicht auf den ersten Blick etwas schwerfällig und zöpflich, findet aber seine Erklärung in den derzeitigen, schwierigen Verkehrs- und Betriebsverhältnissen, die es unmöglich machen, ohne vorherige Kenntnis der Zentralstelle eine grössere Personanzahl zu bestimmten Zeiten und auf bestimmten Linien zu befördern.

Vorsicht bei Gasbadeöfen. Bei Gasbadeöfen, insbesondere älterer Ausführung besteht die Möglichkeit, daß infolge einer unrichtigen Handhabung des Gas-

hahnes Gas entströmt und durch den Schornstein, ohne wahrgenommen zu werden, abgeleitet wird. Eine solcher Art ausgeströmte Gasmenge wird vom Gasmesser ebenso gemessen als nutzbar verbrauchtes Gas; sie muß daher selbstverständlich auch bezahlt werden. Da solche Gasausströmungen unter Umständen längere Zeit andauern können und während eines Tages 50 bis 100 Kubikmeter auf diese Art verloren gehen können, ist Vorsicht bei der Bedienung der Gasöfen geboten. Ueberdies wird die tägliche Feststellung der verbrauchten Gasmenge durch tägliche Ablesung des Gasmessers empfohlen; da hiedurch eine etwaige Gasausströmung durch den Badeofen rasch bemerkt und abgestellt werden kann.

Kinder aus Bayern. Der für Samstag, den 29. Mai avisierte Caritaszug aus Bayern wurde auf Sonntag, den 30. Mai verschoben. - Donnerstag, den 3. Juni um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr früh kommt am Westbahnhofe ein Zug mit Karitaskindern aus Augsburg an. Es kommen hauptsächlich jene Kinder, welche am 20. Februar nach Augsburg gefahren sind. Gleichzeitig treffen mit diesem Zuge die Kinder aus Werishofen, Bayern, ein, welche am 26. Februar vom Naturheilverein 6., Liniengasse 33 nach dort gebracht worden sind. Da in vielen Fällen eine Verständigung der Eltern durch die Post nicht mehr möglich ist, werden die Eltern ersucht, sich rechtzeitig am Bahnhofs einzufinden.

Die letzte Stadtratssitzung. Am Schlusse der heutigen Sitzung des Stadtrates - bekanntlich tritt mit 1. Juni die Reform der Gemeindeverwaltung in Kraft und hat der Stadtrat somit heute seine letzte Sitzung abgehalten - richtete Bgm. Reumann folgende Ansprache an die Mitglieder des Stadtrates: Meine sehr geehrten Mitglieder des Stadtrates! Die bisherige Stadtrat hat heute seine letzte Sitzung abgehalten. Mit Ende dieses Monats hat er zu bestehen aufgehört. Vor 30 Jahren anlässlich der Erverleihung der Verorte ins Leben gerufen, ist er auch geblieben, als wenige Jahre später die neue Partei als Mehrheit ins Rathaus zog. Anlässlich der Demokratisierung der Gemeindeverwaltung wird er nunmehr abgeschafft; die gemeinderätlichen Ausschüsse werden in Hinkunft hauptsächlich die Verwaltung führen. Der „Stadtsenat“, der aber durchaus nicht identisch ist mit dem bisherigen Stadtrate, wird viel weniger Mitglieder umfassen als der Stadtrat; er wird daher nur einen kleinen Teil des gegenwärtigen Stadtrates in sich aufnehmen, der grössere Teil der bisherigen Mitglieder des Stadtrates wird in Hinkunft in den Ausschüssen ar-

beiten. Dieses Scheiden der Mitglieder des Stadtrates gibt mir Veranlassung, allen Damen und Herren mit den Herren Vizebürgermeistern an der Spitze für ihre bisherige unverdrossene und oftmals recht mühevollen und schwierige Arbeit, die sie in dieser entschwindenden Körperschaft geleistet und für das rege Interesse, das sie allen Angelegenheiten entgegengebracht haben, herzlichst und verbindlichst zu danken. Wenn es auch hier in diesem Saale manchmal lebhaftere Auseinandersetzungen gegeben hat, so geschah es doch stets der Sache wegen, und aus Ueberzeugung und niemals aus persönlichen Gründen. Daher scheiden wir auch aus unserem bisherigen Wirken an dieser Stätte ohne jegliche persönliche Differenz. Zum Schlusse bitte ich insbesondere alle jene, die nicht mehr in diesem Saal zurückkehren werden, ihren Eifer und Interesse, ihr Fähigkeiten und ihren Willen wie bisher in Hinkunft bei der Arbeit in den Ausschüssen in den Dienst der Gemeinde zu stellen zum Wohle der Bevölkerung und zum Besten der Verwaltung der Stadt.

Tagung der Feuerwehringenieur in Eisenach. Der Stadtrat hat beschlossen dem Branddirektor Stellvertreter der städtischen Feuerwehr Richard Mayer zur Tagung des Reichsvereines deutscher Feuerwehringenieur in Eisenach am 12. und 13. Juni zu entsenden.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 28. Mai 1920.

Vorsitzender Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Julius Hoffman in Curityba als Notstandsspende K 13.271.--

Die Rossiè Velvet Company in Mystic für Krieger, -Witwen und -Waisen K 9.394.--

Das Staatsamt für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten für die städtische Feuerwehr aus Anlaß der Löschhilfe beim Brande des Laurenzergebäudes K 7.600.--

Kolomann Knöpfelmacher durch das New-Yorker Bankhaus Emil Kiss für die ärmsten Kinder des 2. Bezirkes das Ergebnis einer Sammlung im Betrage von K 3000.--

Ein ungenannt sein wollender Spender zugunsten armer Obdachloser für den XIII. Bezirkes K 1000.--

Der Intendant des Landestheaters in Koburg als Rest einer Sammlung 758 Mark und 40 K.

Schriftführerin GRin. Gabriele Walter Verliest den Einlauf.

GR. Marie Wielisch (chr. soz.) interpelliert wegen des Mangels an Postwertzeichen in den Tabak Trafiken und ersucht den Bürgermeister dahin zu wirken, dass diesem Uebelstande abgeholfen wird.

Bgm. Reumann: Es ist auch nach meinen Erhebungen richtig, daß in den Tabak Trafiken wenigstens zum Teile ein großer Mangel an Briefmarken herrscht. Allerdings dürfte dieser Umstand nicht unwesentlich auch darauf zurückzuführen sein, daß Briefmarken vielfach zu ~~andern~~ anderen Zwecken als für die Beförderung von Postsendungen in großen Posten aufgekauft werden. Sie werden sie zum Teile als Ersatz für Kleingeld verwendet, aber auch von Sammlern in größeren Mengen dem Verkehre entzogen. Jedenfalls bin ich bereit, die Anfrage zur Veranlassung zu nehmen, um die Postbehörde auf die Angelegenheit aufmerksam zu machen.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass nach einem Erlasse des Magistrates die über 100 zählenden elektrischen Lichtbilder- und Kinoanlagen in den städtischen Schulen, die als Lehr- und Unterrichtsmittel sowie außerhalb des Unterrichtes für die Jugendfürsorge dienen sollen, wegen Sparmaßnahmen nicht benützt werden können. Ansuchen um Freigabe der Lichtbildanlagen wurden abschlägig beschieden. In Anbetracht der bereits gemilderten Form der Stromerzeugungsschwierigkeiten wird gefragt, ob der Bürgermeister die Aufhebung der Sperre für die Lichtbildanlagen an den städtischen Volks- und Bürgerschulen veranlassen wolle.

Bgm. Reumann: Mit dem Stadtratsbeschluss vom 23. Oktober 1919 wurde zugleich mit Erlass anderer Sparmaßnahmen auch der Verbrauch von elektrischen Strom für Skiptikonapparate in Schulen ausnahmslos untersagt. Anlässlich des Ansuchens mehrerer Schulleitungen wegen deren Freigabe hat sich die betreffende Magistratsabteilung an die Elektrizitätswerke gewendet und von dieser mit Zuschrift vom 30. März 1920 die Auskunft erhalten, daß sie angesichts der verschärften Kohlennot zur Wiederbenützung des Skiptikonapparate die Zustimmung nicht geben könne. Am 27. Mai hat nun die Direktion der Elektrizitätswerke auf eine neuerliche Anfrage mitgeteilt, daß gegen die Aufhebung des in Frage stehenden Verbotes eine Einwendung nicht mehr erhoben wird. Dem gemäß liegt dem Stadtrate bereits ein Magistratsantrag vor, das mit Beschluss vom 23. Oktober verfügte Verbot aufzuheben.

GR. Paulótschke (chr. soz.) interpelliert wegen Wiedereröffnung der Straßenbahnstrecke zum Neuen Markt.

Bgm. Reumann: Die Strecke am Neuen Markt wurde seinerzeit wegen der Kohlennot eingestellt. Inzwischen wurde der Gleisumbau durchgeführt. Da sich nunmehr die Kohlenlage etwas gebessert hat, wurde von der Straßenbahndirektion um die Zustimmung zur Eröffnung der Strecke beim Staatsamte bereits angesucht.

Die GR. Grünfeld und Herr Fischer (Soz. Dem.) beantragen, die Haltestelle Untere Augartenstraße Ecke Fürstergasse der städtischen Straßenbahnen zumindest als Bedarfshaltestelle sofort wieder zu eröffnen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Dr. Daansberg (Soz.-Dem.) berichtet über die Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Gemeinderates, ferner über das Organisationsstatut für die Unternehmungen der Gemeinde Wien und über die Geschäftsordnung des Ausschusses und der Unterausschüsse dieser Unternehmungen. Der Verfassungsausschuss sagt der Berichterstatter, hat sich in seiner vorgestrigen Sitzung zunächst mit dem Statut für die Unternehmungen beschäftigt. Diese verlangen eine andere Verwaltung als die übrigen Angelegenheiten der Stadt. Bei der letzten Feststellung des Gemeindestatutes im Jahre 1900 waren die Unternehmungen erst in den Anfängen und später wurde sehr oft, weil es nicht anders möglich war, das Gemeindestatut nicht eingehalten. Bisher war die Rechtslage ungeklärt. Die Klärung soll in dem Sinne erfolgen, dass ein eigener Paragraph in der Verfassung sich mit den Notwendigkeiten der Unternehmungen beschäftigt, im übrigen ist dem Gemeinderate freie Hand gelassen. Während in den anderen Verwaltungsgruppen die Generalkompetenz dem Ausschusse zufällt, ist sie bei den Unternehmungen den Direktionen eingeräumt. Bei Verfügungen der Direktion, die ein öffentliches Interesse tangieren, behält sich der Ausschuss die Entscheidung vor. Dem Gemeinderate wird die Kompetenz gegeben zu entscheiden über die Angliederung neuer Betriebszweige Aufnahme von Darlehen u. dgl. Ankauf von Rohstoffen und Betriebsmaterial ist im allgemeinen Sache der Direktion. Nur wenn der Bedarf den eines Jahres übersteigt, ist es eine Angelegenheit des Ausschusses, bei mehr als drei Jahren Sache des Stadtsenates. Es ist richtig, dass die Direktionen über grosse Summen verfügen werden, aber der Ankauf von Betriebsmaterial ist so etwas selbstverständliches, dass nicht erst darüber beraten werden muss, und weil Ankäufe oft keinen Aufschub erleiden können. Dass die Befugnisse nicht überschritten werden, entscheidet der Ausschuss darüber, was als Roh- und Betriebsstoff zu gelten habe. Besonders hervorzuheben wäre die Bestimmung dass der Stadtsenat befragt werden muss, wenn die eigenen Mittel der Unternehmungen nicht zureichen und Mittel der Gemeinde Wien in Anspruch genommen werden müssen. Solche Kredite, die aus den Mitteln der Gemeinde selbst stammen, dürfen nur widmungsgemäß verwendet werden. Die Arbeit des Ausschusses wird sich so vollziehen, dass der Bürgermeister, der Magistrats-Direktor, alle Unternehmungsdirektoren und die Amtsführenden der Personal- und Finanzgruppe bei den Ausschusssitzungen anwesend sein können. Auch alle Stadträte haben das Recht, an den Sitzungen des Unternehmungsausschusses teilzunehmen. Die Sitzungen sollen vertraulich sein. Die Vertraulichkeit soll nur durch einen besonderen

Beschluss aufgehoben werden können. Es haben sich von verschiedenen Seiten Stimmen gegen diese Bestimmung erheben; es wird in der Debatte Gelegenheit sein, diese Bestimmung entsprechend den Wünschen zu ändern. Was die Kontrolle anbelangt, so erstreckt sich die Kompetenz des Kontrollamtes und des Finanzausschusses auch auf die Unternehmungen.

Es war auch notwendig die Geschäftsordnung für den Gemeinderat den neuen Verhältnissen anzupassen. Eine wesentliche Neuerung ist die, daß Anfragen und Anträge anders behandelt werden sollen als bisher, sie sollen eine wirklich meritorische Behandlung erfahren. Es ist auch festgesetzt, daß sie nur von einem Gemeinderat unterzeichnet werden brauchen, um zur Verhandlung zu kommen, so daß auch den kleinsten Parteien gerecht wird. Anfragen und Antworten sowie Anträge werden dem Protokoll einverleibt. Spricht sich der Gemeinderat für eine dringliche Verhandlung aus so erfolgt die in der nächsten Sitzung. Der VBürgermeister und die amtsführenden Stadträte haben das Recht eine Anfrage vor dem Gemeinderat zu bringen. Auch an eine Mitteilung des Bürgermeisters kann sich zum Unterschiede von jetzt eine Debatte knüpfen. Jeder Gemeinderat hat das Recht, die Verhandlung eines Gegenstandes in Plenum zu verlangen. Am Berichterstatter-tisch werden auch vom Ausschuss bestimmte Gemeinderäte erscheinen. Die Geschäftsordnung enthält weiter die Bestimmung, daß der Referent, wenn der Ausschussantrag von seinem Antrag abweicht, er in seinem Berichte dies zur Kenntnis bringen muß. Auch der Anerkennung eines Minderheitsantrages wird stattgegeben, wenn ein Viertel der Mitglieder des Ausschusses es verlangt.

Für die Ausschüsse war eine vollkommene Neuerung der Geschäftsordnung notwendig. Diese bestimmt, daß, wenn ein Gemeinderat einen Antrag stellt, und dieser im Ausschuss zur Verhandlung kommt, der Antragsteller der Verhandlung beigezogen werden muß. Die Protokolle der Ausschusssitzungen sollen gedruckt werden und werden entweder im Amtsblatte oder gesondert veröffentlicht werden. Im Ausschusse soll der Vorsitzende auch das Stimmrecht haben.

Auch für die Unternehmungen ist eine eigene Geschäftsordnung eingeführt worden, weil sich einige Änderungen aus den Bestimmungen des Organisationsstatutes ergeben haben.

In der nächsten Gemeinderatssitzung sollen die Wahlen des Präsidiums, der Ausschüsse und des Stadtsenates erfolgen. Der Gemeinderat ist nur an die Bestimmungen gebunden, daß nur 9 Stadträte notwendig sind. Der Verwaltungsreformausschuss schlägt aber 12 Stadträte vor. Weiters schlägt der Ausschuss vor, die Verwaltungsgruppen folgendermaßen festzusetzen: 1. Gruppe für Personalangelegenheiten mit 13 Mitgliedern, 2. für Finanzangelegenheiten mit

20, 3. für Wohlfahrts-Einrichtungen und Jugendfürsorge mit 24, 4. für Sozialpolitik und Gesundheitswesen mit 24, 5. für technische Angelegenheiten mit 18, 6. für Ernährungs- und Wirtschaftsfragen mit 24, 7. die allgemeine Verwaltung mit 23 und 8. für die städtischen Unternehmungen mit 25 Mitgliedern. Bei der Festsetzung der Mitglieder ist ein Beschluß des Gemeinderates notwendig, da die Verfassung sie mit nur 12 Mitglieder festsetzt. Die gesamten Ausschüsse haben 171 Mitglieder, den Bürgermeister abgerechnet, der in keinen gewählt werden kann, so daß also die Ausschüsse mehr Mandate enthalten, als Gemeinderäte sind, und somit jeder Gemeinderat die Möglichkeit hat mindestens einen Ausschuss anzugehören. Das letztere kann gesetzlich nicht bestimmt werden, sondern nur durch Vereinbarung der Parteien. Diese Vereinbarung ist erfolgt und die Wünsche der Herren, welchen Ausschüsse gehören wollen, ist berücksichtigt worden. Was die Vorsitzenden-Stellvertreter des Gemeinderates betrifft, werden 4 beantragt. Der Bürgermeister und die Vizebürgermeister mitgerechnet werden praktisch 6 Vorsitzende für den Gemeinderat sein.

Alle diese Beschlüsse sind im Verfassungsausschuß im ziemlich Einvernehmen im Verfassungsausschuß gefasst worden und ich hoffe, auf die Zustimmung des gesamten Gemeinderates.

Vizebürgermeister Hummel übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Gschöckl (chr.-soz.) Das vorliegende Statut ist das Ergebnis einer mehrstündigen Beratung des Verfassungsausschusses. Die Mitglieder der öffentlichen Partei, welche dem Ausschusse angehört, haben eine Reihe von Anregungen für den ersten Entwurf vorgebracht, und ich stelle mit Vergnügen fest, dass seitens der Referenten sowohl als auch der übrigen Mitglieder des Ausschusses in vielen Belangen entgegen gekommen wurde. Freilich hätten wir noch gerade sowohl im Organisationsstatut als in der Geschäftsordnung Verwirklicht gesehen, insbesondere einen größeren Wirkungsbereich für Ausschüsse, beim Einkauf der Roh- und Betriebsstoffe. Den § 15 des Organisationsstatutes für die Unternehmungen könnte man aber unter keinen Umständen zustimmen, welcher die Sitzungen ausschließlich für vertraulich erklärt. Es ist uns wohl bewusst, dass diese Vertraulichkeit dort wo es sich um geschäftliche Angelegenheiten handelt gerechtfertigt ist, dagegen kommen aber auch eine Reihe von Dingen zur Verhandlung, welche die Öffentlichkeit ausserordentlich interessieren. Ich stelle daher den Antrag, den § 15 folgender Massen zu stilisieren:

Die Sitzungen sollen in der Regel vertraulich sein, doch ist die Vertraulichkeit für die einzelnen Gegenstände ausdrücklich zu beschließen. Die Stadträte haben das Recht, auch vertraulichen Sitzungen anzuwohnen.

Unter der Voraussetzung, der Annahme dieses Antrages habe ich die Erklärung abgegeben, dass meine Partei für die Anträge des Referenten stimmen wird, und möchte nur noch kurz beantragen, dass die Zahl der Schriftführer wie bisher mit 9 bestimmt wird.

GR. Skaret (Soz.-Dem.) Wie bereits der Referent ausgeführt hat, haben über den § 15 verschiedene Meinungen geherrscht. Ich möchte daher um eine möglichste Einheitlichkeit in dieser Fragen zu erzielen, beantragen, dass dieser Paragraph in Hinkunft lauten soll:

Die Sitzungen des Ausschusses sollen in der Regel vertraulich sein, doch ist die Vertraulichkeit für die einzelnen Gegenstände ausdrücklich zu beschließen. Die Stadträte sind berechtigt, auch vertraulichen Sitzungen anzuwohnen und sind zu allen Sitzungen einzuladen. In entsprechender Weise sind auch die betreffenden Bestimmungen des Statuts für diesen Ausschuss abzuändern.

Der Referent schliesst sich den gestellten Abänderungsanträgen an. Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten mit den erwähnten Abänderungsanträgen einstimmig angenommen.

GR. Richter (Soz.-Dem.) berichtet über die Novellierung der Bauordnung für Wien und sagt, es müssen den Grosstädten in Wien erst gewisse Berichte in Bezug auf die Bodenpolitik eingebracht werden, bevor zur Verfassung einer neuen Bauordnung geschritten werden könne.

Deshalb halten wir es nicht für zweckmässig gehalten, eine vollständige Novellierung der Bauordnung vorzunehmen, sondern haben uns nur auf das dringendste beschränkt, d. i. sparsam zu sein mit dem Raum, mit dem Material und den Arbeitskräften. Wir haben uns gesagt, dass es nicht notwendig ist, so hoch zu bauen wie bisher, dass es aber notwendig ist, auch Dachwohnungen zu ermöglichen, ferner dass wir die Mauerstärke soviel als möglich herabsetzen und dass wir eine Einführung treffen, die sich im Ausland bewährt hat, die Holzstiegen. Das verbilligt den Bau wesentlich. Bezüglich der Kleinwohnungen haben wir die Definition aufgestellt, dass dies jene Wohnungen sind, die bei sparsamer Ausnutzung des Raumes 2 schöne grosse Zimmer oder 2 kleinere Zimmer und ein Kabinet zulassen. Als Kleinhaus gilt jedes Haus, das in jedem einzelnen Geschoss nicht mehr als 2 Wohnungen enthält und nicht mehr als 3 Geschosse hat, also zusammen nicht mehr als 6 Wohnungen bei 120 m² verbauter Fläche. Wir sind auch daran gegangen, einen Umstand zu beseitigen, der sich in Wien besonders bemerkbar gemacht hat, nämlich, dass es Räume geht, die nicht direkt ins Freie gehen, sondern ihr Licht nur von finsternen Gängen oder Stiegenhäusern empfangen.

GR. Biber (Christl. soz.) Ich erinnere mich, wie die heutige Majorität noch als kleine Minderheit in stürmischer Weise darauf drängte, dass eine neue Bauordnung für Wien geschaffen werden solle.

Dies hätte wohl den Schluss zugelassen, dass Wien sobald Sie zur Macht gekommen sind, baldmöglichst mit dieser neuen Bauordnung beglückt werde. Was ~~das~~ wir heute an Stelle dieses umfangreichen Gesetzentwurfes, eine notdürftige Novellierung einzelner Paragraphen.

Nehmen Sie es mir nicht übel, Sie haben Ihr Versprechen in dieser Sache nicht eingelöst. Wir müssen uns halt mit dem begnügen, was Sie uns heute bieten, es ist sicher besser als der jetzige Zustand es hat mich auch veranlasst, nicht pre zu melden und auch meine Partei wird für die Änderung der Bauordnung stimmen. Redner stellt nun einige Anträge zur Verlage.

GR. Schmitz (chr. soz.) bespricht die Verlage vom Standpunkt jener Leute aus, die an der Reform der Bauordnung als Wohnungsreform ein Interesse haben und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch das Interesse jener, die gezwungen sind, Wohnungen zu mieten beim Bau, was das Ausmaß der Wohnungen etc. betrifft, berücksichtigt werde. Der Standpunkt der Techniker müsse im Einklang gebracht werden mit den Forderungen der Wohnungsreform.

GR. Zermann (Soz. Dem.): Die Novelle zur Bauordnung fasse ich vom Standpunkt der Wohnungsnot auf. Es sind nicht weniger als 15.000, die sich als Wohnungssuchende beim städtischen Wohnungsamte gemeldet haben. Vielleicht wird doch ein Teil der Bevölkerung in die Lage gesetzt auf Grund dieser Novellierung/seiner Wohnung selbst zu sorgen. Nicht hoch genug anzuschlagen ist z. B. daß Bauführungen für vorübergehende Zwecke auch mit Außerachtlassung, die der Bauordnung gestattet werden können. Doch dies allein genügt nicht. Wenn es uns gelingen könnte von der uns vorgesetzten Behörde die freie Anwendung des Anforderungsgesetzes zu erhalten, wäre wohl nicht die Zahl der Wohnungen vermehrt, aber wir wären in der Lage die freiwerdenden Wohnungen rationell jenen zuzuweisen, die wohnungsbedürftig sind, und der Wohnungspekulation, dem Wohnungshandel Einhalt zu geben. Man wird fragen wieso es kommt, daß, obwohl die Einwohnerzahl um 200.000 gesunken ist, doch so große Wohnungsnot in Wien herrscht. Wir müssen feststellen, daß seit 1915 in Wien die Bautätigkeit vollständig zum Stillstand gekommen ist und daß wir seit jener Zeit über 88.000 Wohnschließen gehabt haben. Ich spreche aber nicht so sehr von jenen jung verheirateten, sondern von denen, die im Laufe der Kriegszeit ihre Wohnungen aufgegeben haben, weil der Mann eingedockt war und nun, da er zurückgekehrt ist, das Bedürfnis nach Schaffung eines neuen Heimes haben. Ich würde wünschen, daß, wenn einmal diese Novelle in Kraft getreten ist, wir günstigere Berichte zu erstatten in der Lage wären. Damit wäre ihr Zweck schon erreicht.

GR. Reith (chr.-soz.) sagt, dass ganz andere Mittel angewendet werden könnten, um die Wohnungsnot zu beheben, nämlich die Ausweisung der hier nicht zuständigen aus dem Osten eingewanderten Personen. 25.000 Wohnungen seien von diesen besetzt und wenn diese Elemente ausgewiesen sind, bekomme man sofort die 15.000 freien Wohnungen für die heute Wohnungssuchenden. Die herrschende Verwaltung wolle aber an diese Frage nicht herantreten.

GR. Prohaska (deutschn.) sagt, dass seine Partei die Novellierung der Bauordnung mit Freuden begrüße. Er hätte zwar lieber

ein völlig neue Bauordnung gesehen, aber wenn die frühere Partei dies in 20 Jahren nicht habe machen können, könne man füglich von der jetzt herrschenden Partei nicht verlangen, dass sie diese ganze Frage in einem Jahre zur Lösung bringe. Er spricht dann für eine weitgehende Förderung der gemeinnützigen Baugesellschaften ein und beantragt, zur Unterstützung derselben, die Abgabe von Baumaterialien an dieselben zum Selbstkostenpreise sowie die Erwirkung des Rechtes für die Gemeinde auf Requirierung von Baumaterialien, die vorhanden seien, aber in den Schlachthandel kommen.

Herrn Referenten besitze ich seit 6 Monaten. An der Verteuerung sei auch die Preistreiberei der Sozialdemokraten schuld.

Redner bespricht dann die Frage der Buchhaltung und sagt nicht das System ist schuld sondern derjenige der diese Buchhaltung führt. Der Vorschlag einen Generalstabsarzt zum Oberkommandanten des Spitals zu ernennen ist eine merkwürdige Lösung von Ihnen, der jedem, der rote Borten an den Hosenträger trägt, als Menarchisten verschreiben. Ihre Abneigung gegen die Lampas mildert sich scheinbar nur, wenn der Träger Pick heißt. Haben wir überhaupt das Recht eine dritte ausstehende Person herzurufen, der wir die ganze Verantwortung zu überlassen? Von der Bevölkerung sind wir gewählt worden und wir tragen die Verantwortung und nicht der Pick oder wer anderer. Wir müssen zuerst untersuchen, welches die Ursachen des Defizites sind und daher wiederhole ich meinen Antrag auf Einsetzung eines sechsgliedrigen Komitees aus unserer Mitte, welches sich gewiß der Mühe unterziehen wird, von Früh bis Abends zu sitzen, um alle diese Dinge zu untersuchen. Wir sind uns nicht bewusst, daß wir draußen irgendeine Mißwirtschaft geduldet haben, behaupten auch nicht, daß Sie schuld daran sind, aber wenn Sie dem Gemeinderat nicht die Möglichkeit geben die Sache zu untersuchen, müssen Sie diesen Verdacht auf sich nehmen.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) will auf die Gründe, die das Defizit verursacht haben, nicht näher eingehen, weil dies durch die Untersuchung aufgeklärt werden wird. Freigewählte Vertreter könnten sich aber niemals die Zeit nehmen, um diese Gründe genau zu erforschen. Die Untersuchung wird feststellen, was notwendig und was überflüssig ist und das was notwendig ist muß erhalten bleiben, weil ein Spital kein Erwerbsunternehmen ist. Wenn Kellege Vaugoin unter den gläublichen Pflegerinnen eine Lehnbewegung hervorrufen wolle, so habe er nichts dagegen, daß Leute, die schlecht bezahlt werden, sich rühren. Ein großer Teil des Defizites sei durch die bestehenden Verhältnisse geschaffen worden. In den Zeitungen sei von einer Sauwirtschaft gesprochen worden und in der Bevölkerung sei die Meinung vorhanden, als ob dies mit Bezug auf die Aerzte gesagt werden sei. Die Aerzte können von diesem Vorwurfe nicht getroffen werden, und es wäre ein ungerechter Vorwurf, wenn man nicht feststellen würde, daß die Aerzte über jeden Tadel erhaben seien.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) meint, daß der Referent, eigentlich nicht gesagt habe, warum das Defizit vorhanden ist. Das Referat sei in lückenhafter Weise erstattet worden und es wäre besser gewesen die Sache vor Ersatzung des Referates untersuchen zu lassen

die Ziffern, die genannt wurden, zeigen, daß eine große Defizitwirtschaft geherrscht hat.

GR. Dr. Tandler (Soz. Dem.): Es handelt sich gar nicht um die Schuldfrage, nicht um persönliche Angelegenheiten, und dazu muß ich einiges sagen, was von allgemeinem Interesse ist und manche erklärt, was bisher hier nicht ausgesprochen wurde. Vererst will ich bemerken, daß Spitäler und Humanitätsanstalten keine produktiven Berichte sind, daher immer mit einem Defizit rechnen müssen, welches überall präliminiert wurde. Das Defizit ist abhängig von Faktoren, die man in der Hand hat und von solchen, auf die man keinen Einfluß besitzt. Ich vermisse nun in der ganzen Debatte eine Analyse, dieser Faktoren. Der erste Faktor würde liegen in Mißgriffen und Mißständen in der Verwaltung von denen man sagen kann, sie wären durch eine richtige Verwaltung gemildert oder abgestellt worden. Auf den zweiten Faktor gibtes wie erwähnt, gar keinen Einfluß. Ein Spital als Wirtschaftskörper steht eben auch mitten drinnen im Wirtschaftsleben und ich kann aus meiner eigenen sehr traurigen Erfahrung sagen, daß in allen Spitälern die Einnahmen immer den Ausgaben nachhinken. Sie haben ein Defizit von 4.6 Millionen zu einer Zeit präliminiert, wo die Nahrungsmittel nicht den sechsten Teil von heute kosteten, wo Arzneien und Heilmittel ein noch vielfaches Mehr erfordern, wo Instrumente noch zu halbwegs erschwinglichen Preisen zu haben waren, während heute z.B. Instrumente für junge Aerzte überhaupt nicht mehr erschwinglich sind. Es kann daraus weder dem Gemeinderat noch dem Referenten ein Vorwurf gemacht werden, denn diese Dinge waren eben stärker als wir alle ahnten. Ein großer Teil des Defizites von den nun veranschlagten 37 Millionen gehört also nicht auf das Konto von Mißständen, sondern ist auf diese unabänderlichen Faktoren zu schieben. Solange diese beiden Faktoren nicht errechnet sind, halte ich jede Ausführung über Schuld oder Nichtschuld für überflüssig. Auch bezüglich der Einnahmen war diesen Präliminare falsch und ich kenne nicht eine Gemeinde in Oesterreich, die sich nicht bezüglich ihres Spitals indemselben Zustande befindet, ja die kleineren Gemeinden stehen mit ihren Spitälern alle im Bankrott oder vor dem Bankrott. Wir sind gewohnt mit Verpflegungstaxen zu rechnen und stellen diese in gar kein Verhältnis zu den Kosten pro Kopf und Tag, die sich ja nicht bloß aus der Verpflegung, sondern vielmehr noch aus Unterkunft, Beheizung, Bekleidung, Behandlung Medikamenten etc. zusammensetzen. Früher hat diese Taxe das Essen und kaum ein Supperplus bedeutet, aber heute ist schon ein Teil des Essens der Patienten als Defizit zu bezeichnen.

Schon in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres wurden für einen Patienten 54 K pro Tag gezahlt, während der Patient nur 18 K zahlte.

Bei allen Spitälern einer Stadt soll das Betriebsdefizit ziemlich gleich sein. Der Vergleich muß in erster Linie zeigen, ob in den gleichen Krankenanstalten gleich gewirtschaftet wird. Hier sind zwei Faktoren zu unterscheiden. Der erste Faktor ist die bereits gegebenen Institutionen und hierher gehört auch die Heizung, wenn auch gesagt werden soll, daß dies nicht die einzige Sache ist. Der letzte Teil des Defizites beruht auf der falschen Einstellung oder auf dem Ueberschuß des Personals, auf der Gebarung mit den Lebensmitteln. Daher ist es notwendig, daß irgendein Mann oder eine Kommission sich mit der Sache beschäftigt, die Analyse vollführt, da man nur so zu einer vernünftigen Beschlußfassung kommen kann. Auch muß endlich gesagt werden, wieviel der Patient kostet und wieviel zu bezahlen ist. Und wenn der Patient dies nicht bezahlen kann, so darf das nicht in die Bilanz des Betriebes fallen. Das neue Krankenhausgesetz hat daher ein Betriebsdefizit statuiert, weil es kein Spital geben kann, bei dem ein Betriebsdefizit nicht vorhanden ist. Es muß von vornherein gesagt werden, das Betriebsdefizit kann so groß oder so klein sein, die Handhabung des Gesetzes wird die Möglichkeit geben, das Betriebsdefizit richtig zu präliminieren. Es geradezu unmöglich, daß ein Spital mit 900 Betten bei den heutigen Verhältnissen mit einem Betriebsdefizit von 4.6 Millionen Kronen abschließt. Wenn man bedenkt, daß die ärztliche Verschreibung eines Eies für einen Patienten jetzt eine Affäre ist, so wird man begreifen, daß ein Defizit von 4.6 Millionen Kronen falsch sein muß. Nach dem neuen Krankenhausgesetz werden richtige Präliminierungen gemacht werden können und solche Ueberschreitungen werden nicht mehr vorkommen. Damit soll nicht gesagt werden, daß sie nicht mehr vorhanden sein werden. Vorhanden sein werden sie immer, auch bei der besten Wirtschaft. Die Bedekung des Betriebsdefizites wird auch in einer ganz anderen Form erfolgen, weil nicht die Gemeinde allein, sondern auch der Staat und das Land bezahlen wird.

Das Betriebsdefizit, zusammenfassend gesagt, ist ungeheuerlich. Es muß analysiert werden und erst dann wird die Größe der Verfehlungen klar sein, wenn die Größe der Verfehlungen erfasst sein wird. Man kann aber nicht durch Kommissionen kontrollieren und ich bin der Ueberzeugung, daß die freigewählten Vertreter die Verpflichtung der Kontrolle haben. Sie besteht aber nicht in der wirklichen Kontrolle, denn eine Kontrolle kann nur dann eine

Wert haben, wenn sie ein Mensch sucht, der sich ihrer ganz widmen kann. Ein solches Kontrollorgan ist notwendig, ob es diesen oder jenen Mann führt, ob es so oder so gestellt ist, ist gleichgültig. Es ist auch ein falscher Schluss zu sagen, daß die Gemeinderäte die Verantwortung tragen. Wir tragen für alles die Verantwortung, wir aber wir können die Prüfung nicht auf uns allein festlegen. Es ist auch nicht richtig, daß es sich um eine Ueberschreitung in den gegebenen Falle handelt. Auch bei den

Fendsspitälern wurde eine Art Generalinspektor eingesetzt, gegen den sich auch im Anfang Stimmen erhoben und heute wird eingesehen, daß es notwendig war. Ich glaube die Gemeinde handelt richtig, wenn sie sich zunächst eines solchen Organes bedient und daß dann das Defizit verkleinert und es nicht so schwer sein wird, die Mißstände abzuschaffen. Unsere Pflicht und Aufgabe ist es zu sorgen, daß das Defizit so klein als möglich ist und unsern Mitbürgern alles zu bieten, was wir ihnen in der schweren Zeit ihrer Krankheit zu bieten verpflichtet sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

G.R. Breitner zu seinem Schlussworte: Ich bin leider genötigt von dem hohen Niveau der Debatte wieder herabzusteigen wenn ich auf die Ausführungen des G.R. Vaugoin erwidern will. Er hat sich sehr wenig mit jenem Teil des Referates befaßt, welches voll und ganz in die Verwaltungszeit der Christlichsozialen stellt. Wenn im Mai 1920 die Genehmigung für Ausgaben aus dem Juni 1919 nachgesucht werden muß, kann man wohl von einer Kontrolle des Gemeinderates füglich nicht treffen. Wenn man von der Valuta spricht, ist dies wohl berechtigt, weil man heute mit 4 Millionen leichter umspringt, als im Jahre 1918 oder 1919, wo solche Beträge noch eine Rolle gespielt haben. Wenn man die Bezüge der Angestellten des Spitals valutarisch berechnen wollte, dann trifft dies nicht bloß auf diese, sondern auf alle Gemeinde- und Staatsbediensteten, ja auf uns alle, mit Ausnahme der Schieber zu, welche es verstanden haben auch hier einen Ausgleich für sich herbeizuführen. Vor einer solchen Demagogie muß man sich hüten und sich ganz ruhig auszusprechen getrauen, daß, wenn irgendwo Mißstände geschehen, sie abgestellt werden müssen. Eine Reihe von Mißständen in diesem Spital sind materiell und beruhen auf technische Mängel. Die Ausführungen über den Achtstundentag des G.R. Vaugoin waren hier bedeutend abgeschwächt gegenüber denen im Stadtrate. Wenn er davon gesprochen hat, daß sich manche Angestellte gar nicht ablösen lassen wollen, so muß ich schon sagen, daß eine solche Art Schmutzkenkurrenz unter dem Personal nicht geduldet werden kann. Es hat auch nicht Vorteil für den Patienten, wenn eine abgespannte, übermüdete Person die Pflege besorgt, an Stelle einer genügend ausgeruhten. Ein Wort möchte ich auch über die geistlichen Pflegeschwestern verlieren, denn es ist in einer Weise, die den wirklichen Sachverhalt entstellt, gesagt worden, daß sie für einen Schundlohn von 45 K monatlich sich aufopfern. Da müssen wohl die anderen Leistungen der Gemeinde auch in Rechnung gestellt werden, denn sie haben außerdem Wohnung, Wäsche, Beleuchtung und Beheizung, volle Verpflegung, einen halben Liter

Wein täglich und wenn man das alles zusammenrechnet, wird man finden, daß eine geistliche Schwester weit höher kommt, als eine weltliche, welche nur einen Geldlohn bezieht. Es zeigt sich auch hier, daß in dieser Zeit die Naturalverpflegung mehr Wert hat, als jede Bezahlung. Ich will allerdings bemerken, daß ich damit das Thema der geistlichen oder weltlichen Pflegerinnen nicht berühren wollte.

Referent bespricht die Einwendungen, die gegen die Buchhaltung gemacht wurden und sagt, daß auch andere Anstalten Überraschungen bringen werden, so das Versorgungsheim einen Abgang von 7 Millionen Kronen für das Jahr ~~1918~~¹⁹¹⁹. Im heurigen Jahre wird er noch viel größer sein, weil sich der Belag verdoppelt hat und die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Daß in den Anstalten ein Defizit herrscht, ist ganz klar, das auch nicht aus der Welt geschafft werden soll. Es handelt sich auch bei dem Referate nur um die Nichtachtung des Budgetrechtes der Gemeinde. Es ist selbstverständlich, daß in einem Spitalsbetrieb das Sparen an Kranken nicht in Frage kommen kann. Von einem Verwurf wegen des Defizites kann nicht die Rede sein, es kann nur davon die Rede sein, ob die verwaltende Partei in Verschulden daran trifft.

Was die Einsetzung eines Komitees anlangt, so ist zu sagen, daß von der Arbeit einer solchen nicht viel zu erhoffen ist.

Es handelt sich auch darum, daß Zustände, wie sie angeführt wurden, auch in allen übrigen Betrieben im größeren oder kleineren Umfange bestehen. Der Krieg hat es eben mit sich gebracht, daß gewisse Oekonomie verloren gegangen sind. Es kann auch nicht entscheidend sein, daß der Mann, der Ordnung schaffen soll, Pick heißt und daß wir ihn nicht als Praktikanten anstellen. Ich bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und der Einstellung des Dr. Pick die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, der Antrag des G.R. Vaugoin abgelehnt.

G.R. Speiser berichtet noch über die Bewilligung eines Darlehens von 10. Mill. K an die Konsumvereinigung der städtischen Angestellten.

G.R. Kerner (chr. soz.) beantragt die Vertagung. Dieselbe wird abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 29. Mai 1920, Nr. 178.

Fettausgabe. Vom 30. Mai bis 5. Juni werden bei den städtischen Schweinefettausgaben pro Person 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20 gegen Abtretung des „B“ Abschnittes Nr. 194 und der beiden Abschnitte Nr. 194 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 12.72.

Rückkehr Wiener Kinder aus Deutschland. Montag, den 31. Mai, 4 Uhr nachmittags trifft in Wien-Westbahnhof ein Kinderrücktransport aus Hannover ein. - Dienstag, den 1. Juni, 6 Uhr 40 früh, kommt der zweite Karlsruher Kinderrücktransport am Westbahnhof an. - Mittwoch, den 2. Juni, 7 Uhr abends trifft in Wien - Westbahnhof ein Kinderrücktransport aus Frankfurt ein. Die Eltern werden gebeten ihre Kinder rechtzeitig am Bahnhofs abzuholen.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 29. Mai 1920, Nr. 179.

Sitzungen im Rathaus. Dienstag, um 3 Uhr nachmittags tritt der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Auf Grund der am 1. Juni in Kraft tretenden Änderungen des Gemeindestatutes und der Gemeindevahlordnung für die Stadt Wien werden in dieser Sitzung die Wahlen der Stadträte und der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse für einzelnen Verwaltungsgruppen vorgenommen. In einer am demselben Tage um 5 Uhr anberaumten Sitzung des Gemeinderates werden die Vizebürgermeister gewählt, sowie die amtierenden Stadträte bestimmt. Jene Mitglieder des Gemeinderates, die nicht erscheinen oder sich vor Beendigung der Wahlhandlung entfernen, ohne ihr Ausbleiben oder ihre Entfernung durch hinreichende Gründe zu entschuldigen werden nach § 88 der geänderten Gemeindevahlordnung ihres Amtes verlustig. - An diese Sitzungen wird sich die Geschäftssitzung des Gemeinderates anschließen.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Aus Anlaß Meisteraufführungen Wiener Musik veranstaltet die Hofbibliothek in ihrem Prunksaal eine Ausstellung hervorragender musik- und theatergeschichtlicher Kostbarkeiten, die in zwei Teile zerfällt, deren erster, die

ersten zwei Abschnitte und den Kuppelraum des Saales füllt. Die hier ausgestellten Handschriften und Druckwerke umfassen: 1.) Geschichte der Notenschrift. 2.) Geschichte des Notendrucks. 3.) Kirchenmusik der neueren Zeit. 4.) Weltliche und Instrumentalmusik. 5.) Musiktheorie. 6.) Autographe. 7.) Geschichte der Oper.

Die beiden letzten Abschnitte des Ausstellungssaales sind dem Theater gewidmet, mit dem Untertitel: Regie, Zeremoniell, Inszenierung bei Schauspielen aller Art, Ausgestellt sind: Turniere, Festzüge und Feste, Barocktheater des 17. Jahrhunderts, Bühne des 18. Jahrhunderts, Rokokofeste, die Ausläufer des Barocktheaters bis zum alten Burgtheater und Kostümgeschichtliches. Die Ausstellung ist täglich ab 1. Juni von 10 bis 1 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 2 Kronen dem allgemeinen Besuche zugänglich, wird jedoch bereits am 16. Juni geschlossen.

Zewiverba. Vom 30. Mai bis 5. Juni: Lebensmittelabgabestellen: Ausgabe in den Verkaufsräumen kundgemacht. Textilwarenausgabestelle: Neu: Damen- und Mädchenhemden, grauer Stoff für Damen und Mädchenkleider. Außerdem die Restbestände der Vorwoche.

Fahrpreisbegünstigungen für Kinderfürsorgezwecke auf der Straßenbahn. Der Stadtrat hat auf Grund eines Berichtes der Straßenbahndirektion beschlossen, für die Zwecke der Kinderfürsorge im Jahre 1920 insgesamt 250.000 Einzelfahrscheine à K 1.- gültig zur Hin- und Rückfahrt auf allen Linien einschließlich der Sonder-Sondertarifstrecken für die entgeltliche Abgabe an das Jugendamt zu bewilligen. Mit diesen Fahrscheinen dürfen nur befürsorgte Kinder bis zu einem Alter von 18 Jahren, nicht aber Fürsorgepersonen, Pflegerinnen, Kindergärtnerinnen etc. befördert werden. Die Aufteilung der genannten Höchstzahl von Fahrscheinen hat das städtische Jugendamt vorzunehmen. Zieht man den durch die Zubilligung der 250.000 Kinderfürsorgefahrtscheine das Stück zu 1 K entstehenden Einnahmenschwund mit nur 200.000 K in Betracht, wobei angenommen wird, daß ungefähr zwei Drittel der Kinder unter 1,3 m groß ist und den Kinderfahrpreis entrichten würde, d.h. zwei Fahrten à 80 h = K 1.60 bei rund 160.000 Fahrscheinen, daher ein Einnahmenschwund von 96.000 K und bei den übrigen Fahrscheinen von 270.000 K, so gibt dies eine ganz schöne Summe, die die Gemeinde für Straßenbahnfahrten im Interesse der Kinderfürsorgeaktion allein aufwendet. - VB. Winter stellte zu dem Bericht der Straßenbahndirektion einen Zusatzantrag dahin gehend, daß für Kinder, die in Erholungsstätten im Gelände um Wien Unterkunft finden sollen, außer dem Gruppenfahrtscheine

für je 1,3 Kinder und 1 erwachsene Begleitperson insoweit umsonst abzugeben seien, als die darum ansuchenden Organisationen dem Verbands für freiwillige Jugendfürsorge angehören oder die Erholungsstätten in städtischem Betriebe sind. Der Zusatzantrag wurde vom Stadtrate angenommen.

Förderung der heimischen Kunst und der heimischen Künstler.

Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Emmerling zur Förderung der heimischen Kunst und der heimischen Künstler die prinzipielle Genehmigung zur Ausschreibung eines Wettbewerbes für Werke der Kleinplastik erteilt. Es sollen 10 von einem Preisrichter ausgewählte Werke mit Preisen von zusammen 30.000 Kronen Bedacht werden. Die näheren Bestimmungen über die Durchführung des Wettbewerbes werden im Einvernehmen mit dem Verbands der Österreichischen Bildhauer ausgearbeitet werden.

Kinder aus Norwegen. Sonntag, den 30. Mai, 4 Uhr 7 Minuten nachmittags, trifft in Wien - Nordwestbahnhof der 1. Norweger Kinderrücktransport ein. Die Eltern werden gebeten die Kinder abzuholen.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Morgen Sonntag 10 Uhr vormittags Dominikaner Kirche Klosterneuburger Messe in C von Joh. Jos. Fux (Chordirektor Habel, Chor „Dreischindl“); um 11 Uhr in der Burgkapelle Es-Mollmesse von Bruckner; mittags im Großen Musikvereinsaal philharmonisches Konzert: Dirigent Richard Strauß, Mahler 4. Sinfonie; Richard Strauß „Also sprach Zarathustra“, mitwirkend Frau Elisabeth Schumann; abends 7 Uhr Großer Konzerthausaal: Junge Wiener Komponisten, Dirigent Georg Szell, das Sinfonieorchester.

Montag, den 31. ds. im Kleinen Konzerthausaal zweiter Abend des Wiener Tonkünstlervereines. Aufgeführt werden: Streichquartett von Ferdinand Scharber, Frauenchöre von Robert Fuchs, Stöhr und Gall, Klavierstücke von Arbut und Lieder von Schreibeck, Herr Lunzer, das Quartett Fitzner und der Wiener Frauenchor. Gastkarten zu 12 K an der Konzerthauskasse.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das „Moderne Konzert“, Dirigent Zemlinsky, Programm Hausegger, Zemlinsky, Schönberg, am Mittwoch, den 2. Juni nicht wie irrtümlich angegeben Sonntag den 31. abends im Großen Musikvereinsaal stattfindet.

Aviso bei der Kunststelle, V., Sonnenhofgasse 6 (zwischen 9 bis 2) Die langgesteigten Referatsitzungen unter Vorweisung dieses Antrages werden zu dem ermäßigten Preis der Arbeitervorstellung abgegeben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Macheu.
Wien, 1. Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 31. Mai 1920, Nr. 180.

Verleihung von Titeln und Bezügen. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung dem Magistratsrat Dr. Max Gratzer die Bezüge der 2. Bezugsklasse und eine Personalzulage, dem Rechnungsrat Franz Müllner den Titel Oberrechnungsrat und die Bezüge der 3. Bezugsklasse mit einer Personalzulage und den Hauptkassadirektoren Richard Beron die Bezüge der 4. Bezugsklasse verliehen. Zu diesen Auszeichnungen sah sich der Gemeinderat durch die verdienstvolle Mitarbeit der Genannten bei der Vollendung der Gemeindeverwaltungsreform veranlasst. Weiter hat der Gemeinderat den Vorstände der Magistratsabteilung II Magistratsrat Dr. Schwarz, dem 1. Oberbarrat Ingenieur Fiebiger und dem Bau- rat Ingenieur Hafner die Bezüge der 2. Bezugsklasse und eine Personalzulage verliehen. Dem Magistratsoberkommissär Dr. Franz Kierer, der für einen leitenden Posten in der Personalgruppe ausersehen ist, wurde der Titel Magistratsrat und die Bezüge der 3. Bezugsklasse verliehen.

Rückkehr Wiener Kinder aus Norwegen. Sonntag nachmittags brachte ein Sonderzug aus Christiania die ersten 350 Wiener Kinder nach Wien zurück, die im Winter nach Norwegen gefahren waren. Die Kinder wurden am Bahnhof von Konsul Verenskiöld und seiner Gattin, VB. Winter und den Doktoren Pampertl und Wenzel von städtischen Jugendämtern empfangen. Die Kinder brachten ein sehr sinniges Geschenk der norwegischen Stadt Drammen mit. Die Stadt übersandte der Stadt Wien eine etwa 2 Quadratmeter große Fahne zur Erinnerung an den Aufenthalt der Wiener Kinder in dieser Stadt. Die Fahne wurde am 17. Mai, den norwegischen Nationalfeiertag, von einem Wiener Kind im Festzug getragen. VB. Winter dankte sowohl dem Konsul Verenskiöld herzlich für die freundliche Ehrung, die der Stadt Wien zuteil wurde und versprach, dass die Fahne von der Stadt Wien stets in Ehren gehalten werden soll. Er übernahm sie in seine Obhut und bracht die ins Rathaus. Die schwere seidene Fahne zeigt die norwegischen Farben, ein blauweißes Kreuz in rotem Grund. Bgn. Reumann richtete heute nachstehendes Telegramm an die Stadt Drammen: Die Stadt Wien dankt der Stadt Drammen für die herrliche Fahne, die zur Erinnerung an die Norwegerhilfe für die Wiener Kinder für ewige Zeiten im Stadtmuseum aufbewahrt werden wird. - Die heimgekehrten Kinder sind alle von blühendster Gesundheit, einzelne Kinder hatten bis zu 20 kg zugenommen. Viele Eltern erkannten ihre Kinder gar nicht und die Szenen, die sich bei der Abholung abspielten waren von packender Gewalt. Fast jedes Kind hatte ausser seinem Handreichgepäck noch eine Kiste mit Lebensmitteln und anderer schönen Sachen von den norwegischen Eltern mitgebracht, so dass die Ausladung und richtige Ver-

teilung all der Herrlichkeiten allem einige Stunden in Anspruch nahm.

Öffentliche Beratungsstelle für die gesamte Gaswirtschaft. Das Institut für Kohlenvergasung und Nebenproduktengewinnung, welches die offizielle Beratungsstelle von Behörden auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Ausnutzung der Brennstoffe und der gesamten Gaswirtschaft tätig ist, errichtet nunmehr eine öffentliche Beratungs- und Anknüpfungsstelle in Wien, VII., Karl-Schweighofer-Gasse 10. In dieser Beratungsstelle, bei welcher hervorragende Fachmänner mitwirken, werden nicht nur die Fragen der Einführung von Gas vom rein technischen Standpunkt, sondern auch die Anpassung derartiger durch Projekte gekennzeichneten Einrichtungen an die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, betreffend den Arbeiter- und Anrainerschutz, sowie die behördliche Gesundheitspflege durch Sachverständige des Instituts für Kohlenvergasung zu begutachten sein. Durch die Schaffung dieser Anknüpfungsstelle beziehungsweise Erweiterung des Wirkungskreises des Instituts für Kohlenvergasung wird der Allgemeinheit und insbesondere der Industrie wesentlich gedient sein.

Annaliese Lanatsch
Wiener Märchen. Die Wiener Lehrerin/der Knabenvolksschule am Sternéckplatz hat im Auftrage des Elternrates der Schule ein Büchlein für die Wiener Schuljugend „Wiener Märchen“ bei Gerlach & Wiedling herausgegeben. In schmucker Ausstattung enthält das Büchlein eine ganze Anzahl hübscher Märchen, die mit äusserst gelungenen Bildern ergänzt werden. Alles was Herz und Sinn der Wiener Kinder belebt erscheint in dem Büchlein in märchenhafter Vorstellung und Ausschmückung. Schönbrunn, der Prater, das Riesenrad u.s.w. finden in dem Büchlein ihren Platz. Das Büchlein ist um 20 K bei dem genannten Verlag erhältlich.

Lehrerkonferenzen. Der Bezirksschulrat hat die Bürgerschullehrerkonferenzen für den 26. Juni, die Bezirkslehrerkonferenzen für den 23. Juni einberufen.